

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 5. Juli 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Schwanengefang des Sozial-liberalismus.

London, 1. Juli. (Fig. Ber.)

Eine Mehrausgabe von 5 1/2 Millionen Pfund Sterling für das laufende Finanzjahr, die dem Marinemoloch in den erwig hungrigen Magen geworfen werden, das ist der bezeichnendste Teil des neuen englischen Budgets. Der Neu-liberalismus hat kapituliert und die Whigs sind wieder unbefristeten Herren der liberalen Partei. Die Prediger der Sparsamkeit im Staatshaushalt sind vor dem Ansturm der hegenden Chauvinisten elendigst zusammengedrückt. Sie schämen sich jetzt an, an der Sozialreform zu sparen. Die großen Ueberflüsse des Budgets Lloyd Georges, die stets wachsenden Mehreinnahmen aus den neuen Steuern des letzten Budgets sollen in Schlachtstücke verpulvert werden, anstatt daß sie, wie noch vor einem halben Jahre immer wieder von liberaler Seite versprochen wurde, zum Ausbau und zur Erweiterung der so dringend notwendigen Sozialreform verwendet werden. Nur einige lumpige hunderttausend Pfund Sterling hat der Schatzkanzler für die Alterspensionen der Gemeinbeamteten über. Dieser Ausdehnung des Pensionsgesetzes, die logisch unabweislich war, hätte er sich in Anbetracht der definitiv gegebenen Versprechen auch kaum entziehen können. Aber die Lösung der Hauptprobleme, der Fragen der staatlichen Arbeitslosen- und Krankenversicherung, rückt wieder in die ungewisse Ferne. Was nützt es, daß der Schatzkanzler die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung für den ersten Januar des Jahres 1912 verspricht! Selbst viele seiner Kollegen glauben nicht daran, daß es für diese liberale Regierung ein nächstes Jahr gibt. Dazu hängt die Erfüllung des Versprechens noch von der Voraussetzung ab, daß Deutschland auch wirklich nicht nach Ablauf des Flottengesetzes in dem jetzigen tollen Tempo zur See weitererrüsten wird, daß also bei den Flottenausgaben im Budget 1911/12 gespart werden kann. Welche Prämie hätte wohl ein Arbeiter, der sich auf die Einführung der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung einrichtet und der sich in dem Fall der Nichteinführung schadlos halten möchte, bei einer Versicherungsgesellschaft zu zahlen?

Man muß die Ausführungen des Schatzkanzlers in Verbindung mit der Erklärung lesen, die der Premierminister gestern im Unterhaus abgab, um Verständnis für die Winkelzüge der liberalen Politik zu gewinnen. Herr Asquith führte aus, daß das Parlament die durch das Ableben der Krone beträchtlich vermehrten Geschäfte unmöglich in dieser Session erledigen könnte. Die Beratung des Budgets und die dritte Lesung einiger anderen Vorlagen müßte daher in einer im November anfangenden Herbstsession vorgenommen werden. An diesen Festsatz glaubt jedoch niemand. Wenn es die Regierung ernstlich wollte, so könnte sie alle vorliegenden Geschäfte bis Ende August leicht bewältigen, selbst auf die Gefahr hin, daß die liberalen und konservativen Männer erst vierzehn Tage später auf die Gabelhuhnjagd gehen sollten. In Wirklichkeit will die Regierung durch die Verschiebung der Geschäfte nur Zeit gewinnen, um die Vetokonferenz mit Anstand in die Brüche gehen zu lassen. Im Herbst wird dann der Popanz der Lords wieder auf der politischen Bühne erscheinen und bei den Neuwahlen zu Anfang nächsten Jahres treffliche Dienste tun, während die Arbeitslosen- und Krankenversicherung als Räder für die steptisch werdenden Arbeitermassen herhalten muß.

Unterdessen wird die Lage der Arbeiterpartei von Tag zu Tag schlimmer. Ein richterlicher Einhaltsbefehl folgt dem anderen und die Liberalen tun schon so, als hätten sie die Arbeiterpartei in der Tasche. Es ist schwer einzusehen, wie anders sich die Partei vor einem großen Rückschlag retten kann als durch einen beherzten Schlag gegen die Regierung, die mit einem pharisäischen Lächeln auf den Lippen die Existenz der Partei durch die Gerichte untergräbt und die den Arbeiterparteilern in den höflichsten Worten zu verstehen gibt, sie könne in der Osborne-Angelegenheit leider nichts für sie tun. Es fehlt nicht an Stimmen in der Fraktion, die dazu raten, die Regierung mit Hilfe der Irländer und Konservativen möglichst bald zu Fall zu bringen. Leider stecken aber noch zu viele Arbeiterparteilerner zu tief in der Gedankenwelt des Liberalismus, als daß sie sich zu einem entschiedenen Vorgehen gegen die Regierung aufschwingen könnten. Die politischen Anschauungen dieser Kreise werden recht gut durch eine Episode charakterisiert, die sich vor einigen Tagen in einer Arbeiterversammlung ereignete. Dort wurde einer dieser Arbeitervertreter aus der Versammlung heraus beschuldigt, er mache liberale Politik. „Ja“, erwiderte das angegriffene Parlamentsmitglied vertountert, „welche andere Politik soll ich denn machen? Nur eine der beiden großen Parteien kann etwas für die Arbeiterpartei erreichen. Die Arbeiterpartei ist nur für Propagandazwecke da“. Hier in Großbritannien haben es die Genossen schon aufgegeben, über solche Neugierungen den Kopf zu schütteln; sie sind zu alltäglich. Sie beweisen aber, wie recht diejenigen haben, die die Aktionsfähigkeit der Arbeiterpartei mit einem gewissen Pessimismus beurteilen.

Das Beste, worauf wir bei diesen mißlichen Zuständen hoffen können, ist, daß sich die verschiedenen Elemente innerhalb der Arbeiterpartei an die Arbeit machen, diesen unsicheren Kantontisten das Rückgrat zu steifen. Was die noch an den liberalen Ideen hängenden Arbeitervertreter am meisten vor einer Aktion gegen die Regierung abschreckt, ist die Furcht vor liberalen Repressalien. Es dürfte nun nicht schwer sein, diese ängstlichen Gemüter zu beruhigen. Es ist zwar wahr, daß viele der Arbeiterparteilerner mit Hilfe liberaler Stimmen gewählt worden sind; aber es ist nicht minder wahr, daß die Arbeiterpartei durch eine geschickte Wahltaktik die Liberalen in die größte Verlegenheit bringen könnte. Sie brauchte nur in 100 oder 120 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen hauptsächlich zu dem Zwecke, die Wahl des Liberalen zu verhindern und die wüthschraubenden Liberalen würden bald zur Naision kommen. Das könnte bei einer verhältnismäßig geringen Gelbtausgabe bewerkstelligt werden. Je länger allerdings der Angriff auf die Regierung hinausgeschoben wird und je mehr sich die Ebbe in der Kasse der Arbeiterpartei bemerkbar macht, um so schwieriger wird es für die Partei sein, eine Angriffspolitik mit Aussicht auf Erfolg ins Werk zu setzen. Augenblicklich scheint der Zeitpunkt für eine derartige Aktion besonders günstig. Könnte die Regierung in den nächsten Wochen zu Fall gebracht werden, ehe noch die Komödie der Vetokonferenz ausgespielt ist, so würde die liberale Partei in ihrer ganzen pharisäischen Nacktheit vor der Wählerchaft stehen und dem Glauben der Massen an die Arbeiterfreundlichkeit und die demokratischen Ziele des Liberalismus würde ein mächtiger Stoß versetzt worden sein.

„Muß das eine Wirtschaft sein!“

Bei den Verhandlungen über die Erhöhung der Zivilliste haben die sozialdemokratischen Abgeordneten auch energisch auf die Tatsache hingewiesen, daß der König von Preußen neben der Zivilliste noch die Einnahmen aus seinem großen Grundbesitz, dem Kronfideikommiß, hat, und daß es seltsam anmutet, wenn der größte Grundbesitzer des Landes sich auf die Feuerung der Lebensmittel zur Begründung seiner Forderung auf Erhöhung der Zivilliste berufe, da diese doch zu einem erheblichen Teil durch die 1902 gestiegenen Lebensmittelpreise herbeigeführte Feuerung für ihn eine sehr erhebliche Vermehrung seines Einkommens aus den Kronsgütern bewirken müsse. Freiherr v. Rheinbaben, der in jenen Tagen noch auf dem Stuhle des Finanzministers saß, suchte den Schlag mit der Erklärung zu parieren, daß das ganze Einkommen aus dem Kronfideikommiß — das fast 100 000 Hektar umfaßt — nur 1 700 000 M. betrage. Diese schier unglaublich klingende Behauptung — selbst bürgerliche Blätter hatten das Einkommen aus diesem Grundbesitz auf 8 Millionen geschätzt, und ein Vergleich mit den Erträgen des landwirtschaftlich bestellten Bodens und der Forsten in Preußen ergibt, daß der Grundbesitz der Krone demnach nur 1/10 des Durchschnittsertrags des übrigen land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes trägt — wurde von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten mit dem Zwischenruf unterstrichen: „Muß das eine Wirtschaft sein!“

Wie berechtigt dieser Zwischenruf war, das geht aus den nachfolgenden Mitteilungen hervor, die uns von unterrichteter Seite zugehen. Wenn auf allen Kronsgütern so gewirtschaftet wird wie auf dem Gute Schmolfin, dann ist es allerdings nicht verwunderlich, wenn der Reinertrag von rund 100 000 Hektar Grundbesitz nur 1 700 000 M. beträgt.

Das königliche Hausfideikommißgut Schmolfin liegt im Kreise Stolp in Ostpreußen; zu ihm gehört das Gut Birchenzin. Beide Güter haben zusammen ungefähr 4500 Morgen Wiesen, das Ackerland ist von leichter Qualität. Zur Ertragsleistung der Wiesenfläche hat die Hofammer seinerzeit einen großen Beitrag ausgeworfen; angeblich hat sie zur Melioration die Summe von drei Millionen Mark bewilligt. Es klingt das zwar etwas unglaublich, denn für drei Millionen Mark hätte man ja damals das ganze Gut anderswo neu kaufen können, ohne Zinsverlust zu haben und ohne jedes Risiko. Jedenfalls wurde mit der Ertragsleistung der Moorflächen begonnen. Die Arbeiter haben bis jetzt überwiegend ein sehr negatives Resultat gezeitigt; nach Ansicht von hervorragenden Landwirten, die zu unseren politischen Gegnern gehören, ist ein großer Fehlschlag der ganzen Melioration unausbleiblich. Nur in Jahren, wie zum Beispiel das vorige, ist eine auch nur einigermaßen zufriedenstellende Rentabilität zu erhoffen, nämlich dann, wenn die Futternot in Ostpreußen sehr groß ist. Zum Leiter der ganzen Wirtschaft wurde der Oberförster Krähmer ernannt, dem Erfahrungen auf dem praktischen Gebiete der Landwirtschaft fast völlig fehlten. Mißerfolge traten auch bald ein. Nachdem erst ein Teil der Moore zu Weide hergerichtet war, wurden die Flächen mit ostpreussischem Vieh besetzt, das der Leiter der Schmolfiner Begüterung größtenteils von der Firma A. Ahrens in Weener in Ostpreußen gekauft hat. Das Geschäft soll sehr glatt von statten gegangen sein; die Firma soll in wenigen Tagen an die Hofammer für 85 000 M. Vieh verkauft haben. Nach unserer Meinung braucht man, um für 85 000 M. Vieh zu kaufen, nicht 6 Tage, sondern vielleicht 6 Wochen. Das Vieh wurde auf die neue Weidefläche gebracht und ein großer Teil ist eingegangen. Der damalige Administrator in Wilhelmshof mußte gehen, aber der Leiter blieb. Warum hat man die Wasserbedürfnisse nicht vorher geprüft? Man hätte erst mit einigen Stücken einen Versuch machen müssen!

Ähnliche Mißerfolge sind in diesem Jahre mit Fohlen zu verzeichnen gewesen. Was will es angeht, der Tatsache, daß im Laufe der Jahre für vielleicht 100 000 M. wertvolles Vieh importiert wurde, bedeuten, wenn einmal auf der Auktion in Stettin ein Wulle mit 2000 M. verkauft wird!

Man sollte nun wenigstens annehmen, daß der Leiter eines solchen Unternehmens sich demselben völlig und ausschließlich widmet. Das ist aber nicht der Fall. Der Hofmeister Krähmer hat eine ausgedehnte Privatpraxis. Er kauft und verkauft Güter, ist Berater in allen möglichen Angelegenheiten, verwaltet im Nebenamt verschiedene Privatgüter, und da er ein großes diplomatisches Geschick hat, so hat er einen großen Kundenkreis, der sich sogar bis in die Neumark erstrecken soll. Würde einem Privatbeamten erlaubt sein, solch zahlreiche Nebengeschäfte zu betreiben?

Nebenbei bemerkt: Unsere politischen Gegner im Bunde der Landwirte ereifern sich gegen das Kaufen von jüdischen Firmen und fordern auf, bei ihren Genossenschaften zu kaufen. Hier kauft die Hofammer für fast 90 000 M. Vieh von einer mosaikischen Firma, während in Ostpreußen große landwirtschaftliche Genossenschaften zur Verwertung von Fruchtweizen bestehen. Man mißtraut also den landwirtschaftlichen Organisationen im eigenen Lager und kauft lieber bei der jüdischen Firma, jedenfalls weil man glaubt, reeller bedient zu werden. Was aber sagt der Bund der Landwirte zu diesem Beispiel der Hofammer?

Was das Volk zu der Wirtschaft auf dem Krongut Schmolfin sagt, brauchen wir nicht weiter anzuführen. Es werden wohl selbst die Herren Junker nicht annehmen, das Beispiel von Schmolfin werde die Anzahl derjenigen vermehren, die der Heberzeugung sind, daß die Erhöhung der Zivilliste eine unumgängliche Notwendigkeit war!

Ein Dorado für die Junker.

Zu der Nachricht über den Erwerb der in den Kreisen Lublinitz und Groß-Strehly in Oberschlesien gelegenen 106 500 Morgen großen Besitzungen des verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg-Bernigerode durch den Grafen Ziele-Windler wird es am Blase sein anzugeben, wie gering die Zahl der deutschen Großgrundbesitzer in Polnisch-Oberschlesien ist, welche ungeheure Flächen Landes ihr eigen nennen. In Betracht kommen nur diejenigen fünfzehn ländlichen Kreise Oberschlesiens, welche nach der Volkszählung vom Jahre 1905 mehr als 50 Proz. polnischer Bevölkerung haben. Es sind das die Kreise: Beuthen, Cosel, Kattowitz, Kreuzburg, Lublinitz, Neustadt, Oppeln, Pleß, Ratibor, Rosenberg, Rybnitz, Groß-Strehly, Zarnowitz, Zost-Blowitz und Jabrze, deren Gesamtbevölkerung am 1. Dezember 1905 1 512 464 betragen hat.

Die Verteilung des deutschen Großgrundbesitzes in diesen Kreisen zeigt uns nachstehende Tabelle, die auf Grund des schlesischen Güteradressbuches vom Jahre 1909 bearbeitet wurde und in unserem Kattowitzer Parteiblatt „Gazeta Robotnicza“ zur Veröffentlichung gelangte.

Größe des Grundbesitzes in Hektar	Zahl der Grundbesitzer	Gesamtfläche in Hektar
100—200	42	6 208,12
200—300	32	8 178,52
300—400	20	7 272,63
400—500	19	8 348,65
500—600	22	11 069,44
600—700	14	8 986,03
700—800	12	8 982,9
800—900	10	8 826,8
900—1000	5	4 710,7
1000—1500	26	80 940,11
1500—2000	14	24 409,16
2000—3000	10	28 284,81
3000—4000	9	80 870,0
4000—5000	5	22 691,5
5000—6000	1	5 810,0
6000—7000	3	20 809,5
7000—8000	1	7 165,4
8000—9000	3	25 852,0
10000—20000	3	89 232,19
20000—30000	3	79 045,5
30000—40000	1	83 894,5
40000—50000	2	82 438,0

Es ergibt sich also, daß im Jahre 1909: 257 Großgrundbesitzer in den 15 ländlichen Kreisen Polnisch-Oberschlesien über fast 500 000 Hektar, d. h. fast die Hälfte der Gesamtfläche dieser Kreise verfügten. Eine Handvoll Personen besaß demnach die Hälfte des polnischen Teiles Oberschlesiens!

Die größten Besitzer waren:

1. Herzog von Lieft 42 001,0 Hektar
2. Fürst von Pleß 40 487,0
3. Herzog von Ratibor 38 894,5
4. Fürst zu Stolberg-Bernigerode 26 517,0
5. Prinz Hohenlohe-Ingelfingen 25 486,0
6. Graf Fendel Fürst von Donnerstern 21 942,2

Insgesamt besaßen diese sechs Besitzer „nur“ rund 200 000 Hektar Fläche! Die Besitzungen des Fürsten zu Stolberg-Bernigerode sind nunmehr in die Hände des Grafen v. Ziele-Windler übergegangen. Graf v. Ziele-Windler hatte nach dem schlesischen Güteradressbuch im Jahre 1909 Güter im Umfange von 14 380,3 Hektar. Dank dem nunmehrigen Erwerb besitzt er jetzt Güter in einem Gesamtkomplex von 40 897,3 Hektar Fläche!

Von der Gesamtfläche des deutschen Großgrundbesitzes in Polnisch-Oberschlesien waren im Jahre 1909 fideikommissarisch

Die Inserations-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 50 Bg., für politische und gewerkschaftliche Berichte und Besprechungs-Anzeigen 80 Bg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg., Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

258 128,45 Hektar gebunden, was 24,33 Proz. der Gesamtfläche der 15 Kreise ausmachte.

Von der Gesamtzahl von 258 Großgrundbesitzern waren im Jahre 1909: 64 „gewöhnliche“ Adelige, 14 Barone und Freiherren, 32 Grafen, 7 Fürsten und Herzöge und 3 Könige (von Preußen, Sachsen und Württemberg).

Gewöhnliche Adelige	70 520,77 Hektar
Barone und Freiherren	11 458,25
Grafen	117 707,56
Fürsten und Herzöge	198 616,00
Könige	21 635,80

Das macht im ganzen „nur“ 419 939,07 Hektar. Beinahe die Hälfte von Polnisch-Oberschlesien war also im Jahre 1909 im Besitze von nur 120 Adels- und Magnatenfamilien.

Vergegenwärtigen wir uns, daß viele dieser Magnatenfamilien im ober-schlesischen Industriebezirk noch manche Kohlen- und Erzgruben, Hütten und andere industrielle Anlagen besitzen, daß die schwere Industrie außerdem in Händen von ebenfalls riesigen Aktiengesellschaften vereinigt ist, daß der Fiskus ebenfalls über ausgedehnte Kohlen- und Hüttenwerke verfügt, so haben wir vor uns das Bild der gottgewollten kapitalistischen Ordnung in Polnisch-Oberschlesien. Auf der einen Seite eine Handvoll von Ausbeutern, auf der anderen dagegen Hunderttausende polnischer Industrie- und Landproletarier, deren Lebensaufgabe darin besteht, ihren Ausbeutern fortwährend neuen Mehrwert zu schaffen und selbst in Not und Elend dahinzugevegetieren.

Polnisch-Oberschlesien ist fürwahr das Land, wo das Unstimmige der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf die Spitze getrieben ist.

Koloniale Schandwirtschaft.

Solange Herr Dernburg Kolonialsekretär war, hütete sich die liberale Presse vor Enthüllungen über die koloniale Wirtschaft. Das wird nun hoffentlich wieder anders werden, zumal die Zustände in unseren Kolonien die schärfste Kritik nach wie vor herausfordern. War es doch einfach eine liberale Legende, daß seit Dernburgs Amtsantritt ein anderes System der Eingeborenenbehandlung eingeführt worden sei.

Wie es beispielsweise in Kamerun zugeht, erzählt ein Herr Paul Krause ausführlich in der „Verl. Morgenpost“. Dieser Herr, der erst am 1. Juni aus Kamerun zurückgekehrt ist, erzählt die Ermordung des deutschen Kaufmanns Bretschneider durch die Macca-Leute in Süd-Kamerun. Er kommt dabei auf Grund seiner Kenntnis der Verhältnisse gerade dieses Stammes zu der Vermutung, daß Kaufmann Bretschneider deshalb mit seinen Trägern erschlagen worden sei, weil er den Versuch gemacht habe, sich durch Anwendung von Gewalt Träger zu verschaffen. Herr Paul Krause gibt dabei eine so interessante Schilderung der Art, wie in Kamerun von den Behörden und Kaufleuten die Eingeborenen behandelt werden, daß es sich lohnt, diese Enthüllung eines Landeskundigen ausführlicher wiederzugeben.

Der Stamm der Macca steht unter der Herrschaft des Häuptlings K'Welle. Dieser Häuptling besaß sich bei der letzten Anwesenheit Krauses auf seinem Gebiete bitterlich über sein und den Seinen seiner Los: Die Station verlange eine Kopfsteuer von jährlich 4 Mark, sie verlange ferner Arbeiter zum Wegebau und weiter die Abholzung größerer Strecken, um Raum für Farmen zu schaffen. Zum Ueberflus kamen dann noch die Kaufleute und wollten Träger haben. Krause erzählt, daß er den Häuptling so gut wie möglich getrostet habe. Er habe ihm zugeredet, nur ja alles zu tun, um die Station und die Kaufleute zufrieden zu stellen. Bei einem Konflikt werde er ja doch den kürzeren ziehen. K'Welle habe ihm denn auch „unter dem üblichen Madam“ schließlich 60 Träger geben, dabei aber gleich gesagt, daß das die letzten seien, die er stellen könne, denn jetzt müsse er erst Farmen anlegen lassen und die Weiber versorgen.

Am 21. März etwa, erzählt Krause weiter, sei der Kaufmann Bretschneider auf 2 Tage sein Gast gewesen. Er habe durch K'Welles Gebiet gewollt, um Träger anzuwerben. Trotz seines Abtuns sei Bretschneider voller Zorn abgereist. Seiner, Krauses, Ansicht nach sei Bretschneider wohl, als er keine Träger erhielt, mit Gewalt vorgegangen. Er habe wahrscheinlich die Weiber gefangen genommen, um die Männer zu erhalten. Die Gefangennahme von Weibern sei nämlich „eine mit Vorliebe angewandte Methode“, um einen Druck auf die Männer auszuüben. Denn das sei des Schwarzen empfindlichster Punkt. Nichts könne so sehr seinen Unmut wecken und ihn dem Weiben gegenüber feindlich stimmen, als die Entführung seines Weibes. Reime der Weibe das Lieblingsweib des Schwarzen gefangen, so mache er diesen entweder gefügig oder — „wilb“!

Dann erhält der Weibe mit seiner Begleitung keinen Proviant, es muß requiriert werden, kein Unterkommen ist zu finden, die Häuser werden gestürmt, die Weiber aus ihnen vertrieben. Nirgends aber ist dann der Häuptling zu finden. Die Kriegslage ist da.

Was es aber mit den Trägerdiensten, zu denen die Schwarzen von den Kaufleuten gepreßt werden, auf sich hat, beweist folgende Darstellung des Herrn Krause:

Und noch ein letzter Punkt wäre zu erwähnen. Am 25. April 1909 erhielt ein Vertreter einer in Süd-Kamerun ansässigen Handelsgesellschaft zweihundert Arbeiter von K'Welle mandata auf sechs Monate, sechs Mark pro Mann. Als die Kontraktzeit abgelaufen war, da wollte der Vertreter der Gesellschaft die Leute zwingen, weiterzuarbeiten.

Nun muß man sich solche einen abgearbeiteten Träger vorstellen. Er kann den Tag kaum erwarten, an dem er in sein Dorf zurückkehren und die Freiheit genießen kann. Schlafend kann er dann auf den Bananenblättern liegen, von seinen Weibern gefüttert und geliebt. Nun zwingt ihn der Weibe, indem er ihm den wohlverdienten Lohn nicht auszahlt, noch weiterzuarbeiten. Die Sehnsucht des Schwarzen wird fürchtbar groß und unbegreiflich. Da hilft er sich selbst und entflieht. Natürlich ohne Geld, und kann nun, ins Dorf zurückgekehrt, sich bei dem nahen Händler ein neues Hemd, seinen Weibern keine Perlen und Läder kaufen. Da wird der Weibe verflucht und bei dem Häuptling und Gauberey verklagt. So habe ich einen Weiben gefangen, der sich durch aufgezungenen Ueberarbeit und allerlei Schikane einer Schar von 250 Trägern auf diese Art entledigte.

Es waren dieselben Leute, die jetzt den Kaufmann Bretschneider ermordet haben. Noch vorher waren zehn Träger den langen Weg (vier Wochen!) bis zur Küste gegangen, um bei der Hauptleitung der Gesellschaft ihre Bezahlung zu verlangen. Aber auch da wurde sie ihnen mit der Begründung verweigert, daß sie keinen Ausweis von dem betreffenden Vertreter hätten. Und sie erhielten kein Geld, trotzdem sie ihren Kontrakt, der von der Regierung abgestempelt war, vorlegten.

Kann man es da den Eingeborenen verdenken, wenn sie sich mit allen Kräften dagegen sträuben, sich als Träger anwerben zu lassen? Und kann man es ihnen verdenken, daß sie selbst zur Gewalt

greifen, wenn der erstbeste weiße Händler die Unverfrorenheit besitzt, durch Entführung der Weiber die widerstrebenden Männer gefügig machen zu wollen?

Aber nicht nur zu Trägerdiensten der soeben geschilderten Art werden die Eingeborenen gewaltsam gepreßt, sondern auch zur Anlage von Wegen und Straßen, deren „übermäßige Breite“ obendrein unser Sachkundiger als ganz zwecklos ansieht:

„Wege, auf denen zwei Mann bequem nebeneinander gehen können, wären genügend. Aber da werden die Hunderte von Schwarzen zur Arbeit herangetrieben und müssen scharwerken. Wehe dem armen Schwarzen, der aus der Reihe weicht! Mit Kolbenhülsen wird er wieder zurückgetrieben. — Das kann das freie Naturvolk nicht vertragen und so bildet sich der Haß gegen den weißen Mann.“

Trotzdem wird jetzt wahrscheinlich wieder eine Strafexpedition gegen die Macca entsendet werden. Man wird etliche Dutzend oder je nachdem auch etliche Hundert Eingeborene niedermachen, wird ihre Dörfer abbrennen und damit andere Stämme fürs erste davor zurückschrecken, ihren weißen Peinigern gegenüber ebenfalls zur Selbsthilfe zu greifen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juli 1910.

Veithmann und Rheinbaben.

Mit Rheinbabens Abhalfterung sind die Konservern sehr unzufrieden und sie lassen das immer stärker merken. Die „Kreuztg.“, die bekanntlich als erstes Blatt die „Ueberraschung“ zu melden wußte, kommt heute wieder auf den Rücktritt des Finanzministers zu sprechen und erinnert an ihre Mitteilung, daß Herr v. Rheinbaben sich ohne Vorwissen des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten zur Einreichung seines Entlassungsgesuches entschlossen habe. Und dann jetzt das konervative Organ hinzu:

„Aus dieser Tatsache ist zu erkennen, daß zwischen diesen beiden Staatsmännern Meinungsverschiedenheiten politischer Art bestehen, die nicht auszugleichen sind. An parteipolitische Gegensätze denken wir dabei natürlich nicht, denn ein Parteiminister war Herr v. Rheinbaben nie. (?) Aber allerdings läßt sein Rücktritt Schlüsse zu auf die Richtung, in der sich die Politik des Herrn v. Veithmann-Hollweg bewegen will, und die liberale Presse zeigt sich davon recht befriedigt.“

Was die „Kreuztg.“ von politischen Meinungsverschiedenheiten sagt, ist etwas rätselhaft. Es wäre aber auch zuzubilligen, wenn das konservative Blatt zugeben sollte, daß Rheinbaben aus Rivalitätsgründen von Veithmann zur Strecke gebracht worden sei. Daß die liberale Presse befriedigt sein soll, beweise, auch wenn es wahr wäre, sicherlich nicht, daß der reaktionäre Kurs nicht derselbe bleiben wird, vielleicht mit noch stärkerem freikonservertativem scharfmacherischem Einschlag. Die Konservern scheinen allerdings über die Ausschiffung ihres Vertrauensmannes recht erbittert. Wenn Herr v. Veithmann sich nicht rasch beeilt, neue Proben seiner Zuverlässigkeit abzulegen, kann ihm diese Erbitterung noch teuer zu stehen kommen.

Herr v. Jagow gegen Beleidigungen.

Aus Anlaß der Wahlrechtsbewegung sind zahlreiche Klagen erhoben worden, weil Wahlrechtsteilnehmer, durch das unerhörte Vorgehen der Polizeibeamten gereizt, bestimmte Beamte mit dem Ausdruck „Muthunde“ beleidigt haben sollten. Es sind auch Verurteilungen erfolgt, wobei in einer Reihe von Fällen die Gerichte den Angeklagten ihre berechnete Empörung gegen das Vorgehen der Polizei zu gute hielten. Da die Klagen in der Hauptsache auf Beleidigung lauten, gelang es nicht, das gesamte Verhalten der Polizei an den Wahlrechtsfontänen so zu beleuchten, wie das wünschenswert gewesen. Daß Polizeibeamte gegen die Wahlrechtsdemonstranten nicht nur tätlich vorgingen, sondern sie auch in der gröblichsten Weise beschimpften, ist bekannt; wir selbst haben in unserem Blatt eine Blütenlese polizeilicher Schimpfworte veröffentlicht. Ein Arbeiter, der am 6. März mit seiner Frau im Tiergarten spazieren ging, mußte hören, wie ein Schutzmann seine Frau „Verfluchte Sau, verfluchte Heze“ titulierte. Es gelang ihm mit vieler Mühe, den Namen des schimpfenden Schutzmannes festzustellen. Er wandte sich beschwerdeführend unter Angabe von Zeugen an den Polizeipräsidenten, der eine Untersuchung einleitete. Der beschuldigte Schutzmann suchte sich auszuweichen, indem er angab, die Worte hätten sich auf sein Pferd bezogen. Es scheint ihm aber nicht geglaubt worden zu sein, denn dem Beschwerdeführer ist dieser Tage folgender Bescheid zugegangen:

„Ihre Beschwerde vom 6. d. Mis. habe ich nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen für begründet erachtet und dementsprechend den in Frage kommenden Beamten disziplinarisch bestraft.“

Damit ist nun auch offiziell festgestellt, in welcher Weise Beamte das Publikum behandelt haben. In nur wenigen Fällen wird es gelingen, den Namen schimpfender Schutzleute festzustellen. Immerhin soll anerkannt werden, daß Herr v. Jagow diese Beleidigungen nicht billigt. Wünschenswert wäre allerdings zu wissen, welcher Art die disziplinarische Bestrafung war.

Ein „Links“-Nationalliberaler.

In Frankfurt-Debus haben die vereinigten liberalen Parteien bekanntlich den Archivat Dr. Winter als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt. In einer Kandidatenrede, die Herr Dr. Winter in Frankfurt a. D. hielt, hat er sich nach einem Bericht der „Frankfurter Odenzeitung“ eifrig bemüht, den Konservern Liebenswürdigkeiten zu sagen. Er hat seiner Sehnsucht nach dem alten Wiltonblock den lebhaftesten Ausdruck verliehen und sich zu dem Ausruf hinreißen lassen: „Dieser Block muß wieder hergestellt werden, ob mit oder ohne Bülow!“ Der liberale Kompromißkandidat hat aber nicht nur derartig um die Gunst der Konservern gebuhlt, sondern er hat den Konservern auch seine Unterstützung für den Fall versprochen, daß es zwischen dem konservativen Kandidaten und dem Sozialdemokraten zu einer Stichwahl käme.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Frankfurt a. D. mitgeteilt wird, soll die Rede des Herrn Winter die dortigen Freisinnigen einigermaßen überrascht haben. Die Freisinnigen des Wahlkreises hätten freilich von vornherein gegen Herrn Winter etwas mißtrauischer sein sollen. Hat dieser Herr doch seinerzeit, als er in Eisenach durchgefallen war, seinen Parteifreunden empfohlen, in der Stichwahl für den Antisemiten Herrn Schaf einzutreten, eine Wahlparole, die denn auch beobachtet wurde. Das Eintreten des Herrn Winter für Herrn Schaf war um so eigenartiger, als der Herr auch Vorstandsmitglied des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus war! Auf Betreiben H. Vartys sah sich Herr Winter genötigt, seinen Vorstandsposten niederzuliegen.

Beamtenmaßregelung.

Der Fall Jollisch wurde am Montag vor dem Reichsdisziplinarhof in Leipzig verhandelt. Der Oberpostassistent Jollisch war am 28. Oktober v. J. von der Disziplinarcommission in Potsdam zu Dienstverletzung und Minderung des Dienstverdienstes um 1/3 verurteilt worden, weil er als Vorsitzender des Verbandes mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten nicht verhindert habe, daß in dem Organ des Verbandes Artikel erschienen, in denen die Behörde böswillige Angriffe und Verunglimpfungen erlitt. Die Disziplinarcommission sah von einer Strafe auf Dienstentlassung damals nur deshalb ab, weil Jollisch sich 21 Jahre hindurch gut geführt und von seinen Vorgesetzten ein vorzügliches Zeugnis erhalten hatte.

Der kaiserliche Disziplinarhof bestätigte das Urteil der Potsdamer Disziplinarcommission. Jollisch sei nach den Statuten des Verbandes verpflichtet gewesen, den Redakteur zu überwachen. Er habe deshalb die Veröffentlichung der Artikel verhindern müssen. Obwohl nicht festgestellt sei, daß die betreffenden Artikel unwahre Tatsachen enthielten oder die Tatsachen entstellend wiedergegeben seien und dem Angeeschuldigten der gute Glaube beizumessen wäre, enthielten die Artikel zweifellos eine unzulässige Kritik der Maßnahmen der Postverwaltung, die geeignet gewesen sei, den Gedanken an Auflehnung und Haß gegen die Behörden zu schüren!

Danach steht also den Beamten nicht das Recht zu, eine den Tatsachen angemessene sachhaltslose Kritik an behördlichen Maßnahmen zu üben!

Flucht aus den Reihen der Konservern.

In einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ war die „Deutsche Mittelstandsvereinigung“ den Konservern zugerechnet worden. Dagegen erhebt nun der Vorstand dieser Vereinigung, Landtagsabgeordneter Rahardt, ganz entschieden Protest. In dem Schreiben heißt es:

„Es ist eine bei den linksstehenden Politikern häufig anzutreffende Ansicht, unsere Vereinigung als ein Bestandteil der konservativen Partei anzusehen. Unsere Stellung zur Reichsfinanzreform, insbesondere zur Erbschaftsteuer und zum Hanjand sollte unseres Erachtens doch endlich gezeigt haben, daß unsere Vereinigung weder ein Bestandteil der konservativen Partei ist, noch in dem Fuhrwasser irgend einer anderen Partei segelt.“

Das scharfe Abrücken der Mittelständler von den Konservern, die sich bisher stets als die berufensten Anwälte des Mittelstandes ausgegeben haben, verdient aber als symptomatisch vermerkt zu werden.

Der Nachfolger Dallwitz.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, ist der bisherige Unterstaatssekretär des Staatsministeriums, Dr. v. Guenther zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ernannt worden.

Auch die Ernennung Herrn v. Rheinbabens zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ist gestern amtlich vollzogen worden.

Birchow und Wilhelm II.

In verschiedenen Blättern wird behauptet, daß der Ausschuß für das Birchow-Denkmal auf seine Anfrage beim Hofmarschallamt, wen der Kaiser als Vertreter zur Denkmalsfeier entsenden werde, die Antwort erhalten habe, daß der Monarch sich bei der Feier nicht zu vertreten lassen gedente.

Birchow ist als Gelehrter ein Stolz der deutschen medizinischen Wissenschaft. Die Nichtbeteiligung Wilhelms II. ist offenbar eine Demonstration gegen die politische Gesinnung — Birchow war bekanntlich Fortschrittler — des großen Pathologen. Wenn die Geschichte wahr ist, ist sie wirklich sehr charakteristisch.

Unberechtigtes Versammlungsverbot.

In Neuenhagen bei Oderberg in der Mark wollten unsere Genossen auf einem Grundstück eines Parteigenossen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Der Amtsvorsteher zu Oderberg-Oralitz verbot aber die Versammlung, indem er in der üblichen schematischen Weise einfach erklärte, die öffentliche Sicherheit sei gefährdet. Genosse Ebel beschwerte sich vergeblich wegen des Verbots beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. Im Laufe des Beschwerdebefahrens hatte der Amtsvorsteher in einem Bericht als einen Grund für seine Furcht eine Messerschere zwischen zwei Männern angegeben und behauptet, der eine der beiden sei von einem Turnfest in Orally gekommen. Der Vorfall passierte auf der Dorfstraße. Dann mußte der Ueberfall eines Nachwächters herhalten. Es sei anzunehmen, meinte der Polizeibeamte, daß sich unter den Leuten, die den Nachwächter überfielen, Besucher einer Versammlung in Oderberg befunden hätten. — Der Regierungspräsident mußte in seinem Beschwerdebescheid zugeben, daß die angebliche Versammlung in Oderberg überhaupt gar keine Versammlung gewesen, sondern ein Fest.

Bei Rechtfertigung der Klage, die gegen den Regierungspräsidenten angebracht wurde, wies Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld auf diese Unstimmigkeit hin und machte außerdem darauf aufmerksam, daß nicht der geringste Anhalt gegeben sei für einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Messerschere sowie dem Ueberfall des Nachwächters einerseits und dem kleinen Fest bezw. dem Turnfest in Orally. Im übrigen sei ein Turnfest auch nicht mit einer Versammlung auf eine Stufe zu stellen. Was vorgebracht sei, wären nur Mutmaßungen, die ein Verbot der Versammlung nicht rechtfertigen könnten. Konkrete Tatsachen, aus denen für den Fall der Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel auf die nahe Verwicklung einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit geschlossen werden könnte, seien in keiner Weise vorgebracht.

Das Oberverwaltungsgericht gab am Freitag über die Klage statt und erklärte die Verurteilung der Genehmigung für nicht gerechtfertigt. Der Senat, hieß es in dem Urteil, könne die Gründe der Behörden nicht für durchgreifend erachten.

Spernung der russischen Grenze.

Wegen der in Deutschland an den russischen Grenzgebieten (Johannsburg-Bez.) ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche ist die preussische Landesgrenze für sämtliche russischen Einfuhrartikel gesperrt. Wohlverstanden: nicht etwa Rußland schließt sich vor der in Deutschland ausgebrochenen Seuche, sondern Preußen benutzte diese Seuchengefahr, um ihre Landesgrenze für sämtliche aus Rußland bisher bezogenen Lebens- und Bedarfsartikel für längere Zeit abzusperren. Das bedeutet besonders für die ärmere Bevölkerung der preussischen Grenzgebiete eine schwere wirtschaftliche Schädigung. Es müssen insbesondere für Milch und Molkereierzeugnisse erst neue Bezugsquellen geschaffen werden. Das werden die ostpreussischen Agrarier natürlich sofort zur Schöpfung der Konsumenten austreten. Und wenn nun wirklich, was ja nicht derwunderlich wäre, die Maul- und Klauenseuche auch in Rußland infolge von Verschleppung ausgebrochen ist, dann wird das ein willkommenes Anlaß sein, die Grenzsperrung recht lange aufrecht zu erhalten. Haben die Junker doch erst vor einigen Wochen in landwirtschaftlichen Zentralvereinen beraten, auf welchem Wege das Privileg der preussischen Grenzgebirger, keine Quantitäten Fleisch zollfrei über die russische Grenze zu holen, abgeschafft werden könnte! Jetzt haben sie noch mehr als das erreicht.

Die Angelegenheit Langhammer, die in der nationalliberalen Partei Sachsens schon so große Erregung hervorgerufen hat, wird noch weitere Kreise ziehen. Der nationalliberale Verein in Chemnitz lehnte nach einer sehr lebhaft verlaufenen Versammlung ein Mißtrauensvotum gegen den

Abg. Langhammer ab und erklärte sich mit seinem Verhalten vollkommen einverstanden. Da die Landtagsfraktion den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen hat, scheint ein Konflikt unvermeidlich.

Ein Zwangsenteignungsgesetz.

München, 1. Juli. (Fig. Ver.) Schon jahrelang fordern die großen Städte Bayerns ein Gesetz, das ihnen eine Handhabe gibt, bei der Durchführung ihrer Bauungspläne den Widerstand der Grundeigentümer zu brechen. Bisher war es absolut unmöglich, auf dem Weg der Enteignung die Durchführung einer geplanten Straße oder die Anlegung eines öffentlichen Platzes zu erzwingen.

Die Regierung hat nun ein Rotgesetz vorgelegt, das hauptsächlich durch den Ausbau der Wasserkräfte veranlaßt ist, bei dem voraussichtlich das Zwangsenteignungsverfahren in größerem Maßstabe notwendig werden wird. In dem Gesetzentwurf war auch den Gemeinden das Recht gegeben, behufs Durchführung von Straßen das Enteignungsverfahren einzuleiten. Die Kammer der Reichsräte hat nun diese für die Städte so außerordentlich wichtige Bestimmung einfach herausgehoben. Als die patentierten Wächter des Privateigentums sehen sie in dem Enteignungsrecht eine Vorstufe für die Konfiskation des Eigentums.

In den Verhandlungen des Plenums machte unser Parteigenosse Sailer durch Stellung eines Antrages den Versuch, den Gemeinden jenes Recht gesetzlich zu sichern. Der Minister stellte sich prinzipiell auf den Standpunkt unseres Genossen, verzichtete aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auf den Artikel zugunsten der Gemeinden. Der Antrag Sailer wird sodann abgelehnt durch die Mehrheit des Zentrums gegen die Sozialdemokraten, Liberalen und Bauernbündler und sodann das ganze Rotgesetz einstimmig angenommen.

Frankreich.

Pressensé in günstiger Stichwahl.

Paris, 4. Juli. Bei der für den verstorbenen sozialistischen Deputierten Chaubière im 15. Pariser Bezirk stattgefundenen Ersatzwahl erhielt de Pressensé (gen. Soz.) 4815, d'Aramon (Konf.) 4072 und Chéroux (soz.-rad.) 3460 Stimmen. Es ist Stichwahl erforderlich.

Da der Radikalsocialist jedenfalls zu Gunsten Pressensés zurücktreten wird, um die Wahl des Konservativen zu verhindern, so darf man sicher erwarten, daß Genosse Pressensé, der ausgezeichnete Kenner der auswärtigen Politik, dessen Niederlage bei der letzten Wahl von der Partei sehr schmerzlich empfunden worden war, bald wieder der Kammer angehören wird.

Belgien.

Ein Streich des Unterrichtsministers.

Brüssel, 30. Juni. (Fig. Ver.) Die „Freiheit“ des Unterrichts ist die größte Sorge der Merikalen auf dem Schulgebiete. Mit diesem Schlagwort argumentieren sie auch gegen die obligatorische Schulpflicht, von deren Durchsetzung sie eine starke Beeinträchtigung des Merikalen Unterrichts befürchten. Den Familienvätern, sagen die Merikalen, muß die Freiheit garantiert und die Möglichkeit gegeben werden, ihre Kinder in Merikale Unterrichtsanstalten zu schicken. Damit es an diesen nicht mangelte, hat ja der Merikale Minister Descamps den Mönstern neuer das Millionenvermögen gemacht, das, so weit es nicht für die Wahlen verwendet wurde, der Merikalisation des Unterrichts dienen wird.

Wie der Unterrichtsminister die „Freiheit“ des Unterrichts auffaßt, hat er dieser Tage mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die Unterrichtsanstalten im Hennegau, dessen vorzügliche Fachschulen insbesondere rühmlichst bekannt sind, sind den Merikalen ein Dorn im Auge. Die Provinz Hennegau hat die größten Opfer gebracht, um die verschiedensten Zweige des Unterrichts auszubauen und im modernsten Sinn zu vervollkommen. In den Augen der Merikalen heißt ihnen aber ein schwerer Fehler an: sie sind nicht Merikal. Nicht Merikal heißt aber bei der Regierung religionsfeindlich, atheisistisch, gegen die bestehenden Gesetze verstoßend. In der Tat auch dieses letztere! Denn der Herr Minister hat dieser Tage die Behörden der Provinz Hennegau verständigt, daß er den dortigen „Ecoles normales“ (Lehrerbildungsanstalten) nicht das Recht zuerkennen kann, Diplome auszustellen! Er erklärt das Programm dieser Anstalten für anfechtbar, ihre Ziele für nicht vereinbar mit den gesetzlichen Vorschriften. Ueberflüssig zu sagen, daß diese wie alle Lehranstalten der Provinz keine anderen „Ziele“ als pädagogische und rein wissenschaftliche verfolgen, die ihnen reiche Anerkennung aller Nichtmerikalen eingetragen haben. Was das Programm der vom Minister mit dem Vornamen besetzten Anstalten betrifft, so haben die betreffenden Behörden seit vier Jahren vergebens Herrn Descamps um die Angabe der Punkte ersucht, die er als im Gegensatz mit den gesetzlichen Bestimmungen bezeichnen könnte. Die Wahrheit ist, daß die Merikale Regierung nur Lehrer will, die aus ihren Merikalen Lehrerbildungsanstalten hervorgehen. In der Tat sind außer den Lehrerbildungsanstalten des Hennegau und jener Brüssels alle anderen in Belgien Merikalisiert. Der letzte Streich der Regierung ist nur ein neuer Vorstoß gegen den verhassten „öffentlichen Unterricht“ und entspricht nur dem Schulprogramm der Merikalen, allem, was der Verfassung auf dem Schulgebiete entgegensteht, entgegenzuarbeiten, das verlorene Unterrichtsmonopol wieder zurück zu erobern. Herr Descamps verteidigt musterhaft die Anstalten das Öffentlichkeitsrecht, während er unterschiebt, los allen Lehrerbildungsanstalten für den höheren und den Volksschulunterricht, allen Fach- und Industrieschulen, allen Akademien, die unter dem Schutz des Alerus und der Kongregationen stehen, das Recht zuerkennen, unter einer bequemen Kontrolle Diplome auszustellen! Das Programm und die Ziele dieser Schulen entsprechen eben, wie der Minister sagt, dem Geist des Gesetzes.

Italien.

Die Gemeindevahlen in Rom.

Rom, 4. Juli. Bei den gestern stattgefundenen Gemeindevahlen siegte die Liste der „Volkspartei“ mit großer Majorität.

Die Volksschule.

Rom, 2. Juli. Die Deputiertenkammer setzte in der heutigen Sitzung die am Dienstag begonnene Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den Elementarunterricht fort, der bezweckt, durch Hebung der Elementarschule, durch Verstärkung der Staatsaufsicht und Erhöhung der Lehrergehälter das Alphabetentum energisch zu bekämpfen. In der bisherigen Debatte war von katholischen Deputierten die Ansicht vertreten worden, daß einige Bestimmungen des Gesetzentwurfs die Autonomie der Gemeinden beeinträchtigen, denen man volle Freiheit lassen müsse, da sie von selbst und zufriedenstellend für den Elementarunterricht Sorge trügen. Von den Deputierten der äußersten Linken war dieser Standpunkt lebhaft bekämpft worden. Im Laufe der heutigen Debatte erklärte Unterrichtsminister Credaro, die Regierung sei geneigt, bei der Einzelberatung der Artikel gewisse Abänderungen einzuführen. Ministerpräsident Duzzati führte aus, es sei eine Ehrenpflicht der Kammer, die Diskussion der Artikel zu Ende zu bringen. Es seien zwar 1500 Petitionen eingebracht worden, die gegen den

Gesetzentwurf als einen Angriff auf die Freiheit des Gewissens und des Unterrichts und die Autonomie der Gemeinden protestierten, aber er glaube der Mehrheit der Kammer sicher zu sein, wenn er diese Proteste zurückweise, wobei er von der Voraussetzung ausgehe, daß ihre Urheber in ihrem guten Glauben gefaßt seien. Das Gesetz werde nach seiner Ansicht genügen, das Alphabetentum zu befeitigen. Wenn nicht, werde er sicherlich nicht zögern, radikalere Maßnahmen zu ergreifen. Die Kammer nahm hierauf in namentlicher Abstimmung mit 374 gegen 21 Stimmen die vom Ministerpräsidenten vorgeschlagene Tagesordnung an und ging zur Einzelberatung der Artikel über.

Spanien.

Antikerikale Kundgebungen.

Madrid, 3. Juli. Heute nachmittag fand hier eine von den Republikanern und Sozialisten veranstaltete antikerikale Demonstration statt, an der sich eine gewaltige Menschenmenge, darunter auch Frauen aus allen Klassen der Gesellschaft, beteiligte. An der Spitze des Zuges, der zwei Kilometer lang war, schritten alle Liberalen, republikanischen und sozialistischen Parteiführer, unter ihnen Moret, Peris Galbos, Sol y Driaga, Azcarate u. a. — Auch aus der Provinz werden zahlreiche ähnliche Kundgebungen gemeldet.

Ein Zusammenstoß.

Sevilla, 4. Juli. Nach Auflösung einer antikerikalen Versammlung zog eine Gruppe von Demonstranten an dem konservativen Klub vorüber und stieß vor diesem Klause gegen Maura aus. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen den Konservativen und den Radikalen, welcher die Polizei veranlaßte, einzuschreiten und mehrere Verhaftungen vorzunehmen.

England.

Die Budgetdebatte.

London, 4. Juli. Unterhaus. In der Beratung über das Budget sprach Außenminister Chamberlain die Pläne Lloyd Georges betreffend die Möglichkeit der Einführung der Arbeitslosen- und Altersversicherung und erklärte, es sei unvorzuziehlich, Hoffnungen zu hegen, die sich auf die Flottenpolitik einer anderen Nacht gründeten. Die Baurate, welche in dem ursprünglichen deutschen Bauplan vorgesehen sei, solle in bezug auf die großen Schiffe im Jahre 1912 um die Hälfte verringert werden, wenn die Lage unverändert bleiben würde. Aber glaube Lloyd George wohl, daß die Lage in der Tat unverändert bleiben würde; glaube er, daß Deutschland, nachdem es einmal diesen Pfad betreten habe, zufrieden sein werde mit seinem jahreslangen Plan? Jedenfalls halte es Lloyd George für richtig, staatsmännisch oder klug, den Leuten zu sagen, daß, wenn sie die soziale Reform wollten, sie die nationale Verteidigung aufgeben müßten.

Schweden.

Die Militaristen unter sich.

Stockholm, 2. Juli. (Fig. Ver.) Als im Herbst 1907 die Regierung das Verteidigungskomitee ernannte, das, wie der Staatsminister sagte, die Landesverteidigungsfrage besonders mit Rücksicht auf die ökonomische Traglast des Landes untersuchen sollte, forderte sie auch unseren Parteigenossen Branting auf, dem Komitee beizutreten, was dieser jedoch ablehnte. Es war vorauszusetzen, daß das Ergebnis der Komiteearbeiten eine weitere Steigerung der Militärausgaben sein werde, und dafür wollte die Sozialdemokratie in keiner Weise irgend welche Verantwortung übernehmen und auch den Schein vermeiden, als ob sie daran teil hätte. Inzwischen hat es sich gezeigt, daß das Komitee nicht das mindeste getan hat, um die ökonomische Tragfähigkeit des Landes zu prüfen, sondern sich in seiner Mehrheit ohne weiteres den Millionenprojekten der Regierung zur Anschaffung neuer Panzerschiffe und zum Bau einer neuen Flottenstation angeschlossen. Die liberalen Mitglieder im Komitee bekämpften diese Art der Lösung der vorliegenden Aufgaben, drangen aber damit nicht durch und hatten auch bei der Regierung keinen Erfolg, als sie im Reichstag den Staatsminister an die Worte erinnerten, mit denen er vor drei Jahren dem Komitee seine Aufgabe vorschrieb. Nun haben die liberalen Komiteemitglieder ihre Ämter niedergelegt. Die Militaristen sind nun also in dem Komitee ganz unter sich. Wie es heißt, will der Staatsminister Bindman mit seiner ganzen Person für seine militaristischen Pläne eintreten. Nach dem Austritt der Liberalen aus dem Komitee darf man annehmen, daß er eine Niederlage dabei erleiden wird. Auch in den liberalen Kreisen des Bürgerturns bricht sich immer mehr die Auffassung der Sozialdemokratischen Partei, daß Schweden durch die grenzenlosen Rüstungen schließlich dahin kommen muß, ein befestigtes Armenhaus zu werden.

Rußland.

Die Sanktion des Zaren.

Petersburg, 4. Juli. Der Kaiser hat das von der Reichsduma und dem Reichsrat angenommene Finnlandgesetz bestätigt.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die Erhöhung der Zivilliste.

Die Reden der beiden sozialdemokratischen Vertreter im preussischen Abgeordnetenhaus Adolf Hoffmann und Paul Hirsch, die diese bei den Verhandlungen über die Erhöhung der Zivilliste des Königs gehalten haben, sind als Broschüre erschienen. Die Kritik unserer Genossen an diesem wenig geläufigen Gesetzentwurf hat weit über die Kreise unserer Parteigenossen ein zusehendes Echo gefunden. Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern werden namentlich die Ausführungen des Genossen Hirsch Interesse erwecken, in denen er die Entstellungen des Ministers zurückweist und dessen vollständige Unkenntnis der gewerkschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse darlegt.

Die Broschüre ist im Parteiverlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen und kann durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage bezogen werden. Der Preis ist 15 Pf.

Von der Lieferungsangabe: **Rebel, Aus meinem Leben**, ist soeben Heft 6 und 7 zur Ausgabe gelangt.

Mit dieser Ausgabe ist ein in weiten Kreisen vielfach geäußertes Wunsch in Erfüllung gegangen.

Der Preis der alle 8 Tage von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Hefte beträgt 10 Pf.

Sämtliche Partei- sowie sonstige Buchhandlungen und Kolportage übernehmen die Auslieferung.

In die Redaktion des „Gothener Volksblattes“ tritt am 1. August Genosse Bruno Kühn als zweiter Redakteur ein. Genosse Kühn war seit mehreren Jahren an der Parteipresse tätig, desgleichen wirkte er für den Holzarbeiterverband.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Justiz gegen die Arbeiterpresse.

Nicht weniger als achtzehn Gerichtsurteile wurden im Monat Juni gegen Redakteure der Arbeiterpresse gesprochen, gegen 18 im Mai und 6 im April d. J. Im letzten Vierteljahr zusammen also 30 Verurteilungen. Eine so riesige Zahl Prozesse

gegen die freie Presse dürfte noch nicht dagewesen sein in normalen Zeiten. Man ersieht daraus wieder, wie die sozialdemokratischen Zeitungen „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ bekämpft werden. Der Juni ergab an Verurteilungen 7 Monate 3 Wochen Gefängnis und 4050 M. Geldstrafe. Die drei Monate zusammen: 2 Jahre, 4 Monate, 2 Wochen Gefängnis und 7755 Mark Geldstrafen! Drei freisprechende Urteile kommen außer Betracht. Beteiligt ist ein Gewerkschaftsblatt, die „Bergarbeiterzeitung“, wegen Verleumdung von Direktoren des Bochumer Knappheitsvereins mit 1000 M., in allen anderen Fällen handelt es sich um Parteiblätter. Es entgeht fast keines seinem Schicksal. Die niedrigste Strafe, die verhängt wurde, betrug 100 Mark, die höchste 6 Monate Gefängnis.

Strafkonto der Presse. Der Verleumdung des Essener Oberbürgermeisters angeklagt stand am Freitag Genosse Steinbüchel von der Essener „Arbeiterzeitung“. Unser Parteiblatt hatte das unerhörte Vorkommnis kritisiert, daß dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Genossen Hohage im Essener Stadtverordnetenkollegium keinerlei Antwort gegeben wurde, als er den Oberbürgermeister interpellierte, weshalb dem Bildungsausschuß der Essener Arbeiterpartei der städtische Saalbau für ein Konzert verweigert worden. Der Staatsanwalt fand die Kritik über alles Maß hinausgehend und unflätig und beantragte — zwei Monate Gefängnis! Das Gericht erkannte an, daß Genosse Steinbüchel, der Vorsitzender des Bildungsausschusses ist, berechnete Interessen gewahrt habe, erkannte ihn aber wegen einiger „zu scharfer Ausdrücke“ der formalen Verleumdung schuldig und diffamierte ihm eine Geldstrafe von 100 Mark.

Vom Schöffengericht zu Gisleben wurde Genosse Desoldt vom „Volksblatt für Halle“ wegen Verleumdung eines Schieferwiegens zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung am Montag, den 4. Juli 1910.

Zunächst wurde der Abschluß über Kassenverbände erledigt. Für den Verband ist eine Satzung durch übereinstimmenden Beschluß der beteiligten Kassenausschüsse zu errichten. Die Satzung muß aber nach der Vorlage vom Oberversicherungsamt genehmigt werden. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde der Zusatz hinzugefügt, daß die Genehmigung nur verweigert werden darf, wenn die Satzung den gesetzlichen Vorschriften nicht genügt, und daß die Gründe mitzuteilen sind.

Jede Kasse kann mit dem Schlusse des Geschäftsjahrs aus dem Kassenverband ausscheiden, wenn sie es spätestens sechs Monate zuvor bei dem Vorstande beantragt hat. Hierzu wurde auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, daß die ausgeschiedene Kasse auf die Dauer von 2 Jahren für die eingegangenen Verpflichtungen des Kassenverbandes haftbar bleibt.

Bei Ausscheiden einer Kasse oder Auflösung des Verbandes soll von dem Reinvermögen des Verbandes jede ausscheidende Kasse den Anteil erhalten, der für das letzte Geschäftsjahr dem Verhältnis ihrer Beiträge zu den Gesamtbeiträgen an den Verband entspricht. Ergibt sich ein Fehlbetrag, so hat jede ausscheidende Kasse nach demselben Verhältnis zuzuschließen. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß sehr leicht in dem letzten Jahre vor dem Ausscheiden eine sehr beträchtliche Veränderung des Mitgliederbestandes und demgemäß auch der Beiträge eintritt und dann die Verteilung nach dem Verhältnis des letzten Jahres zu großen Ungerechtigkeiten führen würde. Sie beantragten daher, daß die Beiträge nicht allein im letzten Jahre, sondern in den zwei letzten Jahren maßgebend sein sollen. Der Antrag wurde angenommen.

Endlich wurde — wiederum auf Antrag der Sozialdemokraten — zu dem Abschluß noch die Bestimmung hinzugefügt: Krankenkassen können durch Beschluß ihrer Ausschüsse solche Kassenvereinigungen bilden oder ihnen beitreten, die den allgemeinen Zwecken und Zielen der Krankenkassen dienen. Durch diese Bestimmungen ist das Weiterbestehen der freien Kassenvereinigungen gesichert worden.

Darauf begann die Debatte über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten. Abgeordneter Dr. Rudan trat dafür ein, daß die Kassen verpflichtet werden sollen, die freie Arztwahl durchzuführen, und daß ein Kassenarzt nur in besonderen Fällen angestellt werden darf. Ob ein besonderer Fall vorliegt, soll die durch 4 ärztliche Weisiger verstärkte Spruchkammer des Oberversicherungsamts entscheiden.

Auf der anderen Seite standen die Sozialdemokraten, die unbedingt den Kassen selbst die Entscheidung darüber überlassen wollen, welches Arztssystem sie durchführen. Die Frage des Arztwahlrechts sei für uns keine Parteifrage. So viel steht aber fest, daß sich in einigen Bezirken das freie Arztwahlrecht bewährt, daß es dagegen in anderen Bezirken zu großen Schwierigkeiten geführt habe. Daher ist hier ein allgemeiner Zwang nicht angebracht. Der einzige gangbare Weg sei der, daß Instanzen zur Verhandlung geschaffen werden, und die Kassen, falls keine Verhandlung zustande kommt, nicht mehr wehrlos den Ärzten ausgeliefert werden. Entscheidend müsse unter allen Umständen die Rücksicht auf eine möglichst gute ärztliche Hilfe sein. Deshalb seien wir gegen jedes aufgezogene Arztrecht.

Der nationalliberale Abgeordnete Hausmann erklärte sich gegen die freie Arztwahl, weil der Leipziger Verband der Ärzte, der die Kassen unter seine Kräfte bringen wolle, zu weit gegangen sei. Er will aber das Kassenarztssystem durch die Bestimmung abschwächen: Hat eine Kasse mehr als 1000 Mitglieder, so ist den Mitgliedern für jedes angefangene tausend eine freie Arztwahl zu fernere Arzt zur freien Wahl zur Verfügung zu stellen, soweit die örtlichen Verhältnisse es gestatten.

Das Zentrum wußte wieder keinen besseren Ausweg als — zu der Weidheit der Aufsichtsbehörde Zuflucht zu nehmen. Es beantragte: Kassenärzte sollen nur mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes (Beschlußkammer) angestellt werden. Das Oberversicherungsamt darf seine Genehmigung zur Anstellung eines Kassenarztes nur dann geben, wenn ein allgemeiner Arztvertrag nicht unter angemessenen Bedingungen, insbesondere nicht ohne Gefährdung der Leistungsfähigkeit der Kasse oder ohne Schädigung berechtigter, durch Vertrag anerkannter Interessen angestellter Kassenärzte zu erreichen ist.

Die Regierungsvorteiler versicherten, daß die Vorlage, die beide Systeme zulassen will, die beste Möglichkeit für eine segensreiche Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Kassen und den Ärzten biete. Der Vertreter der **württembergischen** Regierung legte ausführlich dar, daß schon unter den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in Württemberg sich ein ganz gutes Verhältnis zwischen den Krankenkassen und den Ärzten herausbilde. Freilich könne auch hier nicht von einer absolut freien Arztwahl die Rede sein. Auch er kam zu dem Schluß, daß die Bestimmungen der Regierungsvorlage eine weitere günstige Entwicklung zulassen.

Am entschiedensten sprach sich Genosse **Weser** gegen die Ansprüche des Leipziger Verbandes aus. Auf dem Lande sei die freie Arztwahl ganz undurchführbar. Außerdem trete der Leipziger Verband so gegen die Kassen auf, daß diese oft genug in bezug auf die Regelung des ärztlichen Dienstes gar nichts mehr zu sagen haben. Und dann erst die Drohung mit dem allgemeinen Streik gegen das neue Gesetz. Dagegen müsse die Gesetzgebung sich auf die schärfste wenden. Vielleicht sei es notwendig, den § 153 der Gewerbeordnung, der den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit mit Strafe bedroht, auf die Ärzte auszudehnen. Unter allen Umständen müßten aber die arbeitswilligen Ärzte besser geschützt werden, als in der Vorlage vorgeschlagen worden sei.

Schließlich mußte die Debatte abgedrochen werden. Morgen Fortsetzung.

Gewerkschaftliches.

„Es ist schlimm, daß es solche Leute gibt!“

In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, die am Donnerstagabend zwecks Besprechung der Aussperrung der Metallarbeiter in Hagen-Schwelm und des Unternehmersarbeiters nachweislich abgehalten wurde, betonte der Referent, Schuhmacher-Berlin, daß sogar der Oberbürgermeister v. Hagen (Abg. Cuno) die allgemein als verteilbar gehaltenen Pläne der Industriellen gutgeheißt und unterstützt habe. Die Kennzeichnung dieser Stadtverwaltung löste in der Versammlung Pöbelrufe und ironische Zurufe: „Freisinnspolizei“ aus, worauf der Referent den Ausspruch tat:

„Es ist schlimm, daß es solche Leute gibt; besonders bedauerlich, wenn sie der Fortschrittspartei angehören, der auch ich angehöre. Diese Partei hat ausdrücklich die Programmforderung nach Errichtung von paritätischen (gemeinschaftlichen) Arbeitsnachweisen mit aufgenommen, wie sie von den Gewerkschaften erstrebt werden.“

Der „Waldenscheider Generallanzeiger“ hatte die Aufnahme des geg. Bezugs angebotenen Versammlungsdienstes verweigert. Auch darüber herrschte große Entrüstung bei den Gewerkschaften. Der Vortragende rief den Versammelten, infolge der schmachtvollen Bedrückungen der Arbeiter und Kleinhandwerker von allen Seiten bei den nächsten Reichstagswahlen darauf zu achten, daß den Reaktionen keine Stimmen zufallen. Den „Generallanzeiger“ dürfe niemand lesen, der ist nur für die Fabrikanten. Er, Schuhmacher, hätte nur gleich klipp und klar sagen sollen, auch Männern wie Herrn Cuno darf ein Arbeiter und Kleinhandwerker seine Stimme nicht geben. Statt dessen rief Herr Schuhmacher, die Politik im Bereiche der Besprechung wirtschaftlicher Fragen aus dem Spiele zu lassen! Obwohl er doch selbst der sprechende Beweis dafür war, daß derartige eine reiche Unmöglichkeit werden muß, insbesondere wenn die politische Gleichgültigkeit in Ausübung ihrer Bürgerpflichten eine so herausfordernde Anschauung zum besten geben, wie es der Oberbürgermeister und Reichstagsabgeordnete der Fortschrittspartei Cuno in der nur den industriellen Nachhabern und Zwangsmenschen nützlichen Arbeitsnachweisfrage getan hat. Da hilft kein Mundspitzen, ihr Gewerkschaftler, nein, da muß recht ordentlich gepöbeln werden!

Berlin und Umgegend.

In der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Brunnenstraße, wird in letzter Zeit von Seiten der Betriebsdirektion mit Nachdruck dahin gearbeitet, um eine möglichst große Zahl Lager-, Lager- und Transportarbeiter in Wochenlohn zu stellen. Dieser Vorgang ist allem Anschein nach auf die in den letzten Wochen im Werke stattgefundenen Hilfsarbeiterbewegung zurückzuführen. Die Direktion scheint zu merken, daß auch diese Arbeitergruppen bei den bestehenden niedrigen Löhnen, die in der A. E. G. leider immer noch gezahlt werden, sich nicht länger halten lassen. Die Einführung von Wochenlöhnen soll höchstwahrscheinlich ein Mittel sein, um ein geschlossenes Vorwärtsdrängen zu verhindern. Ob der Trick gelingen wird, muß zunächst abgewartet werden. Der bisher angebotene Wochenlohn, der vorläufig nur älteren Arbeitern gewährt wird, schwankt zwischen 82 und 41 M. Als befremdend wirkt hierbei, daß von den Wochenlöhnern statt der bisher üblichen 10stündigen eine 12- und 10stündige Arbeitszeit verlangt wird. Auch von der Nachschicht wird in letzter Zeit ebenfalls eine so ungeheuer ausgedehnte Arbeitszeit verlangt. Es wäre gewiß an der Zeit, daß auch die A. E. G. sich mehr der verkürzten Arbeitszeit zuwendet.

Wozu Polizei da ist!

Dieser Tage sollten die Buchbinderarbeiterinnen der Buchdrucker E. Behrens, Lindenstr. 24/25, zu einer Werkstubeversammlung zusammengerufen werden, um sie über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu unterrichten. Dies erfuhr der Chef und Inhaber vom 89. Polizeirevier Hilfe erbitten und — gewährt. Ein Schumann und ein Kriminalbeamter saßen Posto und verhinderten, daß die Arbeiterinnen der Aufforderung der Organisation, die Werkstubeversammlung zu besuchen, nachkommen konnten! Seit wann ist es Aufgabe der Polizei, die gewerkschaftliche Agitation unmöglich zu machen? Weiß der Vorgesetzte des 89. Polizeireviers nicht, daß die Arbeiter ein gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht haben?

Deutscher Buchbinder-Berband. Bei der am 2. Juli stattgefundenen Wahl zum Verbandsvorstand wurden 1106 Stimmen abgegeben, davon waren 84 ungültig. Gewählt wurden als Vorgesitzter A. Gottesmann, E. Bräuner, P. Schade, R. Koczielmiak, L. Jänemann und A. Reinhardt. Als Revisoren wurden gewählt: R. Hoffmann, D. Röll und Fr. Freudenreich.

Achtung! Lohierer, Maler. In der Werkstätte von Fr. K. o. a. Lohierermeister, Wilhelmstr. 6 sind Differenzen ausgebrochen und ist dieselbe bis auf weiteres zu meiden. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Aus dem Baugewerbe.

Der Streik der Maurer in Leipzig ist beendet. In einer im Volkshaus abgehaltenen Versammlung beschloffen die Maurer nach lebhafter Debatte mit 1088 gegen 588 Stimmen die Aufhebung des Streiks. Montag morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In Augsburg haben die am 1. Juli stattgefundenen Verhandlungen zu einer Einigung geführt. Die Lohnerhöhung beträgt für Maurer und Bauhilfsarbeiter innerhalb der Vertragsperiode 6 Pfg. pro Stunde, für die Zimmerer 8 Pfg. Ab 1. Juli 1910 wird der Lohn erstmals um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Im übrigen wird das Arbeitsverhältnis auf der Grundlage des alten Vertrages geregelt. Die Bauarbeiter haben diesen Abmachungen zugestimmt und sind damit die Differenzen erledigt.

Auch für den Bezirk Ingolstadt ist eine Einigung erzielt worden.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung in der Thüringer Seimindustrie.

In Neuenbau in Thüringer Wald fristen die Schnitzer, wie sämtliche Heimarbeiter des Thüringer Waldes, ein kümmerliches Dasein. Löhne von 6—7 M. pro Woche — wobei Voraussetzung ist, daß die ganze Familie mitarbeiten muß — sind hier keine Seltenheit. Fast die gesamte Anwohnerschaft ist beim Schnitzen von Zuschäften, wie wir sie für unsere Kleinen für 10 und 20 Pf. im Laden kaufen, beschäftigt. Wenn die Woche herum ist, wird die Arbeit zusammengepackt und zum Händler geschafft, der in vielen Fällen den erarbeiteten Betrag nicht in barem Gelde, sondern in Naturalien ausshändigt. Diese Arbeiterklasse, deren Hauptbeschäftigung in Kartoffeln, trockenem Weiz und Zichorienbrühe besteht, hat bisher für die gewerkschaftliche Organisation außerordentlich schwer zu gewinnen, doch hat insbesondere in der letzten Zeit der Deutsche Holzarbeiterverband unter den Heimarbeitern dieser Bezirke erhebliche Fortschritte gemacht, und rechnet er es sich zur Ehre an, gerade hier an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eifrig zu arbeiten. Es wurde darum, nachdem in Neuenbau der größte Teil der Schnitzer sich dem Verbande angeschlossen hatte, versucht, die Löhne auszubessern. Daß eine derartige Lohnbewegung mit Heimarbeitern, insbesondere wenn es zum Streik kommt, äußerst schwierig ist, leuchtet von vornherein ein, da die Händler fast durchweg, und zwar durch die Ausbeutung der Arbeiter, reiche Leute geworden sind. Nichtsdestoweniger wurde

Berantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Aus Industrie und Handel.

Syndikatswirkungen.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Mitteilungen von neuen wichtigen Interessensfusionen an die Öffentlichkeit gelangen. Jetzt ist's wieder einmal die Sprechmaschinenindustrie, in der sich Fusionen vollzogen haben. Dieser Tage wurde der Verkauf der Holzwarenfabrik Böhme, A.-G. in Dippoldiswalde an die Kalliope Musikwerke, A.-G. in Leipzig gemeldet. Weiter ist in Berlin unter der Firma Bela Reford A.-G. eine Vereinigung hauptsächlich in der Sprechmaschinenindustrie tätigen Firmen entstanden, nämlich der Bela Reford A.-G. und der Fr. Puppel, G. m. b. H. in Berlin. Hinter diesen Transaktionen steht die Darmstädter Bank. Wenn die Verhältnisse der beiden letztgenannten Gesellschaften genauer betrachtet werden, so sieht man recht deutlich, daß hinter der Verschmelzung ganz andere Interessen stehen, die sie nur als einen ersten Schritt betrachten, denn die beiden Gesellschaften können normalerweise in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht lange existieren. Das Aktienkapital der neuen Bela Reford A.-G. beträgt eine Million Mark. Die alte Bela Reford bringt unter anderem 423 000 Mark an Debitoren, 612 000 Mark Bankguthaben — hier liegt vielleicht das Verschmelzungsinteresse der Darmstädter Bank — und noch mal 212 000 Mark Kreditoren mit em. Die G. m. b. H. Puppel bringt ebenfalls noch 618 000 Mark Kreditoren mit em, also sind es zusammen weit über die Summe des Aktienkapitals Schulden, die mit eingebracht werden! Die Vereinigung soll natürlich auch ein Mittel sein, unnötige Konkurrenz auszuschalten und die Preise nicht zu weit sinken zu lassen.

Von dem gleichen Interesse sind auch die deutschen Fahrrad-Pneumatikfabrikanten befaßt, haben sie doch soeben in Frankfurt a. M. einmütig beschlossen, sofort eine allgemeine Erhöhung für Fahrradpneumatik einzutreten zu lassen. Als Ursache wird auf die hohen Rohgummipreise hingewiesen. Man weiß ganz genau, daß es mit diesen Behauptungen, die sich auf die Londoner Gummispekulationsstreitereien stützen, nicht allzuweit her ist; aber trotzdem, eine „keine Erhöhung“ schadet auf keinen Fall.

Der Aufsichtsrat des Gefeshndikats hat dagegen beschlossen, vom 1. Oktober 1910 an die Preise für Hefe von 48 Pf. pro Pfund auf zirka 30 Pf. herabzusetzen. Das Syndikat erklärt recht menschenfreundlich, daß die gesunkenen Getreidepreise den Anlaß zu dieser Maßnahme gegeben hätten. Man geht aber nicht fehl, wenn man diese Verbilligung der Hefe nicht als eine Freundlichkeit gegenüber den Konsumenten, sondern als eine Kampfmaßnahme des Syndikats ansieht, um neue Ruhestreiter von vornherein nicht existenzfähig zu machen. Für die Arbeiter kann dies aber vorläufig nebensächlich sein; neben dem Getreide und Mehl ist jetzt auch die Hefe billiger geworden, die Bäcker haben allen Grund, auch die Backwaren preiswerter zu verkaufen.

Die drei Beispiele zeigen wieder, wie die Interessensvereinigungen der Produzenten immer stärkeren Einfluß auf den — Geldbeutel der Allgemeinheit ausüben.

Die Ernte.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat teilt mit: Seht man den unter normalen Verhältnissen zu erwartenden Ertrag gleich 100 (Normal- oder Mittelerte, nicht Durchschnittsernte), so ist von der Preisberücksichtigung des Deutschen Landwirtschaftsrats der voraussichtliche Körnerertrag für Roggen am 1. Juli d. J. auf 93,5 Proz. einer Mittelerte gegen 92,2 am 1. Juli 1909 und 100,8 am 1. Juli 1908 geschätzt, die Schätzung wird am 1. August und am 1. September wiederholt, sie betrug im Vorjahre für Roggen am 1. August 96,6 und am 1. September 101,0. Der Strohertrag für Roggen wurde zu 96,1 gegen 84,6 in 1909 und 100,5 in 1908 ermittelt. Die auf die mehrwöchige Trockenperiode in Norddeutschland endlich eingetretene Regenperiode hat den Stand aller Feldfrüchte gebessert, doch ist der Regen vielfach für den Hafer zu spät gekommen, um ihn noch auf einen mittleren Ertrag zu bringen. Soweit nicht durch die vielfache Lagerung und durch schlechtes Erntewetter der Ertrag noch beeinträchtigt werden sollte, dürfte trotz mancherlei Klagen über beide Winterfrüchte eine gute Roggen- und Weizenernte erwartet werden. Die Roggenernte wird in diesem Jahre voraussichtlich frühzeitig stattfinden. In Süddeutschland und in den Rheingegenden leiden vielfach alle Feldfrüchte bereits unter der andauernden Rasse und ist trockenes und sonniges Wetter dringend erforderlich, um vor allem die außer gewöhnlich reichen Futtererträge ohne große Verluste an Menge und besonders an Güte bergen zu können. Aber auch in manchen Gegenden Norddeutschlands wird aus denselben Gründen wieder trockenes Wetter herbeigesehnt. Die Hackfrüchte haben sich erst während der kürzlichen Niederschläge entwickeln können, die Kartoffeln stehen sehr verschieden, haben im Norden vielfach durch Nachtfröste gelitten, die Süden sind noch schwer zu beurteilen.

Wieder eine Bankfusion. Die Fusionsbewegung im Bankgewerbe spielt sich jetzt vornehmlich in der Provinz ab. Einen neuen Schritt in dieser Richtung bedeutet die Vereinigung der Schleswig-Holsteinischen Bank mit der Flensburger Privatbank. Die Aktionäre der Flensburger Privatbank erhalten für jede dividendenberechtigte Aktie von 2500 M. zwei Aktien à 1000 M. der Schleswig-Holsteinischen Bank, die ab 1. Juli 1910 dividendenberechtigt sind. Die Schleswig-Holsteinische Bank wird, wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, zur Durchführung dieser Fusion und zur Vergrößerung der Betriebsmittel ihr Kapital um 2,5 Millionen Mark auf 8,5 Millionen Mark erhöhen. Die Verwaltung und das Personal der Flensburger Privatbank werden von der Schleswig-Holsteinischen Bank übernommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der internationale Eisenbahngongress.

Bern, 4. Juli. (B. H.) Heute nachmittag wurde hier der 8. Internationale Eisenbahngongress eröffnet. Anwesend sind über 1300 Delegierte aus allen Ländern der kultivierten Welt. Der Gongress hat seine Arbeiten in fünf Abteilungen eingeteilt. Er wird zwei Wochen dauern.

Vom Schnellzuge überfahren.

Wien, 4. Juli. (B. H.) In Mauerbach bei Wien wurde ein Wagen, auf welchem sich Wiener Ausflügler befanden, von dem Salzburger Schnellzuge überfahren. Die Insassen des Wagens litten von einem Vereinsausfluge zurück und waren in heftigster Stimmung. Als der Schnellzug um eine kurze Kurve bog und auf das Gefährt zufuhr, war ein Ausbiegen nicht mehr möglich. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert, einer Frau der Kopf glatt vom Rumpfe getrennt, vier weitere Insassen tödlich, alle anderen mehr oder minder schwer verletzt.

Ein Trambahnzug entgleist.

Trient, 4. Juli. (B. H.) Heute entgleiste ein Zug der elektrischen Trambahn Trient-Rate bei der Station San-Felice. Die Lokomotive und die beiden dahinter folgenden Wagen wurden vollständig zertrümmert, fünf Passagiere schwer verletzt, einer davon tödlich.

der Kampf aufgenommen und stellten die in Frage kommenden Arbeiter mit seltener Einmütigkeit die Arbeit ein. In den letzten Tagen konnte der Streik nunmehr mit gutem Erfolge beendet werden und wurde eine Lohnerhöhung von 10—20 Proz. erzielt. Wenn diese Summe, die Lohnaufbesserung ausmacht, auch für den Arbeiter der Großstadt lächerlich gering erscheint, so betrachten die Arbeiter in dieser zurückgebliebenen Gegend den Betrag als eine hohe Summe. Der moralische Erfolg der Bewegung ist aber noch viel höher zu bewerten, da es das erste Mal ist, daß diese armen, ausgebeuteten Proletarier es gewagt haben, den mächtigen Händlern gegenüber überhaupt Forderungen zu stellen, und gezeigt haben, daß das Selbstbewußtsein und die Solidarität bei ihnen eingeleitet ist. Bis dahin waren die Händler nur gewöhnt, daß die Arbeiter zu ihnen mit gekümmerten Müden kamen und um die wenigen sauer verdienten Groschen bitteten. Das ist nun anders geworden. Hoffen wir, daß die übrigen Heimarbeiterskreise den Neuenbauer Schnitzern in dieser Beziehung nachahmen.

Lohnbewegung der Weber im Erzgebirge.

An der Stätte des Rastischen Weberlebens, im schlesischen Erzgebirge, steht ein neuer großer Kampf der Textilarbeiter bevor. Die Unternehmer, noch genau so hartnäckig wie 1844 und wie sie uns Gerhart Hauptmann in seinem unsterblichen Werke schildert, haben es prozig abgelehnt, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. In Reichenbach sind deshalb die Textilarbeiter zusammengetreten und haben den Spinnerei- und Webereibesitzern den Kampf in Aussicht gestellt. Nach einem Referat des Gauleiters wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gesagt wird, daß, nachdem die Webervereine der Neuwahl des Schiedsgerichts abgelehnt haben, eine friedliche Verständigung vollständig ausgeschlossen erscheint und nur der Kampf entscheidend kann. Da der Geschäftsgang momentan kein günstiger ist, soll eine bessere Zeit abgewartet werden.

Die organisierten Kammer und Steinsechshilfsarbeiter in Halle haben die Arbeit eingestellt. Es handelt sich um 150 Mann. Grund dafür ist die Ablehnung einiger geringfügiger Forderungen von den Unternehmern. Die Kammer verlangen 50 Pfg., die Hilfsarbeiter 45 Pfg. Stundenlohn. Drei Firmen haben bereits bewilligt. Der Magistrat geht mit der Absicht, Arbeiter des Tiefbauamtes als Streikbrecher an einige dringende Arbeiten zu kommandieren, wie er es bei früheren Gelegenheiten auch schon getan hat. Zugang aus den genannten Arbeiterkategorien nach Halle ist fernzuhalten.

Zur Aussperrung der Metallarbeiter in Hagen-Schwelm.

Nachdem die Unternehmer ihre Betriebe am 4. Juli öffnen wollten, aber vergeblich auf die von ihnen verlangte Anmeldung der Arbeiter warteten, weil sie nach wie vor auf der Einrichtung ihres Arbeitsnachweises bestanden, sind zunächst weitere 3000 Mann ausgesperrt worden. Ferner haben die Unternehmer den Termin, bis zu welchem sich die Arbeiter zur Arbeit melden können, ohne den Zwangsarbeitsnachweis passieren zu müssen, auf den 15. Juli hinausgeschoben.

Den Unternehmern brennt offenbar das Feuer auf den Fingernägeln. Die größten Betriebe haben sich ein Vorrecht zu schaffen gewußt, indem sie, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, 50 Proz. ihrer Arbeiter weiter beschäftigen dürfen. Die kleineren Unternehmer sind von diesem Vorrecht wenig erbahnt und remonstrieren.

Der Streik bei der Hamburg-Altonaer Zentralbahn ist beendet. Die am Sonntag unter Vorsitz des Landgerichtsrats Wulf im Altonaer Rathaus stattgefundenen Einigungsverhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Gesellschaft sich zur Wiedereinstellung von 8 Gemahrgelerten und 90 Streikenden bereit erklärte. Die Vertrauensmänner der Streikenden nahmen diesen Vorschlag an, wonach der Schiedspruch von beiden Parteien unterzeichnet wurde. Die Streikenden werden dem Schiedspruch voraussichtlich zustimmen.

Die Rheinschiffer finden nun auch in größerer Zahl den Anschluß an die freien Gewerkschaften. Dem unter Leitung katholischer Geistlicher stehenden St. Nikolaus-Rheinschifferverband (St. Nikolaus) haben die Schiffer in großer Zahl die Mitgliedschaft aufgesagt. Dadurch gewann der Hafenarbeiterverband, Sektion der Rheinschiffer, an Terrain. An fünf der größten Schiffahrtsfirmen Mannheims haben jetzt die im Hafenarbeiterverband organisierten Schiffer Lohnforderungen gestellt. Der Unternehmerverband wies die Forderungen zurück. Die Schiffer wollen darauf mit dem Streik antworten, sobald bei Wiedereintritten normalen Geschäftsganges — zurecht stoßt das Geschäft infolge des Hochwassers — die Aussichten auf Erfolg verbürgt sind. Es ist leicht möglich, daß die Schiffer anderer Firmen sich der Bewegung anschließen.

Schärfere Ueberwachung der Steinbruchbetriebe

beschloß die Petitionskommission des badischen Landtages. Eine Petition des Bauvorstandes des Steinarbeiterverbandes hatte diese Forderung erhoben und ihr wurde stattgegeben. Die Fabrikinspektion soll diese Ueberwachung veranlassen. Auch sollen bei staatlichen Aufträgen nur Unternehmer beauftragt werden, welche mit ihren Arbeitern absehbare Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Betriebsbedingungen den Bundesratsvorschriften entsprechen. Der Wunsch der Petition, bei staatlichen Arbeiten heimische Arbeiter zunächst zu verwenden zu lassen, wurde der Regierung empfehlend überwiesen.

Der Streik der Tabakarbeiter bei der Firma Th. Heinecke u. Co. in Kirchhagen (Westfalen), der 19 Wochen dauerte, wurde durch Verhandlungen zwischen dem Verbandsvertreter und dem Geschäftsführer der Tabakindustrie, Syndikus Hindenberg, beendet. Es wurden alle Verschlechterungen, die Heinecke geplant hatte, abgewehrt. Maßregelungen wegen des Streiks und wegen der Zugehörigkeit zur Organisation fanden nicht statt.

Ausland.

Die Textilarbeiterausperrung in Holland.

Am Sonnabend war der erste Tag der von den Textilfabrikanten von Entschieden beschlossenen allgemeinen Aussperrung. Ein bürgerliches Kammermitglied hatte noch zuguterletzt einen Vermittlungsvorschlag gemacht, um den für das ganze Gewerksleben der Stadt schädlichen Kampf zu verhindern, aber die Fabrikantenvereinigung lehnte den Vorschlag rundweg ab. Am Sonnabendnachmittag wanderten die Ausgesperrten in großer Demonstrationsszene durch die Stadt mit den Bannern der verschiedenen Verbände. Es waren 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die Stimmung unter den Ausgesperrten läßt nichts zu wünschen übrig. Die ja schon seit Jahren bekannte und wiederholt angewandte Aussperrungstaktik der Textilherren hat dazu geführt, daß nicht nur die sozialdemokratisch, sondern auch die christlich und katholisch gesinnte Arbeiterschaft die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Unternehmertum erkannt hat.

Die Gewerkschaftsbewegung in Spanien.

Neben den Nachwirkungen der wirtschaftlichen Krise haben auch die politischen Wirren einen höchst nachteiligen Einfluß auf die spanischen Gewerkschaften ausgeübt. In den Krisenjahren selbst konnten sie einen Mitgliederbestand von rund 43 500 behaupten, doch hat der Winter 1909/10 einen Verlust von 2578 Mitgliedern gebracht. Im Juni d. J. waren der Landeszentrale 40 984 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen. Die größte Mitgliederzahl hatten die spanischen Gewerkschaften im Jahre 1904; sie stieg damals auf 66 900.

Im Jahre 1909 waren die angeschlossenen Gewerkschaften in 107 Streikbewegungen verwickelt; davon waren 60 Angriff- und 46 Abwehrstreiks. Mit Erfolg wurden 28 Angriffstreiks oder 47 Proz. der Gesamtzahl und 23 Abwehrstreiks oder 50 Proz. derselben beendet, während 81 Angriffstreiks oder 63 Proz. und 23 Abwehrstreiks oder 50 Proz. zumungunsten der Arbeiter endeten.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins

hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab, um Stellung zu nehmen zum internationalen Kongress.

Genosse Ebert vom Vorstand hielt das einleitende Referat, nach einem Rückblick auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse besprach der Redner die Bedeutung und die Aufgaben des bevorstehenden Kongresses.

Dem Kongress stehe reiche Arbeit bevor. Voll Hoffnung und Erwartung werde die proletarische Welt ihre Augen nach Kopenhagen richten. Wir vertrauen, daß der Kongress diese Hoffnungen erfüllen und das Proletariat einen bedeutsamen Schritt weiter bringen wird auf dem Wege zu seinem Ziel. (Beifall.)

Genosse Ledebour begründete folgenden vom 6. Kreis eingebrachten Antrag:

„Der internationale sozialistische Kongress wolle beschließen: Zur Verwirklichung der sozialistischen Friedensbestrebungen sind die parlamentarischen Vertretungen der sozialistischen Parteien aller Länder aufzufordern, in den parlamentarischen Körpern Anträge einzubringen und zu bekräftigen, die auf eine internationale Vereinbarung aller Staaten zur gleichzeitigen Einschränkung der Seerüstungen und zur Beseitigung des Seebeuterechts abzielen.“

Ohne weitere Debatte wurde der Antrag des sechsten Kreises einstimmig angenommen.

Mit der Vertretung der Parteigenossen Groß-Berlins auf dem internationalen Kongress wurden gemäß den Vorschlägen und in den den Kreisen bereits vorgelegten Listen folgende Genossen betraut: Lätzerow, Hermann Berner, Pohl, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Friedländer, Eugen Ernst, Böcke, Jubel, Stadthagen, Brühl, Kautsch, Ostlie Waader. Die letzte wurde in der Stichwahl gegen Rosa Luxemburg gewählt.

Der Vorsitzende Genosse Ernst schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf die Ideale des kämpfenden Proletariats, zu deren Verwirklichung der internationale Kongress beitragen werde.

5. Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte.

Hannover-Linden, 1. Juli 1910.

Am fünften Verbandstag

wird zunächst kurz über die Verbandspreise debattiert. Es kann festgestellt werden, daß dem „Freien Gastwirt“ kein anderes Gastwirtsorgan an die Seite zu stellen ist.

Darauf referiert Biermann-Kürnberg über das Einkaufs- und Produktgenossenschaftswesen im Verbands.

Die fortgesetzt wachsenden Lasten und die geringe Möglichkeit, sie wieder abzumwälzen, zwingen den Gastwirt, nach Verbilligung des Einkaufs zu streben. Gelegentlich hierzu bieten die Einkaufsvereinigungen und die Genossenschaften. Allerdings haben diese, wohl vor allem wegen der Abhängigkeit der Wirte von den Lieferanten, nur geringen Umfang gewonnen. Wo aber solche bestehen, sind ganz gute Erfolge erzielt worden. Die Konsumvereine sind überall zu unterstützen. Sie bieten uns viele Vorteile und gerade durch starke Beteiligung der Gastwirte werden Genossenschaftsleistungen außerordentlich gefördert, weil die Gastwirte auch die Fleischprodukte verwenden können, die im Arbeiterhaushalt nicht gebraucht werden. Für den Genossenschaftsgedanken müssen wir überall eine rege Agitation entfalten. Nicht nur unseren Mitgliedern, sondern dem Verbande selbst wird das zugute kommen. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte ist recht lebhaft. Die Delegierten legen dar, welche Erfahrungen sie mit ihren Einkaufsvereinigungen und Genossenschaften gemacht haben, sie sind in der Hauptsache sehr günstig. Es wird empfohlen, lose Einkaufsvereinigungen, keine Einkaufsgenossenschaften zu gründen, damit auch den ärmeren Kollegen ihre Vorteile zugänglich werden können. In bestehenden Genossenschaften bürgerlicher Gastwirte sollen die Kollegen möglichst eingubringen versuchen, um den dort herrschenden kapitalistischen Geist zu bekämpfen. Es ist nämlich verschiedentlich vorgekommen, daß die Genossenschaftsbrauereien der Gastwirte beim Bierkrieg gemeinsame Sache mit den übrigen Brauereien machten und den kämpfenden Gastwirten in den Rücken fielen, statt ihnen eine Waffe zu sein. Bei der Gründung von Genossenschaften soll die größte Vorsicht herrschen, um ein Fiasko zu vermeiden. Folgende Resolution wird angenommen:

Der am 27. Juni bis 1. Juli 1910 in Hannover-Linden tagende Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte erklärt auch auf seinem diesjährigen Verbandstag, überall, wo Genossenschaftsbestrebungen und Genossenschaftsunternehmungen vorhanden

sind, dieselben kräftig zu unterstützen, um ihre Entwicklung und ihren Ausbau zu fördern. Der Verbandstag erklärt, daß an allen Orten, wo die Möglichkeit gegeben ist, durch gemeinsamen Warenbezug wesentliche Vorteile für die Mitglieder zu erzielen, derartige Warenbezugvereinigungen zu bilden sind, die sich aber nur auf dem Boden des persönlichen Vorbezugs bewegen dürfen. Bei allen Gründungen von Einkaufs- und Brauereigenossenschaften muß das Gutachten laut des Protokollbeschlusses vom Geraer Verbandstag eingeholt werden.

Bei Punkt: Statutenänderung wird folgender Beschluß gefaßt: „Um bei Erteilung von Rechtschutz den Mitgliedern soweit wie möglich entgegen zu kommen, beschließt der Verbandstag, den Hauptvorstand anzuweisen:

Rechtsstreitigkeiten, auch solche privater Natur, wenn dieselben ohne Verschulden des Mitgliedes und aus dem Gewerbebetrieb entstanden, sind von Fall zu Fall zu prüfen und wo notwendig, der nachgeforderte Rechtschutz zu erteilen.

Der Hauptvorstand wird ermächtigt, da, wo sich die Notwendigkeit erweist, den Verwaltungsstellen von über 110 Mitgliedern die Selbständigkeit der Rechtschutzerleichterung zu übertragen.

Durch diese Neuerung und die Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren, vor allem aber durch die wachsenden Quoten für die Steuerunterstützung werden sich die Ausgaben des Verbandes bedeutend steigern. Deshalb macht sich die Erhöhung des Monatsbeitrages von 1,50 auf 2 M. notwendig, die mit 89 gegen 19 Stimmen beschlossen wird.

Der Verbandstag nimmt darauf folgende Resolution gegen die Berliner Luftbarkeitssteuer

einstimmig an: Durch die im Jahre 1909 im Deutschen Reichstag beschlossene Reichsfinanzreform wird das Gastwirts- und Schankgewerbe im ganzen Reich schwer geschädigt. Infolgedessen sind viele Existenzen ruiniert worden. Eine weitere wesentliche Belastung wurde dem Gastwirts- und Schankgewerbe durch die im Jahre 1909 vom preussischen Landtage beschlossene Stempelsteuer zugefügt. Ungeachtet dieser enormen Bedrückung plant jetzt der Magistrat in Berlin die Einführung einer Luftbarkeitssteuer. Diese geplante Luftbarkeitssteuer ist geeignet, im Wirtgewerbe in Berlin furchtbare Wirkungen zu erzeugen. Das gesamte Wirtgewerbe in Berlin, welches 70 000 Personen umfaßt, wird in Mitleidenschaft gezogen werden, viele Wirte werden ihre Existenz verlieren und Angestellte brotlos werden. Kunst-, Bildungs- und Unterhaltungsbestrebungen werden bei Annahme der Luftbarkeitssteuer in ihrer Entwicklung gehemmt, teilweise sogar erstickt werden. Angesichts dieser Zustände erhebt der 5. Verbandstag des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands in der Sitzung vom 1. Juli 1910 zu Linden den entschiedensten Protest gegen diese gemeinschädliche und kulturfeindliche Luftbarkeitssteuer und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage ablehnt.

Zum Verbandsvorsitzenden wird dann Vitzin-Berlin, zum Vorsitzenden des Ausschusses Gerde-Hamburg wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag soll 1911 in Halle abgehalten werden. Nach einer kurzen Ansprache schließt Vitzin den Verbandstag mit einem Hoch auf den Verband und die sozialdemokratische Partei.

Macht geht vor Recht.

Die Neue Maschinenbauerkrankenkasse in Berlin wurde bereits vor dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes von 67 verschiedenen Firmen gegründet. Nach dem Gesetz konnte die Kasse unter bestimmten Bedingungen fortbestehen, die von der Kasse erfüllt sind. Nach den Statuten darf ein Betrieb aus dieser Kasse nur mit Zustimmung von der Generalversammlung austreten. Entgegen dem Willen und den Statuten der Kasse und somit entgegen dem Gesetze gestattete seinerzeit der Oberpräsident der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, deren Betrieb zur Kasse gehörte, daß sie sich eine eigene Betriebskrankenkasse gründete. Der Handelsminister verwarf die Beschwerde der Kasse, ungeachtet der großen Erregung, die durch das von ihnen geforderte Vorgehen unter den Arbeitern und kleinen Betriebsunternehmern entstanden war. Die Neue Maschinenbauerkrankenkasse mußte an die A. E. G. bezug ihre Betriebskasse über eine Viertelmillion Mark zahlen. Eine Anfechtung in Verwaltungsstreitverfahren ist nicht möglich und eine Entscheidung des höchsten Verwaltungsgerichts über die Rechtsfrage konnte auch auf einem Umwege nicht erreicht werden.

Die Vereinigten Siemenswerke folgten dem Beispiel der A. E. G. der Oberpräsident und der Minister ordneten an, daß auch die Siemenswerke aus der Neuen Maschinenbauerkrankenkasse aus-

scheiden und eine eigene Fabrikkrankenkasse bilden. Alle Proteste der Kasse und ihre Verurteilungen auf das Gesetz und das Statut waren vergeblich. Der Oberpräsident veranlaßte dann den Magistrat, eine Vermögensteilung gemäß § 67a des Krankenversicherungsgesetzes vorzunehmen. Der Magistrat verfügte dann auch „als Aufsichtsbekörde“, die Neue Maschinenbauerkrankenkasse solle 439 103,31 Mark an die Betriebskrankenkasse der Vereinigten Siemenswerke herauszahlen. Der Vorstand lehnte dies als gleich und statutenwidrig ab. Darauf überführte der Magistrat die gewaltige Summe einfach aus dem Eigentum der Neuen Maschinenbauerkrankenkasse in das der Betriebskrankenkasse der Siemenswerke.

Die Neue Maschinenbauerkrankenkasse machte von der durch das Gesetzesnovelle von 1903 gegebenen Befugnis Gebrauch, wonach das Verwaltungsstreitverfahren gegen Anordnungen der Aufsichtsbehörde zulässig ist. Sie klagte beim Bezirksauschuss auf Aufhebung der Verfügung des Magistrats, welche die Herausgabe von 439 103,31 Mark verlangte. Die Klage stützte sich darauf, daß der vom Oberpräsidenten und Minister gebilligte Austritt aus der Kasse gegen das Statut und das Gesetz angeordnet sei. Der klare Wortlaut, die Entstehungsgeschichte und der Zweck des § 67a des Krankenversicherungsgesetzes ergäbe entgegen einer reichsgerichtlichen Entscheidung, daß von einer analogen Anwendung des Paragraphen auf die Maschinenbauerkrankenkasse keine Rede sein könne. § 67a könne nicht auf Gebilde bezogen werden, wie eines die Neue Maschinenbauerkrankenkasse sei. Worauf er sich nur bezog, ergebe sein Absatz 1, welcher bestimme: „Geht von mehreren Betrieben eines Unternehmers, für welche eine gemeinsame Betriebs- (Fabrik-) Krankenkasse besteht, einer in den Besitz eines anderen Unternehmers über, so scheiden die in diesem Betriebe beschäftigten Personen auf den Antrag eines der beteiligten Unternehmer aus der Kasse aus.“ Das sei ganz etwas anderes, wie der vorliegende Fall. — Selbst wenn man aber annehmen wolle, der Oberpräsident könne auch einen der Betriebe, die zu der Neuen Maschinenbauerkrankenkasse gehören, gestatten, eine eigene Fabrikkrankenkasse zu gründen, so scheiterte dies hier an dem vom Oberverwaltungsgericht ständig gebilligten Grundsatz, ohne den eine geordnete Krankenversicherung überhaupt nicht möglich sei: daß nämlich beim Widerspruch der Statuten zweier Kassen das Statut der älteren dem neueren vorgehe. Unzweifelhaft zählt aber das Statut der Neuen Maschinenbauerkrankenkasse noch heute die Vereinigten Siemenswerke als ihre Mitglieder auf. Das Vorgehen der Behörden bedeute auch einen gröblichen Verstoß gegen die elementarsten Rechtsgrundsätze, denn es sei geradezu eine Prämie, und zwar eine immense Prämie zugunsten eines Vertragsbruchs fest. Hinzutrete endlich, daß die Vereinigten Siemenswerke mehreren Firmen gehören, eine Fabrikkrankenkasse aber, abgesehen von den älteren durch das Krankenversicherungsgesetz noch zugelassenen Gebilden, nur für eine Firma errichtet werden dürfe.

Der Bezirksauschuss entschied am 5. Oktober 1909, daß die Verfügung des Magistrats aufzuheben und das Ueberweisungs-eruchen des Magistrats an die Seehandlung (betreffend die Uebernahme der strittigen Summe auf das Depot der Siemenswerke) für unzulässig zu erklären sei. Die Kosten wurden dem Magistrat auferlegt. In den Gründen hieß es: „Die grundlegende Verfügung sei die am 17. Dezember 1908 ergangene, welche ausgab, den Betrag an die andere Kasse abzuführen. Diese Anordnung stütze sich, wenn auch nicht ausdrücklich, auf den Erlaß des Oberpräsidenten, welcher wieder auf § 67a des Gesetzes beruhe. Aus der Verfügung gehe nicht hervor, daß der Magistrat lediglich als Uebermittler der Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde an die Kasse fungieren wolle. Das sei auch unbedenklich ausgefallen gewesen, weil die höhere Verwaltungsbehörde in ihrem Erlaß den zu überweisenden Betrag nicht festgesetzt habe. Bezüglich der Vermögensteilung beschränkte sich der Erlaß nur auf § 67a und darauf, auf dessen Beachtung hinzuweisen. Eine Vermögensteilung erfordere aber schon ziffermäßige Angaben. Es liege deshalb eine selbständige Anordnung des beklagten Magistrats vor, wenn er in seiner Verfügung das Gesamtvermögen und den Ueberweisungsbeitrag festsetze. Es müße aber verneint werden, daß der Magistrat aus eigenem Recht dazu befugt war. Es könne dahingestellt bleiben, ob § 67a hier überhaupt Platz greife. Jedenfalls gehe aus dem Wortlaut des § 67a hervor, daß die höhere Verwaltungsbehörde selbst die Teilung vorzunehmen und den zu überweisenden Teil des Vermögens festzusetzen habe. Aus eigenem Recht habe deshalb der Magistrat die Teilung nicht vornehmen können, aber auch nicht aus einem Ubertretenen. Ein Recht zur Ubertretung jenes Rechts der höheren Verwaltungsbehörde sei nicht gegeben. Die Verfügung des Magistrats erscheine deshalb unzulässig. Das gleiche Schicksal treffe auch das Ersuchen des Magistrats an die Seehandlung.“

Wen, wenn auch naturgemäß die Folge der Aufhebung der Verfügung des Magistrats die Rückübertragung des Ueberweisens-

Seite des Spektrums hin einen geringeren. Schildkröten können noch bis zum Blaugrün sehen, Hühner nur noch bis zum Grün. Das Äußerste entspricht dem Menschenauge im Roten. Diese Verhältnisse des Auges sind selbstverständlich von großer Bedeutung für die Ernährung der einzelnen Tiere, weil sie wahrscheinlich solche Pflanzenteile oder Tiere nicht zur Nahrung wählen können, die mit einer von ihnen nicht wahrgenommenen Färbung begabt sind. Von den noch kleineren Tieren scheinen die Insekten durchweg eine Vorliebe für die hellgrüne Farbe zu besitzen, also für diese am meisten empfindlich zu sein. Zwei von Dr. Hef untersuchte im Meere lebende Krebsarten verhielten sich im Sehen ähnlich wie die Fische. Im allgemeinen scheinen für die niederen Tiere überhaupt die gelben und grünen Färbungen am wirksamsten zu sein, die rötlichsten am wenigsten.

Notizen.

— Künstlerikon. Wilhelm Leibls intimster Freund, der bayerische Landschaftler Johann Sperl, vollendet im November sein hundertjähriges Jahr. Ihm zu Ehren wird im Salon von Paul Cassirer eine Ausstellung veranstaltet werden, die ein Bild seines Schaffens gibt.

— Wechsel in der Leitung der Wiener Hofoper. Felix Weingartner hat aus bisher unbekanntem Gründen seine Stellung an der Wiener Hofoper gekündigt. Wie die Wiener „R. fr. Pr.“ erfährt, sind Verhandlungen mit dem Berliner Hofkapellmeister Rud zur Uebernahme der Direktion eingeleitet.

— Einseitiges Jubiläum. Am Montag beging Prof. Adolf Baeyer, der berühmte Chemiker der Münchener Universität, das 50jährige Jubiläum als Universitätslehrer. Baeyer wurde 1836 in Berlin geboren und begann hier auch im Jahre 1860 seine akademische Laufbahn. Seit 1875 wirkt er als Nachfolger Liebig's in München. Aus seinem in der ganzen Welt bekannten Laboratorium sind viele der Chemiker hervorgegangen, die im Dienste des Kapitalismus die moderne chemische Industrie haben begründet helfen. Die hervorragendsten Leistungen Baeyers liegen auf dem Gebiete der Chemie der Farbstoffe. Bekannt wurde besonders der rote Gostfarbstoff, den er zuerst herstellte. Epochenmachend und auch von großer wirtschaftlicher Bedeutung — ein wichtiger agrarischer Produktionsprozess Indiens wurde dadurch durchgeführt — war die künstliche (synthetische) Herstellung des Indigoblau. Die Förderung, die Baeyer und seine Schüler der chemischen Technik haben angebahnt lassen, würde in ganz anderer Weise zutage treten, wenn sie in den Dienst der Allgemeinheit statt in den kapitalistischen Unternehmungen hätten treten können.

— Die Internationale Hygieneausstellung, auf der auch Deutschland vertreten ist, ist in Buenos Aires eröffnet worden.

Kleines Feuilleton.

Schiaparelli ? Der italienische Astronom Schiaparelli, dessen Erkrankung wir bereits meldeten, ist 76 Jahre alt in Mailand gestorben. Sein Name war gerade in jüngster Zeit wieder anlässlich der Erdnähe des Planeten Mars im Munde aller Astronomen. Handelt es sich doch gegenwärtig um die Entscheidung darüber, ob das, was Schiaparelli in seinen bahnbrechenden Untersuchungen über die Rotation und die Topographie des Mars vor mehreren Jahrzehnten unumstößlich festgestellt zu haben schien, nämlich die Existenz der berühmten Marskanäle, auf Wirklichkeit oder Täuschung beruhe, ob wir mithin ein Recht haben, an dem Dasein von Marsbewohnern als Erbauer solcher Riesentunnelanlagen festzuhalten oder nicht. Wenn auch, wie es wahrscheinlich ist, die Entscheidung zu ungunsten der Kanäle und ihrer problematischen Schöpfer ausfallen wird, so kann das dem bleibenden Werte des auf zwanzigjährigen Beobachtungen beruhenden großen Marswerkes Schiaparellis keinen Abbruch tun. Der Anstoß, den es der Marsforschung gegeben, wird bis in ferne Zukunft fühlbar sein. Schon vor dem Beginn seiner Marsbeobachtungen hatte der junge Astronom, der seine Bildung neben dem heimischen Turin den Sternwarten zu Berlin und Pulkowa verdankte und schon mit 27 Jahren (1862) Direktor der Sternwarte zu Mailand wurde, sich durch einen Band „Bemerkungen und Reflexionen über die Theorie der Sternschnuppen“ einen Namen gemacht. Er wies darin nach, daß offenbar manche Kometen an dem Auftreten gewisser periodischer Sternschnuppenfälle beteiligt sind, und daß vor allem der August- oder Laurentinschwarm in enger Beziehung zu dem Kometen 1893 III stehen müsse. Die Forschung hat diese Annahme bestätigt, und heute ist es uns ein ganz geläufiger Gedanke, daß die großen Sternschnuppenströme ihr Dasein der Periplitterung bestimmter Kometen verdanken, deren Bestandteile durch die Anziehungskraft der Erde aus ihrer Bahn gelenkt, die oberen Schichten der Atmosphäre durchqueren und hier als Meteore geratend das prächtige Bild der Sternschnuppen gemalzen. Von weiteren wissenschaftlichen Arbeiten und Erfolgen des unermüdbaren Forschers ist die Entdeckung eines kleinen Planeten, Peperia, die Feststellung der Rotationsdauer des Merkur und der Venus — letztere nicht unanfechtbar — sowie eine Reihe sehr mühsamer und genauer Messungen an Doppelsternen zu nennen. Die letzten Arbeiten sowie seine Untersuchungen über mannigfache Themata aus der historischen Astronomie, die ihn bis in seinen Ruhestand begleiteten, werden nur dem Fachmann recht nach Verdienst gewürdigt werden können.

Hoftheater und Staatstheater. Ferd. Adenarius schreibt im ersten Hefheft des „Kunstwart“: „Die Krone ist verpflücht, die Hoftheater zu unterhalten, wofür sie das nötige Geld mit der Zivilliste erhält — das ist die Auffassung, die auch bei der Debatte um

die Erhöhung der königlichen Zivilliste in Preußen als ganz selbstverständlich angenommen war. Soweit wir aus den Berichten sehen können, hat kein einziger Redner irgend einer Partei ihr widersprochen. Auch in der Vorlage der Regierung kam sie als etwas zum Ausdruck, das fest steht wie ein Axiom. Und doch bedeutet gerade diese Voraussetzung bei näherem Hinsehen ein Ausnahmeverhältnis. Unsere künstlerischen und wissenschaftlichen Anstalten, sonst auch die „königlichen“, sind längst Staatsanstalten geworden, nur die größten Bühnen sind noch, wie zu absolutistischen Zeiten, höfische Institute.

Wie lange soll das noch so bleiben? Die ehemaligen fürstlichen „Kunstkammern“, „Kunstakademien“ usw. haben sich längst zu Sammlungen entwickelt, die Fachmänner ausschließlich nach sachlichen Grundfragen zu verwalten haben, nach wissenschaftlichen oder nach künstlerischen. Genau so könnten unsere Haupttheater verwaltet werden: als Anstalten der Kunst, die durch Dotation auf allgemeine Kosten in die Lage versetzt wären, ohne Rücksicht auf die geschäftliche Konkurrenz, auf Repräsentationszwecke, überhaupt auf irgendwelche Aufgaben von außerhalb der Sache her allein der dramatischen Dichtung und der Bühnenkunst zu dienen. Es ist kein innerer Grund ersichtlich, der dem widerpräche, außer dem Gesetze der Frömmigkeit.

Eben dieses zeigt sich allerdings darin, daß man die Verquickung der Haupttheaterunterhaltung mit der Zivilliste auch dieses Mal wieder als natürlich Gegebenes hinnahm, noch in voller Kraft wirksam. Wer die Forderungen der Zukunft sieht, den darf das nicht entmutigen, den muß es anfeuern. Wenn jetzt schon ein Hof wie der englische ohne Hoftheater auskommt, können die andern auch.“

Es ist ja erfreulich, daß auch bürgerliche Kunstfreunde zu der Ansicht kommen, daß es mit dem königlich-preussischen Hoftheater so nicht weitergeht. Aber Adenarius irrt, wenn er annimmt, daß von keiner Seite im Abgeordnetenhaus gegen den bisherigen Zustand der Dinge Protest erhoben worden ist. Unsere Vertreter haben wiederholt und auch in der Debatte über die letzte Lohnerhöhung die absolutistische Theaterwirtschaft bekämpft.

Wie die Tiere sehen. Bei kleineren Tieren ist es zuweilen außerordentlich schwer festzustellen, ob sie überhaupt Augen besitzen oder welche Dienste diese ihnen zu leisten vermögen. Sehr eingehende Versuche mit manchen neuen Erfolgen hat Dr. Hef angestellt und vor der Physikalisch-Medizinischen Gesellschaft in Würzburg gehalten. Es kam ihm namentlich darauf an, die Empfindlichkeit der Tiere für verschiedene Teile des Sonnenspektrums zu ermitteln. Nach seiner Angabe sind zum Beispiel die Fische durchaus farbenblind, da alle Farben des Spektrums ohne Unterschied auf sie wirken. Die Amphibien dagegen scheinen Augen zu besitzen, die einen ebenso ausgeprägten Farbensinn haben wie das normale Auge des Menschen. Reptilien und Vögel wiederum scheinen nach der roten Seite des Spektrums hin einen guten Farbensinn zu haben, dagegen nach der Blauen

Vertrag auf das Konto der vom Kläger vertretenen Kasse sein dürfte, so könne diese Wirkung doch deshalb nicht eintreten, weil ein Erlaß des Oberpräsidenten vom 16. April 1909 (durch den der Oberpräsident nachträglich selber die Ueberweisung des Betrages verlangt), solange für die Kasse verbindlich sei, als er nicht mit Erfolg angefochten werde. Die der Kasse durch den Erlaß erwachsene Pflicht gehe aber bei der Uebereinstimmung des Erlasses mit der Verfügung des Magistrats vom 17. Dezember 1908 ebenfalls dahin, den Betrag von 439 108,31 M. vom 1. Januar 1909 an der Krankenkasse der Vereinigten Siemenswerke zu überweisen. Die erfolgte Ueberweisung müsse deshalb als Ausführung des Erlasses vom 16. April 1909, über den der Bezirksausschuß nicht zu befinden habe, aufrechterhalten bleibe.

Der Vorstand der neuen Maschinenbauwerke legte, wieviele er gewonnen hatte, Revision ein, weil durch die geperst gedruckten Worte im Urteil des Bezirksausschusses die Ausführung der Rückgängigmachung der Vermögensübertragung unmöglich gemacht war. Ihm lag natürlich daran, daß die zu Unrecht der Kasse zugeordnete Summe der Kasse wieder zugeführt werde. Er verlangte, den Magistrat zu verurteilen, die aus dem Vermögen der Kasse entnommene Summe der Kasse wieder zuzuführen. Außerdem bat er dringend, die grundsätzliche Frage, daß die Siemenswerke gegen das Gesetz bestünde, zu entscheiden. Der Magistrat hatte eingewendet, die Prozessvertreter der Kasse seien nicht aktiv legitimiert und die Kasse greife zu Unrecht lediglich die Gründe des Urteils an.

Western gelangte die Revision zur Verhandlung vor dem dritten Senat des Oberverwaltungsgerichts. Die Kasse wurde durch das Kassenvorstandsmitglied Leudner vertreten.

Der Senat wies die Revision mit folgender Begründung zurück: Die Aktivlegitimation der Kläger und ihrer Vertreter ist zweifellos völlig in Ordnung. In der Sache selbst habe die Kasse erreicht, was sie wollte, nämlich die Aufhebung der Anordnungen der Aufsichtsbehörde. Die Frage, wie die Rückzahlung des Betrages, der in Ausführung der Anordnung des Oberpräsidenten an die Siemenswerke überwiesen sei, zu erfolgen habe, falle in das Gebiet der Exekution. Dazu sei das Verwaltungsstreitverfahren nicht kompetent. Selbstverständlich sei es allerdings, daß die Behörden, deren Anordnungen aufgehoben würden, auch die Verpflichtung haben, die Konsequenz daraus zu ziehen. Aber das zu überwachen, sei nicht Sache des Verwaltungsgerichts. Allerdings ist die Ausführung im Urteil des Bezirksausschusses, die den Anlaß zur Revisionseinstellung gegeben hat, nämlich die Ueberweisung müsse aufrechterhalten bleiben, weil inzwischen der Erlaß des Oberpräsidenten vom 16. April 1909 ergangen sei, rechtskräftig. Für das Vorgehen des Oberpräsidenten ist das Verwaltungsstreitverfahren nicht gegeben, ebensowenig war der Magistrat berechtigt, zu tun, was eine Sache des Oberpräsidenten sei. Einen Revisionsgrund gegen das Urteil des Bezirksausschusses habe aber die Kasse nicht, denn sie habe in vollem Umfange die Aufhebung der Anordnungen des Magistrats im ersten Urteil erreicht. Die Durchführung der Aufhebung müsse auf anderem Wege erfolgen.

In der Sache selbst ist demnach der Magistrat und indirekt auch der Oberpräsident und Minister vollkommen unterlegen. Aber die Durchführung des Rechtes der Kasse ist fast unmöglich. Denn der Kasse nun anheimzugeben, gegen die Durchführung der rechtswidrigen Anordnung bei dem Oberpräsidenten Beschwerde zu erheben, heißt ihr den Rat erteilen, den Zuseher bei Wechsels zu verklagen. Die Rechtswidrigkeit des Statuts der Siemenswerke kann im Verwaltungsstreitverfahren durchgefochten werden. Aber abgesehen davon, daß außerordentlich zweifelhaft ist, ob die Allgemeine Maschinenbauwerke ein solches Recht hat, wer steht dafür, daß die gemonnene Klage nachher durchgeführt wird? Es ist anzunehmen, daß die Exekution eines streitigen Erkenntnisses ebensowenig wie die des bisher ergangenen Urteils von den Behörden erfolgen wird.

Der Stand der Sache ist also jetzt der: Es besteht gegen Gesetz und gegen Recht die Siemenswerke. Die Aufhebung dieses rechtswidrigen Zustandes ist bei dem Oberpräsidenten und Handelsminister nicht durchzuführen. Vielmehr hat der Oberpräsident den Magistrat veranlaßt, gewissermaßen als Prämie für den Vertragsbruch über 439 000 M. aus dem Vermögen der neuen Maschinenbauwerke-Krankenkasse in das der sogenannten Siemenswerke zu überführen. Die Verwaltungsbehörden haben bis in die höchste Instanz zugunsten der Kasse entschieden; der Magistrat hatte kein Recht zu dahingehenden Anordnungen und Vornahmen. Aber die Rückzahlung der Summe kann nur im Wege der Beschwerde gegen den Magistrat beim Oberpräsidenten und Minister erfolgen. Gemäß mußte nunmehr die Rückzahlung vom Minister und Oberpräsidenten angeordnet werden. Aber dieselben Gründe, die diese beiden Behörden veranlaßt haben, entgegen dem Gesetz zugunsten der Arbeiter und der kleinen Betriebe die Siemenswerke der K. S. G. und der Siemenswerke aufzuweisen, werden verhindern, daß die Prämie für Vertragsbruch der geschädigten Kasse zurückgezahlt wird. K. S. G. und die Siemenswerke werden wie ein ausländischer Staat gegen Exekution aus dem Urteil des höchsten Gerichts geschützt. Recht geht vor Recht. Der Verlauf des Prozesses zeigt deutlich, wie dringend notwendig es ist, gegen Anordnungen einer Verwaltungsbehörde durchweg das Verwaltungsstreitverfahren der Kasse einzuräumen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Hoch auf das freie Wahlrecht

solle dem Väter Heider als grober Unfug angerechnet und bestraft werden. So wollte es die Polizei. — Heider war am 20. Februar, als er von seiner Arbeitsstätte nach Hause ging, unter die aus der Brauerei Friedrichshain kommenden Besucher einer Wahlrechtsversammlung geraten, welche die Demokratische Vereinigung abgehalten hatte. Als in der Umgebung Heiders ein Hoch auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ausgebracht wurde, stimmte er natürlich in den Hochruf ein. Obgleich nach der Rechtsprechung des Kammergerichts die Ausbringung eines Hochs auf das freie Wahlrecht kein grober Unfug ist, klingt ein solches Hoch für preussische Polizeibeamten sehr mißfällig und wird immer noch von preussischen Polizeibeamten als grober Unfug zu stempeln versucht. — Als die Hochrufe ertönten, griff ein Schutzmann auf den Hint eines Polizeileutnants zwei von den Hochrufen heraus, von denen einer der Väter Heider war. Sie wurden sistiert. Ein Strafmandat folgte, gegen das Heider die Entscheidung des Schöffengerichts anrief. Western wurde die Sache vor der 142. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte verhandelt. Da, wie gesagt, die Hochrufe an sich kein grober Unfug sind, so drehte sich die Verhandlung um die Feststellung, ob die Hochrufe besonders laut gewesen seien, oder ob sonst irgendein Umstand vorliege, der die Anklage wegen groben Unfugs stützen könnte. Doch es konnte nichts Derartiges festgestellt werden. Aus der Vernehmung des Schutzmanns Drews, der die Sistierung vorgenommen hatte, sowie eines anderen Zeugen ging hervor, daß auch nicht das geringste Moment vorlag, wodurch das Wahlrechtshoch zum groben Unfug hätte gestempelt werden können. — Angesichts dieser Sachlage sah sich selbst der Staatsanwalt veranlaßt, die Freisprechung des Angeklagten zu beantragen. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Karl Viehnecht, beantragte außerdem, daß dem Angeklagten auch die Verteidigungskosten ersetzt werden, da die Anklage auf eine völlig unbegründete Anzeige der Polizei zurückzuführen sei. Den weitergehenden Antrag des Verteidigers lehnte das Gericht jedoch ab mit der Begründung, die Sache liege so überaus einfach, daß der Angeklagte keines Verteidigers bedürft hätte.

Die Begründung ist durchaus nicht zureichend. Wenn die Polizeibehörde eine strafbare Handlung für vorliegend erachtet, dann kann ein einfacher Arbeiter doch nicht annehmen, es handele sich um eine so überaus einfache Sache, daß er im Vertrauen auf sein gutes Recht und auf Unverständnis der Behörde ohne juristische

Rechtskenntnis vor Gericht erscheint. Schon allein die Achtung vor dem Rechte des Staatsbürgers sollte die Gerichte veranlassen, alle Nachteile und Kosten, welche einem Angeklagten aus einer so unbegründeten Anklage wie der vorliegenden erwachsen, zu entschädigen, soweit es das Gesetz zuläßt. Aber im preussischen Polizeistaat gilt das Recht des Bürgers so wenig, daß er schon froh sein kann, wenn er außer unbegründeten polizeilichen Belästigungen nicht noch Strafe auferlegt bekommt.

Ein Zeuge in Schwulstlitten.

Der Weg zum Rabi ist dem Bauunternehmer R. aus Jüterbog recht schlecht bekommen. In einer Anklagefuge wegen verurteilter Erpressung hatte R. gestern als Zeuge vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen. Angeklagt war der Dekorateur Julius Reim.

Der Angeklagte war mit einem Dienstmädchen S. verlobt, welches häufig in einem Obhofgeschäft in der Bülowstraße Einkäufe machte. Eines Tages wurde die S. von dem Zeugen R. der sich zum Besuche seiner Verwandten hier aufhielt, angesprochen. Zwischen beiden entstanden gewisse zarte Beziehungen, die eines schönen Tages von dem Angeklagten dadurch entdeckt wurden, daß er in der Tasche der S. einen Liebesbrief fand, der von R. stammte und in dem er die S. zu einer Fahrt nach Leipzig aufforderte. Um zu erfahren, welcher Art die Beziehungen des R. zu seiner Braut waren, richtete der Angeklagte an den Bauunternehmer einen Brief, in welchem er ihn zu einer Aussprache aufforderte. Als R. sah, daß sein Liebesbrevier entdeckt war, ersuchte er den Angeklagten vor allem um Mäßigkeit der ihm stark kompromittierenden Briefe. Der Angeklagte bekümmerte sich in der folgenden Zeit überhaupt nicht mehr um die ganze Sache und erst nach Wochen, als er das Verhältnis mit der S. lösen wollte, bat er den R. um eine Zusammenkunft am Anhalter Bahnhof. Nach Behauptung des Angeklagten habe ihm R. hierbei angeboten, die Briefe gegen Zahlung von 20 M. zurückzulaufen. Kaum habe er sein Einverständnis damit bezeugt, als R. ein Zeichen gab und er von einem in der Nähe postierten Kriminalschuttmann verhaftet wurde. Wie der völlig unbescholtene Angeklagte versicherte, habe ihm der Gedanke einer Erpressung völlig ferngelegen. Er sei vielmehr in eine Falle gelockt worden. — In der gestrigen Verhandlung kam es zu einem recht tragikomischen Intermezzo. Der Zeuge, der sichlich bemüht war, die Rolle des biederen Ehrenmannes zu spielen, behauptete, daß seine Beziehungen zu der S. völlig harmloser Natur gewesen seien. Als darauf festgestellt wurde, daß R. stets postlagernde Briefe auch von anderen Mädchen empfangen und er die S. in einem Briefe mit „führ Engel“ tituliert, erklärte er schließlich, daß er über die Art seiner Beziehungen die Aussage verweigern wolle. Als Grund hierfür gab er mit einem ängstlichen Blick nach rückwärts an, daß seine Ehefrau im Zuhörerraum säße. Sehr kritisch wurde die Situation des R. als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Spielstößer, dadurch ein phänomenales Gedächtnis bezeugte, daß er sich erinnerte, daß R. schon einmal vor 7 Jahren in einer ganz ähnlichen Sache, die zu einer Meineidsanfrage vor dem Landgericht Potsdam geführt hatte, als Zeuge eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt hatte. In jener Sache hatte der Landgerichtsdirektor Spielstößer ebenfalls den Vorfall geführt. Er erinnerte sich noch jetzt nach 7 Jahren des Zeugen R., den er nur einmal gesehen hatte. Diesem Umstand hatte es der Angeklagte zu verdanken, daß das Gericht die Glaubwürdigkeit des Zeugen R. näher prüfte. Hierbei kam zur Sprache, daß dieser schon schwer vorbestraft ist und in einer Irrenanstalt gewesen war. Auch der als Zeuge gelobene Kriminalschuttmann Reibhardt erklärte, daß die Polizei den Angaben des R. von Anfang an sehr skeptisch gegenübergestanden habe. — Das Gericht kam schließlich zu einer Freisprechung des Angeklagten, indem es die Angaben des R. gegenüber den Behauptungen eines völlig unbescholtene Menschen für ungläubwürdig hielt.

Aus dem Lager der Anarchisten.

Zu unserem Bericht in Nr. 153 wird uns mitgeteilt, der mit einem Tage Haft belegte Zeuge, der nach einem Meineidsantrag im Dienste der Polizei stehen soll, heißt nicht Schiffer, sondern Mathias, genannt Max Schiefer. Geschäftsführer des „Freien Arbeiter“ ist nicht Witte, sondern Kielmeier.

Verfammlungen.

Die Freie Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg hielt am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre 6. Konferenz ab. Es ist diesmal davon Abstand genommen worden, Regierungvertreter einzuladen, da nach den früheren Erfahrungen die Herren doch so überlastet sind, daß sie nicht an der Konferenz teilnehmen können.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Geschäfts- und Kassenbericht und der Bericht der Revisoren. In seinem Geschäftsbericht erwähnte der Referent Simanowski zunächst die durch die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen veranstalteten Umfragen, die sich namentlich auf die Frage der Hinterziehung von Kassenbeiträgen, der Mehrbelastung der Arbeitgeber durch Halbierung der Beiträge und auf das Ergebnis der wegen der Reform der Krankenversicherung abgehaltenen Kassenversammlungen bezogen. Das Resultat dieser Umfragen lag der Konferenz gedruckt vor. Es ist ein wertvolles Material, das zum Ueberflus beweist, wie berechtigt die Forderungen der Versicherten sind. Der Redner betonte, daß sich die Kassenvorstände noch lebhafter als bisher an solchen Umfragen beteiligen müssen. Die von der Reichskonferenz im April dieses Jahres beschlossene Petition an den Reichstag, worin die grundsätzlichen Forderungen von neuem vertreten werden, ist nun von der dazu gewählten Kommission ausgearbeitet worden. Der geschäftsführende Ausschuß schlägt vor, daß diese Petition an die Kassen verandt werden, um von diesen den Reichstagsabgeordneten der betreffenden Kreise vorgelegt und dem Reichstag zugestellt zu werden. Es erscheint notwendig und zweckmäßig, daß sie den Abgeordneten nicht einfach überhandt, sondern ihnen durch Deputationen der Kassen persönlich überreicht wird, damit ihnen zugleich auch die in vielen Fällen nötige mündliche Aufklärung gegeben werden kann. Der Redner erwähnte sodann, daß die Artfrage im verflochtenen Jahre völlig geruht hat und in dieser Hinsicht nur hier und da einzelne kleine Differenzen zwischen Kassen und Ärzten vorgekommen sind, daß aber der wirtschaftliche Arztverband sich nach wie vor gegen die Erweiterung der Versicherungsgrenzen wendet. Weiter betonte der Redner, daß es im Interesse der Kassen nicht angeht, die dem Verlehr freigegebenen Handverkaufsartikel von der Lieferung durch die Drogerien auszuschließen. Die Krankenkassenvorstände sollten an allen Orten Versammlungen einrufen, damit die Mitglieder selbst zu dieser Frage Stellung nehmen. Das sollte so schnell wie möglich geschehen. Der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg gehören jetzt 58 Krankenkassen an. Angehörig sind im letzten Geschäftsjahre 10 Krankenkassen mit 14 506 Mitgliedern, ausgetreten ist eine Kasse mit 108 Mitgliedern. — Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 1749,91 M., dem 1401,74 M. an Ausgaben gegenüberstehen, so daß 348,17 M. übrig blieben. Aus dem Defizit der beiden ersten Jahre sind jedoch noch 51,80 M. zu deduzieren, da sich einige der Kassenvorstände nicht an dem Umlageverfahren beteiligt haben. Die Beiträge für das verflochtene Jahr sind noch nicht erhoben worden; sobald sie eingegangen sind, wird man nicht mehr mit einem Defizit zu rechnen haben, vielmehr wird ein Ueberschuß vorhanden sein.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Krankenversicherung in der neuen Vorlage einer Reichsversicherungsordnung“, sprach als Referent Herr Albert Sohn. Der Redner ging in seinem Vortrage namentlich auf die Punkte ein, die, soweit sie die Krankenversicherung betreffen, bei der Beratung in der Reichstagskommission geändert worden sind, sowie auf die Bestimmungen, deren Abänderung die Versicherten ganz besonders dringend verlangen. Er schloß mit den Worten, daß die Versicherten nach wie vor gegen die Verschlechterungen [hartesten Protest erheben, und auch dafür sorgen müßten, daß die

jenigen Abgeordneten, die über die Tragweite der Vorschläge und Kommissionsbeschlüsse gar nicht genügend orientiert sind, die nötige Aufklärung erhalten.

Der zweite Referent, G. Wauer, sprach über: „Die Versicherungsbehörden, gemeinsame Vorschriften in der Reichsversicherungsordnung.“ Er gab eine eingehende Uebersicht und Kritik der Vorlage und Kommissionsbeschlüsse, soweit sie die Versicherungsbehörden betreffen. Das Schlimmste an dem Entwurf sei, daß den Krankenkassen das Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der Aufsichtsbehörde genommen werden soll. Bis jetzt ist der Rechtsweg im Verwaltungsstreitverfahren das beste Schutzmittel gegen Vergeewaltigung der Kassen. Statt dieser Rechtsgarantie soll künftighin im allgemeinen nur noch Beschwerde an das Oberversicherungsamt zulässig sein. Schon durch diese Bestimmung würde den Kassen, selbst wenn die Verwaltung dieselbe bliebe, die Selbstverwaltung genommen. Der Redner schloß dann die ungeheuerlichen Strafbestimmungen und erklärte es für fast unglaublich, daß die Reichstagskommission unter anderem eine Bestimmung aufheben konnte, die in der Praxis darauf hinausläuft, Arbeitgeber, die sich Beitragsunterschlagung zuschulden kommen lassen, vor Unannehmlichkeiten zu schützen. Leider müsse damit gerechnet werden, daß die Vorlage in verschiedener Hinsicht noch wieder verschlechtert werde. Es gälte nun die ganze Kraft einzusetzen, damit das Gesetz nicht allzu sehr zugunsten der Versicherten gestaltet werde, und in diesem Sinne auf die Abgeordneten einzuwirken.

Zur Diskussion wurde das Wort verlangt. Die Delegierten erklärten sich einstimmig mit den Ausführungen der Referenten einverstanden, und ebenso einstimmig wurde beschlossen, die beiden Referate drucken zu lassen und sie sämtlichen Reichstagsabgeordneten zu überreichen. Ferner beschloß die Konferenz einstimmig, daß die schon erwähnte Petition den Kassenvorständen in der nächsten Woche übersandt werden soll, um sie dann in den Tagen vom 1. bis 8. August den Reichstagsabgeordneten der verschiedenen Kreise vorzulegen.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit dem Vertrage über Lieferung der dem freien Verlehr überlassenen Handverkaufsartikel. Herr Apotheker Staller gab hierzu eine Uebersicht über die Bedeutung des zwischen der Zentrale der Krankenkassen und der Vereinigung der deutschen Drogerien abgeschlossenen Vertrages. Nach einer kurzen Besprechung dieser Angelegenheit wurde der Vertrag, der gedruckt und den Kassenvorständen zugestellt werden soll, von der Konferenz einstimmig gutgeheißen. Wie Simanowski hervorhob, ist es notwendig, daß die Kassenvorstände mit den Verlegten Rücksprache nehmen, und daß diese sich verpflichten, die dem Verlehr freigegebenen Handverkaufsartikel nur auf den gelben Rezeptstempeln zu verordnen, die ihnen unentgeltlich zu liefern und durch die Kassenvorstände von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins für ein geringes Entgelt zu beziehen sind.

Hierauf erfolgte die Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses. Die bisherigen Mitglieder des Ausschusses wurden, soweit sie nicht ausgeschieden sind, wiedergewählt. Neugewählt wurden in den Ausschuß die Herren Köhler, Rathenow, Schulz-Kowales und Heidemann-Fors. Als Tagungsort für die nächste Jahreskonferenz wurde Brandenburg bestimmt. Wenn sich jedoch nach Annahme der neuen Reichsversicherungsordnung das Bedürfnis nach einer außerordentlichen Konferenz herausstellt, so soll diese wiederum in Berlin stattfinden.

Wie die Randabspaltung ergab, waren auf der Konferenz vertreten 88 Berliner Ortskrankenkassen mit 603 424 Mitgliedern durch 74 Delegierte, nämlich 17 Arbeitgeber, 43 Arbeitnehmer und 14 Beamten; 63 Brandenburger Ortskrankenkassen mit 278 094 Mitgliedern durch 137 Delegierte, nämlich 23 Arbeitgeber, 82 Arbeitnehmer und 32 Beamte; 4 Berliner Betriebskrankenkassen durch 4 Delegierte aus dem Arbeitnehmerkreise; 8 Brandenburger Betriebskrankenkassen durch 4 Delegierte, 1 Arbeitgeber, 3 Arbeitnehmer und 1 Beamter; 3 Berliner Innungskrankenkassen durch 2 Delegierte, 1 Arbeitnehmer und ein Beamter, sowie 18 Hilfskassen durch 12 Delegierte, 14 Arbeitnehmer und 4 Beamte. Im ganzen sind es 128 Kassen mit 890 788 Mitgliedern, die durch 342 Delegierte vertreten waren. Zudem war noch eine Reizeinigung mit 77 848 Mitgliedern durch 2 Delegierte vertreten.

Vermischtes.

Eine schwerwiegende Petition.

Der Zentrumsfraktion im bayerischen Landtag wurde die Ankunft einer großen Riste gemeldet. Schon lief dem „königlichen Abgeordneten Hülser“ das Wasser im Munde zusammen in Erwartung des außerordentlichen Lederbissens, den irgend ein frommer Untertan in Dankbarkeit den Hülser auf die Protokollstube geschickt hat. Der eine riet auf La Wacksteinläse, der andere auf extragroße neue Kartoffeln, der dritte auf Wein ufm.

Die Riste wurde geöffnet und zum Entsetzen der begierigen schwarzen Deputatis lagen darin: Steine, Sand und ein gelber Bogen Lehm.

Von irgendwoher kam eine Petition um Erbauung einer Lokalbahn, und um dem Gesuch ein größeres Gewicht zu verleihen, hatten die Petenten eine Riste mit den Steinen der Petition „beigelegt“. Es sollte damit der Beweis erbracht werden, wie reich die betreffende Gegend an erdigen und steinigen Schätzen sei, deren Erschließung und Verwertung nur die erbetene Lokalbahn ermöglichen könne.

Der Gemahl der ehemaligen Frau von Schönebeck.

Ueber den Gemahl der ehemaligen Frau von Schönebeck berichtet die „Kölnische Zeitung“:

„Herr Webers Höhe ist uns auch am Ende des Prozesses rätselhaft geblieben. Nur eine Tatsache ist bekannt geworden, die vielleicht etwas Licht in das Dunkel bringt. Herr Weber hat sie, wie es scheint, der Öffentlichkeit selbst zur Beurteilung unterbreitet. Herr Weber ist nämlich beteiligt an einer Verlagsanstalt, dem neugegründeten „Weber-Haus G. m. b. H.“ in Berlin. Diese Verlagsanstalt hat kurz vor Beginn des Prozesses den deutschen Buchhandel im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel durch folgende Anzeige auf sich aufmerksam gemacht:

Bisheriger Abfah über 150 000 Bände!

Geehrter Herr Kollege!

Wir bitten, die nachstehenden literarischen Schriften von

A. D. Weber

nicht auf Lager fehlen zu lassen.

Durch seine Heirat mit der im Vordergrund des Interesses lebenden Frau v. Schönebeck, deren Prozeß demnächst in Allenstein verhandelt wird, wird die Nachfrage nach den Weber'schen Satiren andauernd sein.

Wir unterstützen den Antrag durch eine großzügige Reklame und stellen Ihnen somit ein großes Geschäft in Aussicht. Die Weber'schen Satiren sind keine Eintagsfliegen; täglich ist im Sortiment Nachfrage nach qualitativen Vortragsstücken, daher verkaufen sich die Bändchen spielend leicht.

Wir empfehlen Ihnen den Bezug zu unsern günstigen Partikelfagen.

— Sie riskieren dabei nichts. —

Hochachtungsvoll

Weber-Haus G. m. b. H., Berlin NW. 52, Thomasstraße 22.

Das Blatt bemerkt dazu: „Daß der deutsche Buchhandel „etwas riskiert“, wenn er dieser Aufforderung Folge geben wollte, kann man nur hoffen. Daß aber das „Weber-Haus“ durch seine Geschäftsreklame mit dieser Ehe bei allen anständigen Leuten

welt mehr „risiko“ als Gut und Geld, darf man als gewiß an-
sehen.“

Von der Entschiffahrt.

Am Sonntag nahm in Betheny bei Reims ein interessantes
Flugversuch, das als das wichtigste in diesem Jahre bezeichnet wird,
seinen Anfang. 68 Flieger konkurrierten. Trotz des ungünstigen
Wetters kamen teilweise sehr gute Leistungen zustande. Gegen 6 Uhr
nachmittags ereignete sich jedoch ein schwerer Unfall. Der Antoinette-
Apparat Wächters stürzte aus 100 Meter Höhe ab. Der Pilot,
ein sehr geschickter Flieger, erlitt einen Schädelbruch und war sofort
tot. Er brach außerdem beide Arme und Beine. Sein Kopf war
zu einer unförmlichen Masse zerschmettert.

Hauptmann Wadio ließ sich von mehreren zusammengepackelten
Fellendrachen emportragen. Er erreichte eine Höhe von 110 Meter,
der Flug dauerte etwa 5 Minuten.

Aus Grancamp les Bains an der bretonischen Küste
kommt eine Meldung, wonach eine Fischerbarke einen Aeroplan ins
Meer stürzen ließ. Die Fischer sahen, wie sich der Aeroplan dreimal
wieder in die Luft hob. Schließlich aber stürzte der Apparat mit der
Spitze nach unten ins Meer. Die Barke war außer Stande, den
Abwärtsgang zu leisten.

Von Streifbrechern ermordet.

Zur Ergänzung der Notiz in Nr. 152 des „Vorwärts“, nach der
in Ravenna (Italien) ein sozialistischer Tagelöhner von Streif-
brechern ermordet wurde, schreibt uns unser Korrespondent aus Rom
folgendes: Der Parteilob in der Romagna hat schon wieder ein
Opfer gefordert. In einem Flecken bei Ravenna kam
es zu einem Wortwechsel zwischen Republikanern und
Sozialisten. Die Republikaner, die aus ihrem Parteilokal
zurückkehrten, mußten vor dem Parteilokal der Sozialisten
vorbeigehen, wobei unsere Genossen nicht verfehlten, den Republi-
kanern einige wohlverdiente Schimpfworte wie „Streifbrecher,

Gelbe, Verräter“ nachzurufen. Nach den Meldungen bürgerlicher
Blätter hätte ein Sozialist mit der Schale gedroht, worauf ein
Republikaner seinen Revolver zog, der Lösung, ohne jemand
zu treffen. Durch den Schuß aus der Fassung gebracht, stürzte
sich der Republikaner Pinza auf den Genossen Garzoni und ver-
setzte ihm einen Messerstich in den Leib, so daß er in wenigen
Minuten den Geist aufgab. Der auf so barbarische Weise Getödete
war 27 Jahre alt und von Beruf landwirtschaftlicher Tagelöhner.
Er hinterläßt Frau und vier Kinder. Der Totschläger hat sich in
Sicherheit gebracht.

Bei der Auspflanzung der Verhältnisse in der Romagna, wo sich
die republikanische Partei zu systematischen Streifbrecherdiensten her-
gibt, zeigt dieser traurige Zwischenfall gar nicht in Verwunderung.
Der Parteilob hat eine derartige Schärfe angenommen, daß alle
Versöhnungsversuche, die die Parteivorstände der Sozialisten und
der Republikaner gemacht haben, erfolglos geblieben sind. Eine
Beilegung ist deshalb kaum zu erhoffen, weil unglückliche historische
Verhältnisse es wollen, daß hier Proletariat gegen Proletariat gehetzt
werden können. Die Parteilob hat den Genossen Giacomo
Ferrari nach Ravenna gesandt.

Brandkatastrophe in Ungarn.

Ein furchtbares Brandunglück wütete Sonnabendnacht in der
oberungarischen Ortschaft Jászó-Ujfaló. Aus unbekannter Ursache
war ein Bauernhaus in Brand geraten. Infolge des herrschenden
Sturmes stand bald die ganze Ortschaft — etwa 100 Häuser und
Schuppen — in hellen Flammen. Die Bevölkerung wurde kopflos
und es entstand eine furchterliche Panik. Viele stürzten in die schon
brennenden Häuser zurück, um ihre Habe zu retten und fanden
nicht mehr den Weg ins Freie. Sie verbrannten oder erstickten in den
Rauchmassen und manche wurden von dem herabstürzenden brennenden
Gebälk erschlagen. Die Kranken und Kinder wurden in das Pfarr-
haus gebracht. Hier glaubte man sie in Sicherheit zu haben: Allein
auch das Pfarrhaus wurde von den Flammen ergriffen und der
Turm der nebenan liegenden Kirche stürzte ein. Aus den tauchenden

Trümmern wurden neun Leichen herbeigezogen. Eine große Anzahl
von Ortsbewohnern, darunter namentlich viele Kinder, werden vermisst.
An fünfzig Menschen sind schwer verwundet.

Kleine Notizen.

Eisenbahnunfall bei Linz. Sonntag früh stieß ein Sonder-
zug mit Ausflüglern in der Station Frankenthal mit einer
Vorpannlokomotive zusammen. Die Maschine, der Tender und
ein Personenwagen des Sonderzuges entgleisten. Vier Bahnbeamte
wurden schwer, drei Ausflügler leicht verletzt.

Bergmanns Tod. In Hamm wurde ein Bergarbeiter, als er
eine Mine zur Explosion bringen wollte, durch frühzeitiges Explodieren
derselben der Kopf vom Rumpfe gerissen.

Verurteilte Schauspieler. In Antwerpen wurden in einem
Prozess gegen das Théâtre moderne alle Angeklagten bedings-
weise verurteilt. Der Verfasser des Stückes „Théâtre moderne“
und der Direktor des Theaters wurden zu zwei Monaten Gefängnis,
jeder der Darsteller und Darstellerinnen zu 200 Fr. Geldbuße ver-
urteilt.

Verunglückte Touristen. Seit acht Tagen sind von Wien aus
drei Touristen vermisst worden. Gestern sind alle drei auf dem
Stadelwandgrat im May-Gebiet tot aufgefunden. — Von der Schne-
alpe ist ein Kaufmann Lampl beim Edelweisspflücken abgestürzt. Er
war sofort tot.

Die Kieler Stadtmision niedergebrannt. Sonnabend nacht ist
die Arbeitshütte der hiesigen Stadtmision anscheinend infolge von
Brandstiftung niedergebrannt. Der Missionar Brodmann ist
mitverbrannt. Nach einer weiteren Meldung handelt es sich um
einen Raubanschlag auf Brodmann und ist als Täter der mehrfach vor-
bestrafte Arbeiter Willmann verhaftet worden.

Frauenmord in Paris. Im Faubourg du Temple
wurde ein junges Mädchen, das sich mit einem Freunde auf dem
Heimwege befand, von einer unbekannten Frauensperson überfallen
und durch einen Messerstich in die Herzgegend schwer verletzt. Man
brachte das junge Mädchen in eine Apotheke, wo es seinen Ver-
letzungen erlag. Von der Täterin fehlt jede Spur.

Die Geburt eines strammen
Jungen
zeigen hoch erfreut an
Hermann Werner
und Frau.
1662

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Königlicher Viertel.
(Bezirk 212, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Listen-
macher

Hermann Friese
Galdenfeldestr. 20
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf,
Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Listen-
macher

Hermann Friese
am 3. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf,
Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.**
Bezirk 16.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied

Hermann Friese
am 3. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mit-
woch, nachmittags 5 Uhr, von
der Halle des Emmaus-Kirchhofes
aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten die traurige
Nachricht, daß unser lieber Sohn,
der Vater

Artur Welz
nach kurzen Leiden verstorben ist.
Die tieftrauernden Eltern
und Geschwister.

Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch nachmittags 3 Uhr von
der Halle des Emmaus-Kirchhofes
aus statt. 1662

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Östlicher Viertel.
(Bezirk 150.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Vater

Artur Welz
Lautschkestr. 8, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 6. Juli, nachmittags
5 Uhr, von der Halle des
Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf,
Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Mechaniker

Willy Ladewig
am 2. Juli an Krebsleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 5. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Hummelburger Kirch-
hofes in Rummelsburg-Str. aus
statt.

Rege Beteiligung erwartet
118/5 Die Ortsverwaltung

Todes-Anzeige.
Am 2. Juli verschied nach kurzem
Krankenlager mein lieber Gatte,
unser lieber Vater und Bruder,
der Schloffer

Franz Fischer
im Alter von 40 Jahren.
Im Namen der Hinterbliebenen
Helene Fischer
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 5. Juli, nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Friedhofes in Mariendorf, Frieden-
straße, aus statt.

**Arbeitergesangverein
„Mariendorf“.**
Am Sonnabend, den 2. Juli,
verstarb unser Mitglied, der
Sangesbruder

Franz Fischer
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 5. Juli, nachm.
1/4 Uhr, von der Halle des
Mariendorfer Friedhofes, Frieden-
straße, aus statt. 61/5
Jahresfeierliche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Heute verschied sanft meine innig
geliebte Frau, unsere teure
Mutter, Schwiegertochter und
Schwester

Helene Beutler geb.
Wlaner.
Dr. Gustav Beutler,
Berlin N., Gerichtstr. 52.

Beerdigung Donnerstag, nach-
mittags 5 Uhr, vom hiesigen
Friedhofe, Gerichtstr. 57. 28356

Allen Freunden, Bekannten,
Genossen und dem Männerchor
„Nichte-Georgina“ die traurige
Nachricht, daß meine liebe Gattin,
unsere gute Mutter

Hermine Belz
geb. Kamotte
nach kurzem aber schwerem Leiden
am Sonnabend 11 1/2 Uhr abends
entschieden ist. 28355

Der tiefbeträubte Gatte
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 6. Juli, nachmittags
5 Uhr, von der Halle des hiesigen
Kirchhofes in Hagenfelde aus statt.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
handlungen, Leinwand, Ge-
radehaltern, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
heute Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen
Belagen, angenehm u. weich am Körper.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes

Christian Hentschke
sage ich allen lieben Verwandten,
Freunden und Bekannten, ins-
besondere dem Sprecher der Frei-
religiösen Gemeinde, Herrn Waldert
Wanasse, dem Sängerkwartett und
dem Vorstand des 6. Wahlkreises
meinen besten Dank.

Witwe Sophie Hentschke,
Schulendorfer Str. 7.

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei
der Beerdigung unserer einzigen lieben
Tochter und Schwester, sowie für die
zahlreichen Straßenspenden sage ich
allen Bekannten, den Kollegen und
Kolleginnen der Firma Cohn-Berlin,
sowie dem Gesangsverein Vorber-
rang hiermit meinen innigsten Dank.
Ww. Liebenow und Sohn.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zentrum Berlins,
trotzdem billig, als weiter v. Berlin
gelegene Orte, wie Hoppegarten,
Neuenhagen usw. M.B. Anzahlung,
langj. Hypotheken. Pläne gratis.
Verkäufer ständig am Bht. Mahlsdorf
im Pavillon. J. Rieger, Gontardstr. 5.

Karow eine Station
vor
Schönst. Villenort. (R. v. 12 M.
an, 20 Pf. v. Stett. Bht. 25 Min.
Fahrt, 10 Pf. v. Pankow-Schönh.,
12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar
am Bht. Bauausg. genehmigt.
Pläne gratis. M.B. Anz. u. lang-
jähr. Hypotheken. Verkäufer
ständig a. Bht. Karow.
J. Rieger, Gontardstr. 5.

Viel Geld
verdienen heute jeden Abend d.
Berz. meiner Jephthä-Dauerwische.
Wilmmer Bezaug i. Großkitten. 28415
R. Hopfer, Hof (Saale).

Achtung, Grünau!
Empfehle allen Freunden und Be-
kannten zu den bevorstehenden
Sommerausflügen mein (renoviertes)
Lokal am Garten. Nur reelle Speisen
und Getränke zu billigsten Preisen.

Gustav Lindenbagg,
Telephon 17. Friedrichstr. 2.

**Gentner's
Veilchen-Seifenpulver**

Goldperle
erfreut sich deshalb so großer Beliebtheit,
weil jedes Paket eine wirklich schöne und
brauchbare Geschenkbelle enthält. — Da
meine Packung vielfach nachgeahmt
wird, so kann man sich vor Schaden
nur dadurch schützen, daß man genau
auf den Namen „Goldperle“ und
Schutzmarke „Kaminleger“ achtet.

Alleiniger Fabrikant:
Carl Gentner
Göppingen.

**MANOLI
CIGARETTES**

**Dandy
Chic**

**Gibson Girl
Diva**

Lieferant der
französ. u. italien. Tabak-Regien.

Geogr. 1825 Geogr. 1825

Fr. Hahn
Manufaktur- u. Modewaren

Berlin O. 25
Alexander-Platz

**Inventur- und Saison-
Räumungs-Verkauf.**

In allen Abteilungen sind die
Preise erheblich herabgesetzt, zum Teil
weit unter die Hälfte des früheren Wertes.
Die angesammelten

**Waschstoff-Reste, Wollstoff-Reste
und Seidenstoff-Reste**
werden zu äußerst billigen Serien-Preisen ausverkauft.

Saison-Räumungs-Verkauf
in
Sommer-Damen-Konfektion.

Große Posten
**Blusen, garnierte Kleider, Kostümröcke,
Jackenkleider, Mäntel**
der vorerklärten Saison wegen zu äußerst herabgesetzten Preisen.
Große Posten
**Leinen- u. Baumwollstoff-Reste, Tisch-
wäsche, Bettwäsche**
zu herabgesetzten Preisen.

Phänomen

**Cigaretten
Qualitätsmarke**

mit und ohne, auch mit
**Goldmundstück, St.
2, 3, 4 und 5 Pf.**

**Cigarettenfabrik
NAMKORI**

H. Pfau, Bandagist
Berlin Dircxsenstraße 20

wilhelms Bahnhofs Alexanderplatz und
Vollgepäckbüro. — Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Referent für alle Krankenkassen.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet zweifelhaft.
Fall durch wissenschaftl. Untersuchung
fest; bezgl. Darm- (bes. auf Co-
norrhoe-Böden) u. Spium-Infektionen.
Dr. Homayr & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, am Kronen- und
Robrenthofe, I. 8724. Vert. Maß-
bist. u. folient. geöffnet von 8-6
Sonntags von 12-1.

„Silesia-Bad“
652* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
 Wegen Lohnforderungen haben die bei der Firma
Rappold & Söhne
 Berlin-Hamburg, Ausstraße 38, beschäftigten Herrenkonfektionschneider
 die Arbeit eingestellt.
 Wir verhängen daher über die genannte Firma die
Sperre.
 Die Ortsüberwachung.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Gummiwaren
 aller Art. Anfr. erbeten
Gummi-Grosso-Haus
 C.A. Growald, Charlotten-
 burg-Berlin 37. Postamt 2.

Blumen- und Kranzbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Strasse 2.
Zepernick-Bernau.
 Barzelle von 300 M. an (ca 90 R.)
 kleine Anzahlung u. langjährige
 Hypothek. Pläne gratis. Ver-
 käufer ständig am Bf. Zepernick.
 J. Rieger, Gondardstr. 5.

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Achten Sie genau
 auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**
 Amt IV, 3014.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 5. Juli.
 Anfang 8 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
 Geschlossen.
Deutsches. Die Laune der Ver-
 liebten. Judith und Holofernes.
Amerikanische. Liebeswälder.
 Bekking. Kasernenluft.
Romische Oper. Der Regiments-
 papa.
Neues Schauspielhaus. Der
 Flegel.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Tsifun.
Neues Operetten. Der Graf von
 Luxemburg.
Thalia. Charleys Tante.
Gebbel. Dem gehört Helene?
 Spul. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wallner-Theater.)
 Die Förster-Christl.
Schiller Charlottenburg. Die
 von Hochsattel.
Noie. Der Seemann.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
 mündel.
Mitrovski. Gallo II — Die große
 Kanne.
Folies Caprice. Pariser Ehen.
 Der Kibitz. Die feusche Toinette.
 Das Veröhnungsfest. (Anfang
 8 1/2 Uhr.)
Wpoko. Spezialitäten.
 Passag. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Säng.
 Walhalla. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Karl Haberland. Spezialitäten.
 Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Taubenschtr. 48/49.
 Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner
 nach Venedig.
Sternwarte. Jantzenstr. 57-62.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstr. 48/49.
 Heute Dienstag 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

La Tortajada
 in ihrer neuesten Schöpfung:
 „Abenteuer eines Toreros“.
Les Neurs Polonaises
 „Ein polnisches Bauernfest“.
Amann
 Mimiker und Charakteristiker
 sowie
 die sensationellen Attraktionen
 des **Juli-Programms!**

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die Sensation Berlins!
Senor Orduna
 der spanische Caruso.
Toni Thoms.
 De Thoma-Troupe
 und das große Juli-Programm.

Passage-Panoptikum.
 Die
 zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
 und ihr Kind.
 Von 11-1 Uhr mittags
 und von 3-10 Uhr abends
 zu sehen.
Kein Extra-Entree!
Nur wenige Tage!
 Eintritt für die gesamten
 Räume 50 Pf., Kinder und
 Soldaten 25 Pf.

Folies Caprice
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
 Die feusche Toinette.
 Das Veröhnungsfest.

Walhalla-
Variete-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
 Abends 8 Uhr:
Das großartige
Variete-Programm

Sommer-Theater
Café Bellevue
 am See und
 Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
 Täglich:
 * Spezialitäten *
 Theater, Konzert.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.
 Operette in 3 Akt. Musik v. G. Barno.
 Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Troubadour.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo
 Waller Stein und Ludwig Heller.
 Ende nach 10 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Neue Freie Volksbühne
 Extra-Vorstellung im Neuen Operetten-Theater
 Sonntag, den 10., 17. u. 24. Juli, nachmittags 3 Uhr:
Die Dollarprinzessin
 Operette in drei Akten von Leo Fall.
 Karten a 1,20 R. inkl. Zettel und Garderobe sind für Mitglieder
 und Gäste in allen Zahlstellen und in der Geschäftsstelle, Köpenicker
 Straße 68, zu haben. 150/3*
 Der Vorstand.
 J. U. v. Rehl.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
 Röderstraße 11/13. Zwischen Landsburger Allee und Röderplatz.
 Größtes und schönstes Lokal Berlins.
 Bei ungünstiger Witterung
 Schutz für 6000 Personen. — **Täglich:**
 Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turmsteilkünstler der Welt The Llopella
 letzte der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
 um die Erde in **1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
 mit dem Fahrrad in den See.
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftkünstler. — **Gr. Erfolg!**
Gustav Looser Comp. Sensations- u. Pantomime, ein Spag in
 einer holländischen Besessenhall. — **Einzig Krill und Gustav**
Müller, Original-Humoristen
 mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-litterarischen Schlagern und das
 neue beste Programm Berlins.
 Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
 Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater“
 Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
 Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten. Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
 20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
 Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor.
Täglich: Große Militär-Konzerte.
 Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:
Frei-Vorstellung
 der beliebten
Apollo-Sänger.

Luna Park
TERRASSEN
HALENSEE
 Größter Vergnügungspark
 des Kontinents.
 Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.
 Eintrittspreis 50 Pf.
 Neu eröffnet! Teufelsrad und Katzenjammerschloß. Neu eröffnet!
Sonnabend, den 9. Juli: Gala-Tag.
2 große Doppel-Feuerwerke.
 8 Uhr abends: **Japanisches Tages-Feuerwerk.**
 10 Uhr abds.: **Pracht-Höhen u. Wasserfeuerwerk.**
Franzer-Konzert unter Leitung des Dirigenten Becker.
Translatour-Orchester.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
 30. April bis 2. Oktober.
 Am Carl täglich **Doppel-Konzert.**
 Eintritt: 10-6 Uhr 1 R., v. 6 Uhr ab
 50 Pf., Sonntags 50 Pf., Duvert 6 R.
Ausstellungshallen-
Kino am Zoo
 Nachm. 6 Uhr: Mit Sven Hedlin
 durch Zentral-Asien.
 0,50, 0,50, 0,50, 1 M.
 Abends 8 Uhr: Mit Sven Hedlin
 durch Zentral-Asien.
Samuran. 0,50, 1., 2., 3 M.
 Für Abends: Vorverkauf
 bei Wertheim, Leipzigerstraße
 und sämtlichen Vorverkaufs-
 stellen.

ZOO-
LOGISCHER
GARTEN
 Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert
 Eintritt 1 Mark.
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder
 unter zehn Jahren die Hälfte.

Große Ausstellung
 für Bauindustrie u. Feinkeramik
 Baumschulweg bei Berlin.
 Stadtbahnstation, 25 Minuten
 vom Bahnhof Friedrichstraße.
 Täglich von 10-8 Uhr geöffnet.
 Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
 Der Clou der Ausstellung:
Römische Villa mit Kaiser-
palast.

CIRCUS
Cyrril Hatlé
 Das Manstrum aller europäisch. Zirkusse

Nur noch wenige Tage!
Rixdorf-Berlin, Pflügerstr.
 Telefon: Rixdorf 806.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung
 mit dem glanzvollen
 Programm, u. a.:
Kurt Just
 der bekannte Berliner Stall-
 meister als Schulkreier.
!! Chong-Ih !!
 Chinesische heilige Zauberer,
 Zopfakrobaten u. Jongleure
 sowie alle übrigen Sensationen
 des Weltstadt-Riesensprogr.
 Preise: Galerie 0,50, III. Pl. 0,80,
 II. Pl. 1,10, I. Pl. 1,50. Sperrsitze 2.,
 Loge 3., Fremdenloge 4.,
 Billets-Vorverkauf für die
 Abendvorstell. für Berlin bei
 A. Wertheim, Leipziger Straße.
 In Rixdorf i. d. Zigarrengesch.
 d. Firma **Loeser & Wolf,**
 Berliner Str. 1, Tel.: Rixd. 1255,
 u. Berliner Str. 40, Tel.: Rixd. 496.
 Für alle Vorstellungen an der
 Zirkuskasse: Tel. Rixdorf 806.

B B B
 Brunnenstraße 16.
Das neue Riesen-Programm.
Lehrreich
Unterhaltend
Amüsant.
 Gr. Orchester. Saal u. Garten.
 Eintritt 30 Pf.

Vereins-Brauerei
 Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
 Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
 Anfang wochentags 7 Uhr.
 Sonntags 4 Uhr.

Victoria-
Brauerei, Ullswat. 111/112
 Im Garten oder Saal: **Täglich**
Gr. humorist. Soiree.
 (Gesangsvorträge, Theater und
 Variete-Vorstellungen.)
 Sonntags, Dienstag, Donnerstag
 und Sonnabends: **Tanzkränzen.**
 Anf.: Wochentags 8, Sonntags
 7 Uhr. — Alle Dons gültig.
 Im Restaurant: **Wittigstisch 75 Pf.**
 Gr. u. fl. Säfte zu Festlichkeiten
 aller Art. Max Saeger.

Max Kliems Sommertheater
 und Festsäle.
 Inh.: **Rudolf Krüger.**
 Hasenhöls 13/15, vis-à-vis v. Turmpf.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
 Artist. Leitung: Walter Grävenitz,
 Kapellmeister: Max Wolfheim.
 Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
 Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Voigt-Theater
 Gesundbrunnen Badstr. 58.
 Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
 Gr. Lebensbild mit Gel. und Lang in
 4 Abteilungen von Adolf Philipp.
 Das neue große Spezialitäten-
 Programm.
 Koffeneröffnung 2 Uhr, Anf. 4 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.
 Dolgmarstr. 27, Ecke Alexanderstr.
 (Zuhaber: Max Schindelhauer.)
 Im herrlichen Naturgarten täglich:
 Luci Bernhards, Oper-Soubrette.
 The Lanzas, Excentric-akrobatische
 Tänzer. — **Gustav Bonin,** moderner
 Humorist. — **Bernhards u. Marions**
 „Die Nacht des Käfers“.
 Anf. Wochentags 7 1/2, Sonntags 8 Uhr.

Volksgarten-Theater
 früher Weilmann.
 Badstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.
 Täglich: **Konzert, Theater- und**
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
 Riefenprogr. Zur Aufführung gelangt:
Robert und Bertram.
 Hoffe mit Gelang u. Lang in 4 Bild.
 Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Feuerw.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
 Zum Schluß:
Rühler d. Landstraße.
 Ur. Vorleser von Moseel.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr.
 Sonntags
 7 Uhr.

Puhlmanns Theater
 Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/98.
 Wenn schön — im Garten!
 Wenn Regen — im Saal!
Täglich:
Theater, Konzert, Spezialitäten.
 Abends 7 Uhr:
Die oberen Zehntausend
 oder Berlin N. und Berlin W.
 Anf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 20-30 Pf.
 Sonntags 1/4 30-100.
 Kinder halbe Preise.
 Mittwoch: **Königin Luise.**

Schweizer Garten
 Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- u. Spez.-Vorstellung.
 U. a.: **Flitiners Wanderzirkus.**
 Jeden Abend **Prinz Pinne.**
 1/10 Uhr:
 Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett.
 Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
 Volksbelustigungen. Tanz.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
 Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
 Spezialitäten, Konzert u. Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Sente, Dienstag, den 5. Juli, Flugblattverbreitung in den 6 Berliner Kreisen, sowie in Adlershof und Rixdorf

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, treten pünktlich an, damit die Verbreitung schnell und sicher erledigt wird und agitiert auch für den Besuch der am Donnerstag stattfindenden Versammlungen.

Partei-Angelegenheiten.

Im Kreise Niederbarnim findet die Flugblattverbreitung heute abend nicht statt.

Rixdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Hoppes Festsaal, Hermannstr. 49 die öffentliche Protestversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: „Stadtverordnetenmehrheit gegen Oberverwaltungsgericht“. Referent: Reichstagsabgeordneter Wolfgang Meine. Freie Aussprache. Wähler Rixdorfs! Währet Eure Rechte und erscheint in Massen. Der Einberufer.

Mariendorf. Heute, Dienstag abend 8 Uhr, findet bei Preuß, Kurfürststr. 44 eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Adolf Hoffmann über „Die Kirche im Zwangsstaat“ referieren wird.

Potsdam. Am Mittwoch, den 6. Juli, abend 8 1/2 Uhr findet die Wahlvereinsversammlung bei Wilhelm, Kaiser Wilhelmstraße statt.

Berliner Nachrichten.

Beim Heiratsvermittler.

Die Heirat ist bekanntlich in unserer heutigen Wirtschaftsordnung bloßes Geschäft, die Ehe der bloße Vertrag zwischen Mann und Frau und ihrer ideellen Grundlage entzogen. Das trifft ja vornehmlich auf die Besitzenden zu; aber auch die ärmeren Schichten werden mitgerastet vom Ruge der Zeit. Daraufhin hat sich nun eine ganz besondere Spezies herausgebildet: die Heiratsvermittler.

Hier da ein junger Mann im „Total-Anzeiger“ ungefähr folgendes:

„Junges Mädchen mit etwas Vermögen wünscht Herrenbekanntschaft. Ideal 100, Postamt 2.“

Flugs setzt er sich hin, schreibt der jungen Dame einen liebevollenden Brief und wartet dann mit Sehnsucht auf Antwort. Schon der folgende Tag bringt das Erwünschte. Er öffnet den Brief — doch, o Graus:

„Die junge Dame hat sich meiner Vermittlung anvertraut und können Sie dieselbe bei mir sprechen. Bureau für Ehevormittlung von P. (Straße und Nummer.)“

Mit beklommenem Herzen, gewickelt vom Scheitel bis zur Sohle, steigt er die Treppe empor nach dem Heiratskontor. Er klingelt. — Höflich fordert man ihn auf, näher zu kommen. Nenglich tritt er ein, sich immer nach seinem Ideal umsehend, das er nirgend entdecken kann.

„Sie kommen wegen des Mädchens mit Vermögen. Sie sollen sie gleich zu sprechen bekommen. Die Vermittlung ist bei mir für Herren völlig propensionsfrei“ — er atmet erleichtert auf, da wird die Geschichte ja billig — „aber ich erhebe für Porto und sonstige Unkosten drei Mark. Wenn Sie diese bezahlt haben, erhalten Sie die Adresse der betreffenden Dame.“

Der junge Mann überlegt. — Drei Mark — na ja, wenn schon, denn schon; sie hat ja Vermögen, da kommt es hundertfach wieder ein. Er zahlt und erhält die Adresse seines Ideals. Freudig geht er von dannen, an zehn bis fünfzehn Herren vorbei, die draußen gebulbt warten, bis sie eingelassen werden. Mit ihnen wiederholt sich dasselbe Schauspiel; sie bekommen alle die Adresse desselben Mädchens, und in Zeit von Null Komma Nichts hat der Idealvermittler dreißig bis vierzig Mark in der Tasche.

Die Dummen werden nicht alle.

Das Tabakrauchen im Walde. In fast allen Wäldern in der Umgebung Berlins sind die Warnungsschilder „Rauchen verboten“ bedeutend vermehrt worden. Man bemerkt sie in nicht zu übersehender Form nicht bloß an den Hauptzugangsstellen, sondern auch mitten auf den betretenswerten Waldwegen. Die Forstbeamten haben Anweisung erhalten, strenger auf die Befolgung des Rauchverbots zu achten und Zuwiderhandelnde unmissverständlich zur Anzeige zu bringen. In diesem Sommer hat es ja selbst während der großen Hitze in der Mark erst wenige Waldbrände gegeben, aber zweifellos werden viele derartige Brandschäden durch weggeworfene brennende Streichhölzer und Zigarrenstummel, allerdings auch teilweise durch Funken aus Lokomotiven verursacht. Im Interesse der Forstschonung ist die strenge Durchführung des Verbots durchaus gerechtfertigt. Wer im Walde Erholung sucht, kann in derselben Zeit das Rauchen sehr wohl unterlassen. Die Unfälle, hier zu rauchen, ist ebenso zu beurteilen, wie jeder andere leichtfertige oder gar vorsätzliche Waldverdel.

Verlegung von sechs Linien der Straßenbahn. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Ausweitung der Gleisführung in der Französischen Straße an der Ecke der Charlottenstraße sechs Linien in der Nacht vom 6. zum 7. Juli von 1 Uhr an umzuleiten. Es fährt 43 anstatt Charlotten-, Französische Straße über Charlotten-, Leipziger, Jerusalem, Oberwall, Französische Straße; 53 anstatt über Charlotten- bis Behrenstraße über Charlotten-, Leipziger, Jerusalem, Oberwall, Französische Straße bis Kanonierstraße; 64 anstatt Charlotten-, Französische Straße über Leipziger, Jerusalem, Oberwallstraße; 65 anstatt Charlotten-, Französische Straße über Leipziger, Jerusalem, Oberwall, Französische Straße; 78 anstatt Charlotten- bis Behrenstraße über Leipziger, Jerusalem, Oberwall, Französische bis Kanonierstraße; 81 anstatt Leipziger, Charlotten-, Französische Straße über Leipziger, Jerusalem, Oberwall, Französische, Behrenstraße.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat Juni nächstigen im Männerzähl 14 049 Personen, wovon 8008 habeten, im Frauenzähl 4012 Personen, wovon 1430 habeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/56, für Frauen: Kolberger Straße 80.

Die Verlegung des 3. Eisenbahn-Regiments von Schöneberg nach Hagen wird Anfang Oktober erfolgen. Das Regiment wird erst in seiner bisherigen Garnison noch die alten Mannschaften entlassen und mit dem jüngeren Jahrgang die Ueberfiedelung vornehmen. Wie verlautet, soll für das scheidende Eisenbahn-Regiment später das 5. Garde-Regiment von Spandau nach Schöneberg verlegt werden.

Eine neue Kirche ist am Sonntag in der Senefelderstraße unter den südlichen Perlmönten eingeweiht worden. Dabei fielen für verschiedene Kirchenorden diverse Orden ab. Neue Kirchen haben uns noch gefehlt, fernermal die alten gähnend leer sind.

Ueber den Stand der Eingemeindungsfrage des Tempelhofer Feldes erfahren wir: Es besteht begründete Aussicht, daß der Stadt Berlin ihr fehnächtiger Wunsch, nach Ankauf des Tempelhofer Feldes dieses Gebiet in Berlin eingemeindet zu sehen, erfüllt werden wird. Der Präsidat befürchtet, daß er bei dem Verkauf des Terrains an Privatleute das Gelände nicht schnell genug verkaufen kann, zumal der Erlös für neue Truppenübungsplätze, die bereits im Entschieden begriffen sind, verwendet werden soll.

Der nächste Apothekenschluß in Berlin. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat man die Aufhebung der Bestimmung über den Apothekenschluß während der Nacht in Berlin gefordert. Wie wir hören, beabsichtigt das Kultusministerium vorläufig eine Aenderung nicht eintreten zu lassen. Im Interesse der überlasteten Apothekergehilfen sollen alle in einem Stadtbezirke gelegenen Apotheken in regelmäßigem Turnus während der Nachtzeit schließen, Vorbedingung ist, daß die Apotheken nicht zu weit voneinander entfernt sind. Die geschlossenen Apotheken führen im Schaufenster ein Leuchttransparent, das auf die nächste offene Apotheke hinweist.

Ein alter Genosse ist am Sonntag in der Person des Genossen Hentschle aus der Schulendorfer Str. 7 auf dem Freiwilligen Friedhofe in der Pappellallee zur letzten Ruhe bestattet worden. Der Verstorbene hat in seinen jungen Jahren für unsere Partei eifrig gewirkt, vor allem durch Verbreitung des Zirkular „Sozialdemokrat“ allen Gefahren zum Trotz. Hentschle, der 81 Jahre alt geworden ist, hat noch bis vor einigen Jahren seine Flugblätter ausgetragten und damit manchem jüngeren Genossen ein gutes Vorbild der Pflichterfüllung gegeben. Dann aber ging es nicht mehr. Durch zahlreiche Beteiligung an der Verdringung konnten die Genossen dem Verstorbenen für seine der Partei geleisteten Dienste.

Die Ferienspiele haben gestern ihren Anfang genommen. Die Zahl der Kinder, die sich zur Teilnahme an den Spielen auf den Außenplätzen eingefunden hatten, war über Erwarten groß, so daß an manchen Stellen die Aufsichtspersonen der großen Zahl nicht Herr werden konnten und in einigen Fällen Privatpersonen (Eltern) hilfreiche Hand leisteten, indem sie die Führung eines Trupps Kinder übernahmen. Das traf besonders für die nach Buch bestimmten Kinder zu. Infolge des geringen Entgegenkommens der Eisenbahnverwaltung stockte es auch etwas in der Beförderungsart. Hoffentlich wird sich das in den nächsten Tagen ausgleichen, wenn eine bessere Ueberfahrt über die Teilnehmerzahl ermöglicht ist.

Die Taschendiebe benutzen den großen Andrang auf den Bahnhöfen, der jetzt zur Reisezeit herrscht, um große Beute zu machen. In den letzten Tagen sind auf verschiedenen Bahnhöfen Individuen ergriffen worden, als sie ihre Hände in fremde Taschen verkenften. Vorsicht ist also am Plage.

Wieder ein Selbstmord im Arbeitshospital.

Und wird geschrieben: Am Sonntag hat sich der Hospitalist Niedmann die Pulsader durchgeschnitten, nachdem er den Vorfall dazu lange vorher gefasst hatte. Niedmann wurde deswegen einige Zeit beobachtet, doch scheint man damit wieder nachgelassen zu haben. Der Fall ist infolgedessen interessant, als er die Verhältnisse in obigem Hospital illustriert. Bekanntlich hat Berlin, das für Fürstenermpfänge viele Tausende ausgibt, kein Geld dazu, im sog. „Arbeitshospital“ gelerntes Wartepersonal anzustellen. Häuslinge versehen diesen Dienst, wodurch eine anständige und sachgemäße Behandlung der Kranken von vornherein unmöglich ist. Der Einschluß der Häuslinge erfolgt um 7 Uhr, doch fungiert einer derselben als Nachtwärter, der natürlich nicht überall zu gleicher Zeit sein kann. Ganz schnelle Hilfe ist infolgedessen unmöglich, wenn nicht durch Zufall ein Arzt oder der diensttuende Oberwärter zur Stelle ist. Wer soll Arzt und Oberwärter herbeischaffen, wenn beispielsweise der sogenannte Nachtwärter betrunken ist, was öfter vorkommen soll. Es war ja in obigem Falle keine Rettung möglich, aber Tatsache bleibt, daß der betreffende Nachtwärter, ein Häusling, selbst keine Hilfe leisten konnte und erst den Oberwärter suchen mußte. Dadurch entsteht Zeitverlust, der in einem solchen Falle viel sagen will. Von den Ärzten ist „nach Feierabend“ so wie so keiner im Hause und nur zufällig machte Herr Dr. Werner nach 8 Uhr seine Visite. Doch hatte der Kranke bereits 2500 Gramm Blut um diese Zeit verloren. Die Wertewelt Berlins wird das mit Interesse lesen, denn diese Zustände sind gewiß einzig — ein Hospital ohne Arzt! Das mögen sich auch die Krankenhäuser merken und Kranke, die bereits im Sterben sind, nicht hierherführen. So wurde vergangener Dienstag vom Krankenhaus Friedrichshain ein Patient hier eingeliefert, der, als er hier ankam, bereits in der Agonie lag und starb, als er zu Port gebracht war. Vielleicht gibt das genannte Krankenhaus Auskunft, warum es mit der Abweisung des Armen so preffiert hat. Der Name des Verstorbenen ist Langheinerich.

Auskunft- und Anzeigepflicht bei Umsatzsteuern. Die Steuerordnung für Wendisch-Buchholz bestimmt mit Bezug auf Umsatzsteuer: „Die zur Entrichtung verpflichteten Personen haben innerhalb zwei Wochen nach Eintritt des Eigentumswechsels der Beside davon Mitteilung zu machen und das Material für die Berechnung vorzulegen.“ Gegen diese Bestimmung sollte sich Standile vergangen haben. Er bestritt die Gültigkeit der Bestimmung, weil sie dem § 63 des Kommunalabgabengesetzes widerspreche. Nach Absatz 3 dieses die Steuerordnungen betreffenden Paragraphen erstreckt sich die Verpflichtung zur Auskunftserteilung nur auf die Verantwortung der bei der Aufforderung gestellten Fragen über bestimmte Tatsachen. Auf keinen Fall sei nach § 63 eine Anzeigepflicht zulässig. Der Angeklagte wurde jedoch in allen Instanzen verurteilt. Das Kammergericht führte aus: Die Bestimmung der Steuerordnung sei rechtsgültig. Der § 63 des Kommunalabgabengesetzes könne hier überhaupt nicht in Frage kommen. Er beziehe sich nicht auf indirekte, sondern nur auf direkte Steuern, die Umsatzsteuer sei aber eine indirekte Steuer. Der Angeklagte, der die Anzeige- und die Auskunftspflicht gemäß der Steuerordnung nicht erfüllt habe, sei mit Recht verurteilt worden.

Auf dreifache Art und Weise gebracht hat sich die 18jährige Schneiderin Luise Dahmes aus der Weberstr. 76. Das junge Mädchen hatte öfter mit den Angehörigen Streit gehabt und sich dabei stets in große Aufregung versetzt. Vorgestern abend kam es wieder zu einer erregten Auseinandersetzung. In ihrem Zustand verlor sie die Selbst-

mord. Auf dreifache Weise führte die Lebensmüde ihr Vorhaben aus. Sie öffnete sich zunächst mit einem Messer die Pulsader der rechten Hand, öffnete sodann in ihrem Zimmer den Gashahn, um sich durch Vergasung zu vergiften und schließlich erhängte sie sich noch am Fensterriegel. Als die Eltern die Tat entdeckten, war das junge Mädchen bereits tot.

Ein rätselhafter Selbstmord verursachte am Sonnabendnachmittag um 3 Uhr in einer Schankwirtschaft in der Lothringer Straße einige Unruhe. Ein etwa 30-jähriger Mann lehrte dort in Begleitung eines Freundes ein, den er eben erst kennen gelernt hatte. Er gab sich für den Sohn eines adligen Rittergutsbesizers aus und jagte sich auf dem Abort eine Revolverkugel in die rechte Brustseite. Man brachte ihn nach dem Hedwigskrankenhaus, wo er am Sonntagmorgen um 3 Uhr der Verletzung erlag, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Wer er ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. Er besaß nur noch 50 Pfennig.

In einer Regentonne ertrunken. Einen schrecklichen Tod hat das dreijährige Töchterchen des Malers Gustav Bander, Siegfriedstraße 41 gefunden. Die Kleine war mit einigen Geschwistern in einer Laube in der Kolonie „Morgenrot“ am Mariendorfer Weg gewesen, um dort zu spielen. Während sich nun die anderen Kinder in der Laube aufhielten, suchte die Kleine W. das hintere Grundstück auf und machte sich an einer bis zur Hälfte gefüllten Regentonne zu schaffen. Sie stürzte dabei in die Tonne und mußte hilflos ertrinken. Als das Kind einige Zeit darauf vermist und gesucht wurde, fand man es bereits als Leiche auf. Die Füße des toten Mädchens ragten aus der Tonne heraus.

Mit verbrannten Kleidern wurde am Sonntagabend in einer Wohnung des Hauses Raunynstr. 8 eine 45 Jahre alte ledige Frau Barnowka bestunungslos aufgefunden. Mit schweren Brandwunden bedeckt, wurde die W. nach dem Urban-Krankenhaus geschafft, wo sie gestern ihren Qualen erlegen ist. Nach den Angaben von Hausbewohnern war die W. mit Petroleum begossen. Es entstand der Verdacht, daß ein gewisser V. mit dem die W. ein Liebesverhältnis unterhielt, ein Attentat verübt habe, um sich ihrer zu entledigen. Es hat sich aber herausgestellt, daß dieser Verdacht sich nicht aufrecht erhalten läßt, daß die W. vielmehr selbst Hand an sich gelegt hat.

Zwei Gasvergiftungen wurden am Sonntag der Feuerwehr aus der Bernburger Str. 11 und der Straßener Allee 87 gemeldet. In beiden Fällen gelang es, die schon bestunungslosen Personen durch Einflößen von Sauerstoff zu retten.

Den am Sonnabend nach dem Urban-Krankenhaus eingelieferten Mannschaften der Berliner Feuerwehr, die bei dem Brande in der Alten Jakobstr. 140 betäubt wurden, geht es bedeutend besser. Man hofft, daß sie bald aus dem Krankenhaus entlassen werden können. Die übrigen leichter erkrankten Feuerwehrmänner konnten schon wieder Dienst tun.

Großfeuer kam in der Nacht zum Sonntag nach 10 Uhr in einem großen Fabrikgebäude auf dem Hofe des ausgebeuteten und mit zahlreichen Betrieben, besonders Tischlerien, besetzten Grundstück Urbanstr. 25 zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr bis zum Sonntagnachmittag. Als Hausbewohner die Gefahr bemerkten, brannte der Dachboden. Auf diesem lagerten eine Menge Vorräte der Fabrik moderner Kleintübel, Holzgaleriewaren, sogenannte Massenartikel von E. Grund, Furnituren und Holz der Tischfabrik von Gebrüder Ditten usw. Die Flammen fanden an diesen Waren reiche Nahrung und erfahen den Dachstuhl, der bald in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen stand. Diese wurden von einem heftigen Winde immer wieder von neuem angefaßt. Von mehreren Dampfspritzern wurde stundenlang Wasser gegeben. Dieses drang durch die Decken usw. in das vierte Stockwerk, wo die Werkstätten von E. Grund sich befinden. Eine Menge Maschinen wurden stark beschädigt und dadurch der Betrieb gestört. Leider ist der Schaden nicht versichert. Die Entschädigung konnte nicht mehr ermittelt werden. Die Aufräumarbeiten gestalteten sich dann noch recht schwierig. Um 4 Uhr nachts war die größte Gefahr beseitigt und konnte ein Teil der Feuerwehr, die in großer Stärke zur Stelle war, abrücken. Zug 12 blieb bis Sonntag mittag an der Brandstelle in Aktion.

Radrennen in Steglitz, Sonntag, den 8. Juli. Der Große Sommer-Preis (2500, 2000, 1500 und 1200 M.), über 50 Kilometer, Rhyer, Schiple und Walthour in zwei Läufen über je 50 Kilometer ausgefahren wurde, brachte in seinem ersten Laufe spannende Kämpfe. Rhyer, der in der 8. Runde an dem führenden Walthour vorbeigezogen, vermochte die ihn hart bedrängenden Walthour und Didentman in Schach zu halten und einen knappen Sieg zu erringen; Walthour endete nur 90 Meter, Didentman 290 Meter, Schiple, der sich nicht zur Geltung zu bringen vermochte, 1740 Meter zurück. Abwechslungsreicher, doch darum nicht besser, gestaltete sich der zweite Lauf; auch hier behauptete Rhyer, dem der Sieg sicher zu schien, bis zum 24. Kilometer den ersten Platz; dann fiel er von seiner Führung ab, er verlor mehrere Runden und vermochte trotz mehrfachen Schrittmacherwechsels nicht mehr in den Kampf erfolgreich einzugreifen. Didentman übernahm von da an die Spitze und hielt sie bis zum Schluß inne, obwohl auch er mehrmals gezwungen war, seine Führung zu wechseln, denn seinen Begnern ging es nicht besser. Walthour war gleich anfangs zurückgeblieben, dagegen fuhr Schiple besser, so daß er in diesem Laufe und damit auch in der Gesamtwertung den zweiten Platz belegen konnte. Resultat: 1. Didentman 99,710 Kilometer, 2. Schiple 97,910 Kilometer, 3. Walthour 97,444 Kilometer, 4. Rhyer 94,390 Kilometer.

Ein 30 Kilometer-Rennen mit Motorschrittmachern (400, 300, 250, 200, 175 M.) war dem Sommerpreis preis vorangegangen. Hier kam es nur zwischen van Rel und Peggrembel zum Kampfe, aus dem ersterer als Sieger hervorging.

Das Apollo-Theater hat seinem reichhaltigen Programm wieder eine Operette einverleibt. „Holland im Orient“ ist sie betitelt; Dekar Coppé hat den Text, Gustaf Erdge die Musik geliefert. Der Inhalt ist etwas eigenartig. Drei holländische Käsehändler wandern nach dem Orient, um hier ihre Waren anzupreisen und geraten in einen Harem, wo schließlich auch die Geliebten der Ausgewanderten sich eingefunden. Die Aufmachung gibt Gelegenheiten, durch glänzende Kostüme das Auge und durch nette gesungene Einlagen — das Ohr zu befriedigen. Als außerordentlich geschickte Harmonika- und Papiermanipulatoren sind Morton und Elliot anzupreisen, während Georg Neumüller als süddeutscher Bauern-darsteller für Humor sorgt. Der Tanz ist besonders durch fünf Däninnen vom königlichen Hofballett in Kopenhagen vertreten.

Vermist wird seit Montag, den 27. Juni, der Bauarbeiter Paul Thiele, Fußbrüer Str. 14 bei Jakob wohnhaft. Derselbe ist 41 Jahre alt, von hagerer Statur, mittelgroß, hat dunkelbraunes, graumeliertes Haar, dunklen Schnurbart, war bekleidet mit dunkelgrünem Jacketanzug und weißem Strohhut. Etwaige Mitteilungen an obige Adresse erbeten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Das Charlottenburger Volksschulpräsidium, das sich am Sophie-Charlotte-Platz und am Kaiserbaum erhebt, ist gestern vormittag im Beisein von Vertretern der Staatsbehörden eingeweiht worden. Eine Reihe Ordensauszeichnungen wurden dabei verteilt.

Lichtenberg.

Kuffen erregt die Suspendierung eines Lehrers der Gemeindefschule in der Möllendorfsstraße. Der Lehrer wird beschuldigt, sich an den ihm anvertrauten Kindern stülisch vergangen zu haben.

Treptow.

Die Tragödie einer Mutter. In einem Anfall von Schwermut hat während der vergangenen Nacht die 30 Jahre alte Mechanikerfrau Anna Schibilski aus der Kleefolstr. 21 zu Treptow ihr neun Jahre altes Kind und sich selbst vergiftet. In Abwesenheit ihres Mannes öffnete sie alle Gasfahnen ihrer Wohnung. Sie begab sich dann mit ihrem neunjährigen Sohne kurz zu Bett, um den Tod zu erwarten. Während das Kind der Gasvergiftung bald erlag, blieb die Mutter, trotzdem die Wohnung mit Gas gefüllt war, am Leben. Nachbarn, die gestern morgen den Gasgeruch bemerkend, die Wohnungstür erbrachen, fanden die Frau in ihren Kleidern noch röchelnd mit schwachen Lebenszeichen, den Knaben im Arm haltend vor. Die sofort alarmierte Polizei sorgte für Lüftung der Wohnung, und Samariterin der Feuerwehre gelang es, Frau Schibilski durch Anwendung des Sauerstoffapparates ins Leben zurückzurufen. Sie wurde als Polizeigefangene nach der Charité übergeführt, dort liegt sie hoffnungslos danieder. In einem an den Mann hinterlassenen Briefe äußerte die Unglückliche Eifersucht- und Schwermutsideen, die in den häufigen Rotorouturen ihres Mannes, des Mechanikers Artur Schibilski, ihren Ursprung zu haben schienen, aber unbegründet sind. Auch am Sonnabend hatte der Mann eine Tour nach Magdeburg unternommen und ahnungslos dort eine Ansichtskarte abgeschickt, die zu spät anlangte. Frau Schibilski hatte schon seit längerer Zeit Spuren von Trübfinn gezeigt. Die Leiche des Knaben wurde beschlagnahmt und dem Treptower Schauhause zugeführt.

Tempelhof.

Das bekannte Restaurant Kreideweiß, dessen Verkauf schon so oft stattgefunden haben sollte, ist nun an eine Gesellschaft verkauft worden, welche die ganzen Gebäude herunterreißen läßt. Ein moderner Bierpalast soll aufgeführt werden.

Anglücksfall. Bei der Fertigstellung der Frontspitze des Hauses Blumenhalsstraße 8 beschäftigt, stürzte der Maurer Otto Henkel aus Weihensee am Sonnabend plötzlich herab. Er war sofort tot.

Friedenau.

Auf der Gemeindevertretung. Auf ein Schreiben des Gemeindevorstandes an die Große Berliner Straßenbahngesellschaft, welches dieselbe ersucht, bei Verlängerung der Linie V keine Fahrpreis-erhöhung eintreten zu lassen, ist ein ablehnender Bescheid eingegangen.

Der Gemeindevorstand hat zur Beschaffung einer Orgel für den „Vürgeraal“ des Realreformgymnasiums 3000 M. gestiftet. Selbstverständlich verlangen die frommen Herrschaften, daß ihnen der Raum auch allsonntäglich zum Gottesdienst zur Verfügung steht. Von unserer Seite wurde darauf hingewiesen, daß man bei Annahme dieser Summe sehr vorsichtig sein sollte, damit nicht die Kirche nach und nach ein Recht dauernd herleite. Da man doch nicht gewohnt sei, daß die Kirche etwas umsonst tue, solle man den Saal nur auf Widerruf freigeben. — Für Regulierung des Gemeindevorstandes lautete am 19/20 werden 9550 M. bewilligt. Die Bewilligung von 1000 M. zur Herstellung einer Friedhofsmauer zeitigte eine lebhafteste Aussprache zwischen den Vertretern der frommen und ehrsamten Jünger und der zurzeit dominierenden Geheimratsgruppe. Während die ersteren in ihrem überstimmigen Lokalpatriotismus alle von der Gemeinde zu vergebenden Arbeiten in ihrem engeren Kreise und Bekanntheitkreise untergebracht haben wollen, kommt für die anderen nur der Mindestfordernde in Frage. Unsere Vertreter sehen in diesem Streit die Herrschaften unter sich. Genosse Richter verlangte, daß man bei Vergütung von Arbeiten in erster Linie darauf sehen solle, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei den ausführenden Firmen menschenwürdig zu nennen sind, ganz gleich ob die Arbeit nach Friedenau oder außerhalb vergebend würde. Er beantragt, auch bei dieser Arbeit zur Bedingung zu machen, daß der für Berlin vereinbarte Tariflohn gezahlt werden muß. Dieser im Interesse der Arbeiterschaft liegende Antrag wurde abgelehnt. Ein niedriger Malermeister stimmte, um allen gerecht zu werden, für und gegen den Antrag. Mehr kann man wohl schwerlich verlangen. Die Arbeit wurde an die „rühmlichst“ bekannte Firma Burckard-Gr. Lichterfelde, natürlich zum Mindestangebot, vergeben. Sodann wurden 5750 M. für Errichtung einer Ventilationsanlage in der Mädchen-Volksschule und 4000 M. für Einrichtung einer Zentralheizungsanlage in der Turnhalle derselben Schule bewilligt. Bei Beratung der in der vorhergehenden Sitzung angenommenen neuen Umsatzsteuerordnung wurde verabschiedet eine Bestimmung die Zwangsversteigerung betreffend nicht mit aufgenommen. Der Vorschlag lautet: Im Zwangsversteigerungsfalle tritt an Stelle des gemeinen Wertes der Zuschlagspreis, wenn dieser höher ist als der gemeine Wert. Dieser Zusatz wird auf Antrag des Gemeindevorstandes nachträglich mit in die Steuerordnung aufgenommen. Genosse Richter ersuchte den Gemeindevorstand, eine geplante Eingabe der Apothekervereinigung, welche die Schließung einer Anzahl von Apotheken während der Nachstunden verlangt, als nicht im Interesse der Einwohnerschaft liegend abzulehnen.

Groß-Lichterfelde.

Während der Ferien finden im Garten von Bahrendorf, Bäckerstraße 23, Spiele für Kinder statt. Anfang: Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Grünau.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde näherer Aufschluß gegeben über die diesjährige Privatschule, die bisher durch Gemeindegeld mit 1500 M. unterstützt wurde. Während man vorher bei Beratung der Lehrerbefolgungsordnung eine merkwürdige Sparjamkeit walten ließ, nach der die hiesigen Lehrer gegenüber ihren Kollegen in den Nachbarorten um 200—250 M. nachstehen, war man für die Privatschule zu allen Opfern bereit. Die Vertreter hielten sich sämtlich verpflichtet, für die vorhandenen und kommenden Defizits der Privatschule einzustehen. Herr Demitt gab ein anschauliches Bild von den Zuständen dieser höheren Lehranstalt. Hiernach war die Schülerfrequenz im vergangenen Jahre durchschnittlich 84. Die vorhandenen drei weiblichen Lehrkräfte sind überanstrengt, es soll deshalb zum 1. Oktober eine weitere Lehrperson angeheißt und gleichzeitig sollen die Schulräume vergrößert werden. Wenn sich die Schülerzahl nicht wesentlich vermehrt, kommt die Gemeinde in die wenig angenehme Lage, statt der bisherigen 1500 M. 5000 M. laufend zu geben. Das wäre gewiß ein unerhörtes Entgegenkommen gegenüber einem so geringen Teil der Bevölkerung. Infolge Fortbewegung an die Gemeinde, die wir so oft mit Nachdruck erheben, finden kein Gehör. Die jetzt 800 Kinder der Gemeindefschule haben immer noch keine Turnhalle. Die Gemeindefschule weist heute noch Klassen mit einer Frequenz von 67 Schülern auf.

Mariendorf-Südende.

Die Gemeindevertretung erteilte in ihrer letzten Sitzung in Rechnungsachen über Straßenausbauten, Anlauf von Grundstücken und den Bau der Volksschule in der Friedenstraße dem Antrage des

Referenten, Gemeindevorstandes Man, entsprechend Entlastung. Bei dem Schulbau ist eine Ueberführung des Kostenvoranschlags, in dem ein Betrag von 314 000 M. vorgesehen war, um rund 87 000 M. zu verzeichnen. — Bei der Wahl eines Schöffen auf die Dauer von sechs Jahren ging der Kandidat der Mariendorfer Vertreter, der Landwirt Herr Friedrich, als Sieger hervor, der auch selbst, wie die Anzahl der Stimmen im Verhältnis zu den anwesenden Stimmberechtigten ergab, durch Abgabe seiner Stimme für seine eigene Person sich für diesen Posten qualifiziert hält. Der Sünderer Kandidat vereinigte die drei Stimmen der Vertreter dieses Ortsteils auf sich. — Zum weiteren Punkt der Tagesordnung: „Aenderung der Freibantordnung“, wünschten unsere Genossen, daß die Beaufsichtigung des Verkaufs und Festsetzung der Preise möglichst einem Schöffen übertragen wird, während der Gemeindevorsteher hierfür den Straßenmeister Herrn Sange in Vorschlag brachte. Trotz des nachdrücklichen Hinweises des Genossen Reichardt auf die umfangreiche Tätigkeit des Straßenmeisters als solchen wurde dieser als Leiter der Freibant bestimmt. — Schließlich stand ein von unseren Genossen auch jetzt wieder gestellter Antrag wegen anderweiter Festsetzung der Sitzungstage und -Stunden zur Beratung. Den Antragstellern lag in der Hauptsache an Aenderung des Sitzungsbeginnes, der bisher auf 4 Uhr festgesetzt war. Die Genossen Weber und Reichardt betonten, daß der Öffentlichkeit mehr Gelegenheit gegeben werden müsse, den Verhandlungen beizuwohnen; bei dem frühen Beginn sei dies ausgeschlossen. Sie führten andere Gemeinden an, die sich der Einsicht über die Notwendigkeit einer gewissen Kontrolle der Verhandlungen durch die Wählerchaft nicht verschlossen und den Beginn, wie Adlershof zeigt, sogar in die Abendstunden verlegt hätten. Hätte Mariendorf an dem frühen Beginn fest, so zeige es damit eben seine Rückständigkeit. Die Bürgerlichen wollten sich um diesen Ruf nicht bringen lassen und lehnten den Antrag ab.

Vorsigwalde.

Ferienspiele. Wie im Vorjahre werden auch in diesem Jahre während der Schulferien Kinderspiele stattfinden und zwar Dienstag und Freitag nachmittags. Sammelpunkt: Ernst- und Schubarthstraße, Ecke präzis 2 Uhr. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, ihre Kinder recht zahlreich daran teilnehmen zu lassen.

Potsdam.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte zunächst die in der vorigen Sitzung wegen Beschlunsfähigkeit abgebrochenen Beratungen über die Besoldungsvorlage der städtischen Beamten, die insgesamt 30 000 M. Ausgabe verursacht. Das Bürgermeistergesetz wurde auf 8800, 9800, 11 000 und 12 000 M. in 9 Jahren (gegen früher 8000 bis 10 000 M.) und 1000 M. Repräsentationsgelder festgesetzt. Stadtverordneter Decca beantragt den Oberfeuerwehrgenossen und Oberaufseher der Straßenreinigung, wie bisher, das gleiche Gehalt zu geben (die Kommission hat für letztern 100 M. weniger in Vorschlag gebracht), da beide eigentlich eine Funktion sind, letztere aber doch nur bei höherem Alter durch die dann zum Dienst als Oberfeuerwehrgenossenschaft nicht mehr ganz rüthigen ausgeschieden wird. Hier vertrat der Stadtverordnete Henne (Rechnungsrat an der Oberrechnungskammer) den Standpunkt, daß ein Wenigergehalt gerechtfertigt sei, denn es handelt sich um ausgediente Leute (.), die man in irgend eine Stelle dirigiere. Man bringt sie in eine Klasse, bei welchem Gehalt sich auch noch leben läßt. (S. sollte diesen Vorschlag einmal seinen Beamtenkollegen machen.). Von städtischen Arbeitern erhielten nur die Müllkutscher und Aufsaher auf besondere Eingabe eine Zulage. Durch die Einführung der Müllabfuhrgebühren sollen die bisherigen Trinkgelder fort, die die Angestellten auf 12—13 M. monatlich berechneten. Der Magistrat hält diese Berechnung für zu hoch und beantragte pro Tag eine Zulage von 25 Pf. Danach beträgt der Lohn für Müllkutscher pro Tag 3,50 M. (Wochenlohn 21 M.), für Aufsaher pro Tag 3,35 M. (Wochenlohn 20,10 M.) Residenzstadtlohn! Dabei sollen die Aufsaher angewiesen werden, Trinkgeld nicht mehr zu fordern.

Zu einer großartigen Feier des Sedanfestes wurden 3500 M. bewilligt. Schulen und Vereine sollen patriotische Vorführungen, hauptsächlich für die Jugend, abhalten. — Das auf 60 M. festgesetzte Fremdenzuschuld für die Gemeindefschulen wird für die Kinder der öffentlichen Armenpflege und die in Erziehungsanstalten untergebrachten Kinder auf 40 M. erniedrigt. Gleichzeitig wird am St. Josephswaisenhaus eine Restschuld für Schulgeld um ein Drittel ermäßigt. — Ferner stimmte die Versammlung dem Ankauf des Meierischen Grundstücks in der Neuen Luisenstraße zum Preise von 75 000 M. zu. Zu Beginn der Sitzung fand die Einführung des zum Stadtrat gewählten Assessor Janide aus Etzling durch den Bürgermeister Rogbig statt. Treffend kennzeichnete M. hierbei die hiesige Situation: als freier Mann sollte er der Gemeinde dienen, aber der Residenzstadtcharakter bedinge hierin eine eigene Art. — Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Spandau.

In der gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete zunächst Genosse Seior den Bericht des Vorstandes. Danach haben im letzten halben Jahre 20 Vorstandssitzungen, 6 Korporensitzungen und 14 Jahreshandlungen stattgefunden. Die Frauen hielten 4 Lesabende und zwei Frauenversammlungen ab. Es wurden ferner vom Wahlverein abgehalten eine ordentliche Generalversammlung, eine Mitgliederversammlung und 13 öffentliche Versammlungen. Eine große Arbeit verursachten die Gemeindevorstandswahlen, es ist jedoch gelungen, in Kladow und in Tiefwerder je einen Genossen durchzuführen. Die Mitgliederzahl hat sich im letzten Halbjahr wieder etwas gehoben, bei fleißiger Agitation sei zu hoffen, daß die Zahl der Genossen bald tausend überschreiten wird. Den Rosenbericht erstattete der Genosse Emil Köppen. Nach demselben betragen die Einnahmen 998,20 M., die Ausgaben 554,03 M. Es bleibt ein Bestand von 439,17 M. Die Mitgliederzahl hob sich von 753 im 4. Quartal 1909 auf 872 zu Ende dieses Halbjahrs. Darunter sind 78 weibliche Mitglieder. Der „Vorwärts“, welcher Januar dieses Jahres in 1025 Exemplaren gelesen wurde, stieg im Juni dieses Jahres auf 1103 Leser. Auf Antrag des Genossen Paul Schmidt sollen die Namen der ausgedienten Mitglieder bekannt gegeben werden. Den Bericht über die Tätigkeit des Bildungsausschusses gab Genosse Man der. Die Einnahmen betragen 306,70 M., die Ausgaben 109,75 M., so daß ein Bestand von 140,95 M. verbleibt. Die erste Arbeit des Ausschusses war die Bildung der Arbeiter-Samariterkolonne, die bereits bei den Veranstaltungen mitgewirkt hat. Die Errichtung einer Bildungsschule ist bisher an den hohen Kosten gescheitert. Es schloß sich an diesen Bericht eine kurze Diskussion. Ueber die Lokal-Kommission berichtete der Genosse Struck. Der Seigle Boykott habe gezeigt, daß die Bürgerlichen ein von den Genossen gespeistes Lokal nicht halten können. Die von Seig angelegten Prozesse sind bis jetzt zum größten Teil zugunsten der beteiligten Genossen ausgefallen. Auch der Boykott gegen das Meierische Lokal müsse weiter aufrecht erhalten werden. Der Gastwirt Lehmann, Nonnenbäum, hat sein Lokal verweigert. Das Lokal Bicheldorf ist freigegeben. Dorthin wird der Militärboykott nur für den Tag ausgeprochen, an welchem eine sozialdemokratische Versammlung stattfindet. Es müßten alle Mittel angewendet werden, um die großen Lokale zu gewinnen. Hiernach gelangten verschiedene im Laufe des Halbjahrs von den Zahlhabenden eingegangene Anträge zur Erledigung. Den Anträgen der Bezirke 6 und 7, von dem Ueberstreich der Kaiserfeier, der 439,17 M. betrug, 130 M. an die ausgescherten Banarbeiters abzuführen, konnte nicht Folge gegeben werden, da der Kassierer bereits mit dem Kreis abgerechnet hatte. Die Versammlung bewilligt aber auf Antrag des Genossen Appold aus dem Kassenbestand für die Banarbeiter 119,79 M. — Dem Antrage betreffs Gründung eines Pressefonds stimmte die Versammlung zu. — Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Seior erster, Appold zweiter Vorsitzender, Köppen erster, Senfleben zweiter Kassierer, Böhl zweiter Schriftführer. Der erste Schriftführer konnte noch nicht gewählt werden, da sich kein Genosse dazu bereit fand. Zu Revisoren wurden gewählt Struck, Otto Bergles und Lehmann. Zu Bezirksführern

für Bezirk 1 Dann; 2 Struck; 4 Lange; 5 Nährmundt; 6 Sanger; 7 Rujart; 8 Paul Heilig und 8a Warra. Für Bezirk 8 soll der Bezirksführer in der nächsten Versammlung gewählt werden. In die Schlichtungskommission wurden gewählt die Genossen: Sener, Streifke, A. Schmidt, Rood, Senze, Pisch und Frey Verließ. Für die Bezirke 3 und 8a wird erst in der nächsten Versammlung gewählt. Wegen vorgeklärter Zeit wurde der Punkt Verschiedenes abgelegt.

Lesabende.

Zehlendorf (Wannseebahn). Mittwoch, 6. Juni, abends 8 Uhr, findet der erste Lesabend der Frauen bei Venno Klicke, Potsdamer Straße 25, statt.

Berliner Arbeiter-Schachklub.

Chen I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Böhl, Rüdersdorfer Str. 28.
II: jeden Montag 1/9 Uhr bei Boh. Wehrer, 6.
Zäden: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Hebelien, Bassertorstr. 8.
Weiten: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Böhl, Rüdersd. 17, Ecke Glottweilstr.
Norden I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei P. Schulz, Marxstr. 13b.
II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Frick, Deontelmer Str. 4.
III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Bogans, Gaudystr. 3.
IV: jeden Sonnabend 1/9 Uhr bei Wöhrenhof, Uledomstr. 23.
Pentum: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Freiheit, Dragonerstr. 15.
Roabit I: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Heide, Jovinistr. 25.
II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Lamprecht, Vullstr. 10.
Lichtenberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Blume, M.-Berliner 55.
Rixdorf I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Stabmann, Reuterstr. 45.
II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Weide, Hermannstr. 160, Ecke Unter Straße.
Ober-Schöneweide: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Rodenbusch, Rathenauerstraße 64, Ecke Wilhelmshofstr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns toeben Nr. 20 des 21. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Eine Pflicht internationaler Solidarität. — Die Frauen in der Unfallversicherung. Von F. Kl. — Die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten. Von Ernst Oberholzer. — Ein Nachwort zum ersten russischen Kongress zur Bekämpfung der Prostitution. Von R. — Vom Spinnen und Weben in alter Zeit. II. Von S. Nadel. — Die Lage der Arbeiterinnen im R.-Schabbacher Industriebezirk. Von B. Bloß. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Genossinnen in Ebersberg. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen für den letzten jährlichen Wahlkreis. — Jahresbericht der Kinderbeschäftigungskommission in Reichen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. Dazu die Kinder- und Hausfrauen-Beilage.
Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von „Wahren Jacob“ ist toeben die 14. Nummer des 27. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir: Bilder: Weltkriegs-Ideale. Von Rud. Wolf. — Kanalarbeiter. Von R. Vanierow. — Berufung. Von E. Graf. — Konkurrenten. Von R. Kott. — Bericht: Bereit! Von R. Vanierow. — Damen vom Tisch. Von R. Kott. — „U de Angst kommt man nich raus.“ Von Leo. — Der antimilitärische Michel. Von R. Mayer. — Das gelobte Jddel. Von Leo. — Die gemeinsame Rot. Von E. Schilling. — Resignation. Von R. Wolf. — Im Jweifel. Von E. Graf. — Im russischen Staatsrat. Von J. G. Dentsch. — Agrarische Wünsche. Von R. Wolf. — Der Gauner. Von R. Wolf. — Urfrage und Antwort. Von R. Franz. — Wächner. Von R. Gries. — Teg: Die rote Rut. Von A. T. — Die feindlichen Schieber. Von P. E. — Dornburg. Von Lehmann. — Der Landrat Schröder. Von Waldwin. — Rospflichteln. Von H. Pl. — Warnung. Von Waldwin. — Klage gegen den Berliner Stadtsynode. Von Tobias. — „Lieber Jacob!“ Von Jostill Raut. — Deutsche Mamen. Von P. E. — Justizhaus-Komfort. Von Tobias. — Die höchste Anstans. Von Hans Reiter. — Neujahrsparade. Von P. E. — Aus seinen Kreisen. Von Tobias. — Was ich Vater Jüngling notierte. Von T. — Berliner Sommerfeste. Von Lehmann. — Ein Dichtchen. — Garbelegen. Von Waldwin. — „De Geduld is endlich alle.“ — Luhrs Kilmort auf die Borromäus-Engelst. Ein Interdium. — Oberbayerische Bauernburschenhonne. — Gedanken eines Bureaukraten. — Ein zeitgemäßer Briefwechsel. — Ulu.
Der Preis der Nummer ist 10 Pf., Grodennummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportieren zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Es irrthümliche Sprechende haben Lindenstraße Nr. 69, born wie Treppen - Fahrstuhl -, wochentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags statt. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Giltige Fragen erucht man in der Eracht stunde vor.
N. S. 29. Sie sind zur Zahlung verpflichtet; stellen Sie aber unter Hinweis auf die anderen Steuern Antrag auf Ermäßigung um die Hälfte.
— N. S. 35. Nein. — H. R. Mariendorf. 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein. — Stargard (Pommern). 1. Nein. 2. und 3. Ja. — M. S. 100. Sie haben kein Recht zur Hinterlegung. Sie müssen zahlen an den Pfändenden Gläubiger, kündigen an den Hauswart. — C. Rein. — G. W. Roppenstr. Sie sind verpflichtet, die Portierkass einzulassen. — G. S. 22. Lotterien sind nicht aufgestellt. — 4. L. N. 1. Ja. 2. Höchstens wegen Beleidigung. 3. Nein. — G. 61. Nur das Dienstbüchlein ist zur Zahlung verpflichtet. — R. S. 200. Die Einleitung des Verfahrens würde abgelehnt werden. — R. S. 74. 1. und 2. Nein. — R. W. 1000. 1. Sie müssen einen Ehevertrag schließen. 2. Den notwendigen Unterhalt. 3. Nein.

Kantlicher Marktbericht der städtischen Marktkaufen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft reger, Preise für Vullen, Ferkler und Kalbfleisch nachgebend, für Schweinefleisch anziehend. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert, Krebse nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert.

Witterungsübericht vom 4. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Schwetznitz	756	SSW	1 heiter	15	Haparanda	752	R	4 heiter	14
Dammsburg	757	SSW	2 wolkenl	13	Veteraburg	759	SSW	1 heiter	16
Berlin	757	SSW	3 wolflig	15	Siedlitz	766	SSW	4 wolflig	13
Frankfurt	758	SSW	3 heiter	13	Berden	762	SSW	5 bedeckt	11
Stettin	759	SSW	3 wolflig	14	Varis	760	SSW	2 wolflig	12
Sten	757	SSW	3 heiter	14					

Wetterprognose für Dienstag, den 5. Juli 1910. Vielach heiter, ein wenig wärmer, aber noch bedecklich bei meist schwachen westlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landeshauptstadt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 7.	seit 3. 7.	Wasserstand	am 3. 7.	seit 3. 7.
Memel, Küst	68	+2	Scale, Großh.	142	-2
Regel, Anstatter	39	0	Qabel, Spandau	36	-4
Weiße, Bohn	6	+2	Kaßentow	—	—
Ober, Rallos	179	-25	Spre, Spremberg	72	+4
Krausen	91	-4	Beßlon	—	—
Frankfurt	94	-1	Weser, Wänden	18	+14
Wärde, Schwim	15	+5	Wänden	18	-15
Landsberg	42	0	Rein, Magmillandau	685	-11
Rege, Forstamm	22	+2	Raub	526	+12
Eise, Leimetz	—	—	Röm	538	+23
Preßbu	—	—	Redar, Quellborn	146	-19
Radu	145	+14	Man, Berthelm	221	+13
Magdeburg	—	—	Wesl, Arie	206	+23

+) + bedeutet Zufluß, — Fall. — Unterpegel.

Öffentliche politische Versammlungen

Donnerstag, den 7. Juli 1910,

8¹/₂ Uhr abends.

Berlin:

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 | Elysium, Landsberger Allee 40/41
 Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53 | Germania-Säle, Chausseestraße 110
 Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148.

Rixdorf: Hoppes Festhale, Hermannstraße 49/50.

Treptow: Radrennbahn.

Adlershof: Eichner, Bismarckstraße 60.

Tages-Ordnung:

Wie steht's mit der Reform der Arbeiterversicherung?

Referenten:

Gustav Bauer, Karl Giebel, Gustav Link, Hermann Molkenbuhr, Gustav Nathow, Robert Schmidt, Rudolf Wissel, Emil Wutzky.

Zahlreiche Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder erwarten

Die Einberufer: Eugen Ernst, Liebfuhr. 16. Adoff, Ritter, Engel-Ufer 15.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 6. Juli, abends 8¹/₂ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht des Obmannes. — Bericht der Werkstattvertrauensmänner. — Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirksvertrauensmännerversammlung.

Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.

Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

Südwesten Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
 Süden bei Glicke, Wasserwerk. 63.
 Südosten I u. II in den Raunyn-Festhale, Raunynstr. 6.
 Osten I bei Bergmann, Andreasstr. 21.
 Osten II bei Birnau, Frankfurter Allee 106.
 Osten III bei Bergmann, Bergmannstr. 28.
 Oestliche Vororte bei Widner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Str. 11.
 Nordosten bei Voeter, Weberstr. 17.
 Jede Sarghölzerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
 Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt bei Obigle, Schwebler Straße 23.
 Wedding und Moabit bei Kaezowwöl, Ravenstr. 6.

Bautischler.

Bezirk I: Südwesten, Süden, Südosten bei Großhoff Admiralsstr. 18c.
 Bezirk 2: Osten bei Glicke, Bergmannstr. 61.
 Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glicke, Bergmannstr. 74.
 Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Glicke, Lindowstr. 20.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.

Osten bei Voeter, Weberstr. 17.
 Südosten im Märktlichen Hof, Admiralsstr. 18c.
 Norden bei Günther, Brunnenstr. 96. 85/90

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branche.

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
 Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
 Südosten und Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 129.

Musikinstrumentenarbeiter um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 6

Bodenleger im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 2

Stellmacher bei Gahn, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Straße 67.

Kisten- u. Koffermacher bei Wandach, Breslauer Straße 28.

Korbmacher bei Eichhorn, Kopenstr. 47.

Bürstenmacher bei Preuß (Hilfheim-Kudschank), Holzmarktstr. 65.

Kammacher bei Preuß (Hilfheim-Kudschank), Holzmarktstr. 65.

Vergolder bei Ringe, Langestraße 59.

Jalousiearbeiter bei Walter, Kdambertstr. 62.

Perlmutter-, Horn- und Steinmaßebeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomaß, Reichstr. 5.

Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Ratteroth, Ritterstr. 82

Stockarbeiter um 5¹/₂ Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstraße 1.

Modell- und fabriktischer um 8 Uhr bei Nigten, Flugstraße 6.

Einsetzer im Gewerkschaftshause, Saal 11.

Maschinen-Arbeiter!

die Vertrauensmänner-Versammlung fällt aus.

Montag, den 11. Juli:

Branchen-Versammlung

in den Andreas-Festhale, Andreasstr. 21.

Die Ortsverwaltung.

2846

Zentner

Bettfedern

und Daunen

im Jahre 1909

also 400 Zentner mehr als im Jahre 1908

hat umgesetzt die

Erste Bettfedern-Fabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzen-Strasse 46 und 47.

Die Firma führt nur

Bettfedern	Daunen
zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 6,00 Mk. per Pfund	zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,00, 6,50 bis 9,00 Mk.

Fertige Betten,

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen
 zu 12, 15, 19, 20, 23,50, 28, 38, 45, 54, 61, 75, 90 bis 105 Mark

Bettinlette und andere Bettartikel.

Es kann niemand Betten und Bettfedern

billiger oder besser liefern als die Firma

Gustav Lustig

- weil die Firma sich nur mit dem Artikel **Betten und Bettfedern** befasst;
- weil kein zweites Geschäft, das an Private liefert, 2846 Zentner Bettfedern in **einem** Jahre umsetzt;
- weil die Firma **Gustav Lustig** meist von ersten Importeuren, von ersten russischen, österreichischen und inländischen Sammlern und von Geflügel-Mästern kauft und
- Rohwaren in **eigener Bettfedernfabrik** verarbeitet.

Beste **BETTENFÜLLUNG** sind **GUSTAV LUSTIG'S MONOPOLDAUNEN**

(gesetzlich geschützt)

Pfund 2.85 Mark.

Größtes Spezial-Geschäft Deutschlands

Preislisten und Proben kostenfrei

